

Die Politische Meinung



DEMOKRATIE

—
Vertrauen in die Zukunft

ZUM SCHWERPUNKT Thomas Schmid, Woher kommt der Hass auf die Eliten?; Volker Kauder, Warum der Freihandel für Deutschland so wichtig ist; Angelika Nußberger, Über Demokratie und Menschenrechte; Marc Calmbach, Zum Institutionenvertrauen junger Menschen

INTERVIEW Jens Spahn über Generationengerechtigkeit und die Weiterentwicklung des Rentensystems

IMPULSE Arne Schönbohm über Cybersicherheit und den Erfolg der Digitalisierung

ERINNERT Hans-Gert Pöttering zum 50. Todestag Konrad Adenauers

9 €, Nr. 543, März/April 2017, 62. Jahrgang, ISSN 0032-3446, www.politische-meinung.de

REFORMATIONSJUBILÄUM 2017

DEUTSCHER EVANGELISCHER KIRCHENTAG

Berlin – Wittenberg, 24. – 28. Mai 2017

MARTIN LUTHER – STREITBAR UND UMSTRITTEN

MIT BEITRÄGEN U. A. VON PETRA BAHR, HEINRICH BEDFORD-STROHM,
GÜNTHER BECKSTEIN, WOLFGANG BÖHMER, UDO DI FABIO,
UTE GAUSE, CHRISTOPH KÄHLER, THOMAS KAUFMANN, WOLF KRÖTKE,
CHRISTINE LIEBERKNECHT, ANGELA MERKEL, HANS MAIER,
CHARLOTTE KNOBLOCH, JERRY PILLAY, KLÁRA TARR CSELOVSZKY,
DOROTHEA WENDEBOURG, JOACHIM WANKE, MUNIB A. YOUNAN

DEBATTEN
ZU 500 JAHREN
REFORMATION



Sonderausgabe
5 Euro

Katholiken und Protestanten stehen vor der Aufgabe, ausgerechnet dort nach Gemeinsamkeiten zu suchen, wo ihre Trennung vor 500 Jahren begann. Noch dazu bleibt die Gestalt Martin Luthers ein Stein des Anstoßes. Gediegene Festtagsroutine darf beim Reformationsjubiläum 2017 nicht aufkommen, die wunden Punkte bedürfen einer kritischen Auseinandersetzung.

Bestellen Sie hier

per Mail: pia.grundheber@kas.de

per Post: Redaktion Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Die Literarische Woche Bremen widmete sich jüngst dem „Faszinosum Apokalypse“ und traf damit den medialen Trend des Jahresbeginns 2017: „Eine Welt aus den Fugen“, „Die Menschheit schafft sich ab“, „Wenn das Volk sich erhebt“ hießen die Überschriften. Nur als es der neue US-Präsident war, der den globalen Ausnahmezustand ausrief: „This world is a total mess!“, erregte das Widerspruch.

Von der „Verdunkelung des publizistischen Ereignishorizonts“ spricht der Kommunikationsforscher Hans Mathias Kepplinger und sieht darin eine Erklärung für die seit Jahrzehnten wachsende gesellschaftliche Verunsicherung: Je übermächtiger die Schreckensmeldungen geworden sind, desto größer der Vertrauensschwund – inzwischen auch für die Medien selbst.

Dass das Orakeln über Unter- und Niedergänge der Glaubwürdigkeit politischen Handelns keinen guten Dienst erweist, liegt auf der Hand. Es ist doch schon alles verloren! Ermutigende und motivierende Nachrichten haben es dagegen schwer. Wer im Frühjahr 2017 darauf verweist, dass es den meisten Deutschen gut geht, vielleicht besser als je zuvor, dass es bei uns sogar relativ gerecht zugeht, macht sich leicht der Schönfärberei verdächtig.

„Mit Vertrauen in die Zukunft“ heißt das Jahresmotiv 2017 der Konrad-Adenauer-Stiftung. Damit setzt sie einen Gegenakzent zu all jenen, die ausschließlich das Fürchten lehren. Die Stiftung will fragen, was man unternehmen kann, um Misstrauen und Ängste zu überwinden, wie wir die Herausforderungen der internationalen Politik und des globalen Wettbewerbs annehmen, statt den vergeblichen Versuch zu unternehmen, sie von uns fernzuhalten. Nur mit Mut, nicht zuletzt auch zur Selbstkritik, aber nicht mit Angst und Abschottung wird man die vielen drohenden Krisen überwinden.

Europa, Westen, Demokratie und Weltoffenheit – das sind, anders, als sich viele offenbar zu sehr zu glauben gewöhnt haben, keine naturnotwendigen Formen des politischen und sozialen Lebens. Wenn dieses „System“ nun vermehrt in Zweifel steht, dann hat das nicht unbedingt nur Nachteile: Es ist nicht gewiss, aber immerhin möglich, dass die aktuelle politische Unruhe zu Hause und in der Welt zu mehr Engagement für Demokratie und Freiheit führt. Ob das geschieht, haben wir auch selbst in der Hand. Apokalypsen sind schon früher vertagt worden – nicht zuletzt, weil politisch an ihrer Verhinderung gearbeitet wurde.

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Demokratie – Vertrauen in die Zukunft

14 ANTI-VOLK?

Thomas Schmid

Woher kommt der Hass auf die Eliten?

21 GENERATION WHAT?

Marc Calmbach

Zum Institutionenvertrauen junger
Menschen in Deutschland und Europa

27 DER KITT

Martina Stangel-Meseke

Über Vertrauen und den Zusammenhalt
von Organisationen

32 SOCIAL BOTS, TROLLE, FAKE-NEWS

Simon Hegelich

Wie gefährlich sind sie für
die Demokratie?

40 STOPP DEM DEMOSKOPENBASHING!

Matthias Jung

Warum Umfrageergebnisse doch
nicht so schlecht sind

46 ZURÜCK ZU DEN WURZELN!

Stephan Bierling

Politikwissenschaft als Demokratie-
wissenschaft

54 SCHEIN UND WAHRHEIT

Roland Jahn

Was bringt die Aufarbeitung der
DDR-Vergangenheit?

62 NOCH IM LOT?

Angelika Nußberger

Über Demokratie und Menschenrechte

67 WAS UNS PRÄGT, WAS UNS EINT

Sabine Pokorny

Umfrage unter Deutschen, Migranten
und Ausländern

72 ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Rupert Scholz

Parlamentarische Demokratie heute

85 KEINE ANGST VOR DER GLOBALISIERUNG!

Volker Kauder

Warum der Freihandel für Deutschland
so wichtig ist

98 INTERVIEW: BEDINGT REFORMOPTIMISTISCH

Jens Spahn über Generationen-
gerechtigkeit und die Weiterentwicklung
des Rentensystems

Kommentiert

77 „MEHR DEMOKRATIE WAGEN?“

Bernhard Vogel

Zur Frage von Volksbegehren und
Volksentscheiden

Vertrauen und die ...

37 ... JÜDISCHE GEMEIN- SCHAFT IN DEUTSCHLAND

Josef Schuster

„Sich trauen zu vertrauen“

51 ... KIRCHEN IN DEUTSCHLAND

Franz-Josef Overbeck

„Vertrauen ist keine Einbahnstraße“

91 ... ARBEITNEHMER IN DEUTSCHLAND

Elke Hannack

„Sich der Zukunft öffnen“

95 ... ARBEITGEBER IN DEUTSCHLAND

Lutz Goebel

„Wie das kleine gallische Dorf“

Impulse

81 NEUES KRAFTZENTRUM?

Michael Kleeberg

Die Elbphilharmonie als
architektonische Vision

103 KRITISCHE INFRASTRUKTUREN

Arne Schönbohm

Cybersicherheit ist Voraussetzung für
den Erfolg der Digitalisierung

107 IT'S GREAT!

Patrick Keller

Deutschlands heimliche
Trump-Sympathisanten

Gelesen

112 FRÜHER WAR'S BESSER

Matthias Oppermann

Amerika auf der Suche nach einem
gemäßigten Liberalismus

Erinnert

120 KONSTANTEN FÜR DEN WANDEL

Hans-Gert Pöttering

Zum 50. Todestag Konrad Adenauers

Aus der Stiftung

117 PERSONALIA UND PUBLIKATIONEN

118 MIT VERTRAUEN IN DIE ZUKUNFT

Frauke Gottwald

Das Jahresmotiv 2017 der
Konrad-Adenauer-Stiftung

124 FUNDSTÜCK

126 NACHRUF: „KOMPASS FÜR EINE BESSERE WELT“

Rita Anna Tüpper

Zum Tode von Klaus Gotto



Ein Traum aus Stoff?

**Christo und Jeanne-Claudes Kunstaktion
Verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin**

„Können Sie sich vorstellen, dass die Engländer, Amerikaner oder Franzosen ihr Parlament einwickeln lassen würden?“, fragte der liberale Abgeordnete Burkhard Hirsch 1993 rhetorisch. Die Deutschen haben es zwei Jahre später getan – trotz beachtlicher Gegenstimmen.

„Das Parlament ist verhüllt oder verpackt gleich einem Geschenk. Seine Verhüllung macht das Verborgene interessant, begehrenswert und gleichzeitig mysteriös“, deutet das *Handbuch der politischen Ikonographie* die Kunstaktion.

Der Reichstag, auch Symbol der 1933 gescheiterten parlamentarischen Demokratie, entfaltet eine Aura, wie sie diese Regierungsform nur selten hervorbringt:

Fünf Millionen Menschen sind damals gekommen, um zu staunen.
Von da an sah man das einst zerschundene Gebäude mit anderen Augen.

Wie lässt sich die parlamentarische Demokratie in Zeiten vermehrter Zweifel und auch Aggressionen stärken? Das schön verpackte Ideal kann nur ein Vorstadium zur weiteren Erkenntnis – sogar zu „nackten Wahrheiten“, die dahinterliegen – sein. Kritik und Selbstkritik gehören ebenso zu den Bedingungen ihres Überlebens wie das Zukunftsvertrauen in die Demokratie. An diesem Traum muss hart gearbeitet werden – nicht nur mit Stoff.

Quellen:

Umschlag, Seite 4, 10–13, 60–61: Christo und Jeanne-Claude, *Wrapped Reichstag*, Berlin, 1971–1995, Foto: Wolfgang Volz, © 1995 Christo

Seite 6–7: Christo, *Wrapped Reichstag (Project for Berlin)*, Collage 1995, 35,5 × 56,0 cm, Bleistift, Kohle, Wachsstift, Emailfarbe, Fotografie von Wolfgang Volz, Karte, Stoffmuster und Klebeband auf Papier, Foto: Wolfgang Volz, © 1995 Christo

Seite 8–9: Foto: Roland Bauer

Demokratie

— Vertrauen in die Zukunft

96.00 metres (south portal 20.00 metres)

135.76 metres (east portal 39.00 metres) tower width 14.5m height 42.5m



lower part using expanding columns for fabric panels

Winter 1995

WRAPPED REICHSTAG / project for Berlin / PLATZ DER REPUBLIK, SCHEIDEMANNSTR. EBERTSTR. SPREE, BRANDENBURGER TOR







Anti-Volk?

—
Woher kommt der Hass auf die Eliten?

THOMAS SCHMID

Geboren 1945 in Hochweitzschen bei Leipzig, Journalist und Autor, 2008 bis 2010 Chefredakteur und 2010 bis 2014 Herausgeber der „WELT“-Gruppe, betreibt den Blog www.schmid-blog.de.

Genau zehn Tage, bevor Angela Merkel im September 2015 ihr berühmt gewordenes „Wir schaffen das“ aussprach, besuchte sie eine Flüchtlingsunterkunft in der sächsischen Kleinstadt Heidenau nahe Pirna. Als sie nach ihrer Ankunft aus dem Auto stieg, wurde sie von zahlreichen Demonstranten, die hinter einer Ab-

sperrung standen, wüst und unfätig beschimpft. „Volksverräterin“ nannte man sie, eine Frau rief: „Blöde Schlampe!“ Bis dahin hatte es derlei nicht gegeben.

Seit den Dresdner Pegida-Demonstrationen hat sich in Deutschland eine Sperre des Anstands gelöst. Ein Vokabular des Hasses hat den öffentlichen Raum betreten, das von tief unten kommt. Es bedient sich zum einen einer Begrifflichkeit, die der NS-Sprache, die der „Sprache des Unmenschen“ nahekommt. Diese Sprache ergeht sich in einer plebejischen, besser gesagt: subproletarischen Lust an der Grenzüberschreitung, am sprachlichen Tabubruch und an der Fäkalsprache. Das alles gab es immer schon, neu ist, dass derlei nun öffentlich auftritt, sozusagen Name und Adresse hinterlassend.

Eine alte Deutung aller Miseren feiert ihre Wiederauferstehung: die Überzeugung, eine abgehobene Elite sei für alles Schlechte verantwortlich. Eine Elite, die weltweit vernetzt sei, das eigene Volk aber verachte, ja bewusst bekämpfe. Eine Elite, die willentlich die „Umvolkung“ Deutschlands betreibe.

Schaut man in die „sozialen Medien“ im Internet, dann wird die Sprache noch massiver, noch beleidigender, noch völkischer. Wie weit diese Haltung inzwischen über das herkömmliche Subproletariat hinausreicht, machte ein Facebook-Eintrag eines Anwaltes deutlich. Er freue sich, schrieb er, auf den Tag, an dem Angela Merkel nackt durch Deutschland getrieben und ins Ausland verjagt werde – auf einen Hochverratsprozess, fügte er gnädig hinzu, werde man verzichten.

„WILLY WEINBRAND“

Gemessen an der politischen Kultur, an die wir uns gewöhnt haben, ist das zwar neu, aber der emotionale Vorbehalt gegenüber Eliten hat eine lange Geschichte. Nicht erst seit er die neue Ostpolitik der SPD auf den Weg gebracht hatte, schlug Willy Brandt ein heute archaisch wirkender Hass entgegen. Die Erregung, die die geplanten Ostverträge auslösten, war auch eine politische, die man auf dem Rechts-Links-Schema einordnen kann. Den „rechten“ Verfechtern eines Deutschlands in den Grenzen von 1937 standen die „linken“ Verfechter einer Öffnung nach Osten gegenüber, denen – angeblich oder tatsächlich – das Vaterland nicht besonders wichtig war. Doch das beschreibt längst nicht den gesamten Konflikt.

Willy Brandt stieß – dies war die Kehrseite seines Charismas – aus vielfältigen Gründen auf eine sehr emotionale Ablehnung. Er war ein uneheliches Kind, das die Chuzpe besaß, hohe Ämter in Deutschland anzustreben. Er war im Exil gewesen und er stand, obgleich lange ein durchaus konservativer Sozialdemokrat, für einen modernen Lebensstil: norwegische Ehefrau, Kontakt zu kritischen Schriftstellern und bei aller Melancholie eine Neigung zum Hedonismus, wovon die vielen Affären, die ihm nachgesagt wurden, ebenso zeugten wie der ihm von seinen Gegnern angehängte Spitzname „Willy Weinbrand“.

Willy Brandt, Horst Ehmke, Karl Schiller und andere: Sie wirkten auf viele wie eine Truppe hochgemuter, auch hochnäsiger Neuerer, die frisch ans Werk gingen und so taten, als wüssten sie ganz genau, was den Deutschen guttut. Gerade weil Willy Brandt bei den Intellektuellen und nicht zuletzt weltweit so angesehen war, misstrauten ihm jene, die weniger wendig waren und irgendwie dem Alten nachhingen. Weil er für das Ende einer alten Ordnung stand, weil er als Galionsfigur eines ins Unbekannte hin offenen Wertewandels und einer selbstbewussten, oft avantgardistisch wirkenden Fortschrittselite galt, schlug ihm zuweilen glühender Hass entgegen. Nicht

wenige, die damals gegen ihn waren, hätten einen Putsch für das geeignete Mittel gehalten, sich dieser Elite zu entledigen.

REVOLTE VON 1968

Ein anderes Beispiel dafür, dass Eliten zuweilen auch in guten Zeiten scheel angesehen werden, ist die Revolte von 1968. Damals wurden die Eliten nur anders genannt: Establishment. Es ist nicht zu übersehen, dass sich die damalige Ablehnung des Establishments ebenfalls aus trüben Quellen speiste. Staat, Polizei, Institutionen, Parteien und die ganze Schar der Politiker: Sie galten als ein wie Pech und Schwefel zusammenhaltendes Syndikat, das sich verschworen hat, zum eigenen Nutzen und zum Schaden der Massen zu handeln. Differenzierung war nicht gefragt, der liberale Sozialdemokrat Carlo Schmid gehörte ebenso dazu wie der konservative Heinrich Lübke. Zwar hat sich – auch weil es wesentlich eine studentische Bewegung war – dieser Furor schnell wieder gelegt und von der systemfeindlichen Bewegung ging am Ende ein die Demokratie belebender Impuls aus. Es bleibt aber die – im Grunde rätselhafte – Tatsache, dass Hunderttausende gut ausgebildete, gut ernährte und ohne Krieg und Elend aufgewachsene junge Menschen kurzfristig für die wahnhafte Vorstellung anfällig waren, dass die Eliten erklärtermaßen unverbesserliche Feinde der wahren Interessen des Volkes seien.

Der Hass auf die Eliten ist nicht die Ausnahme, sondern ein ständiger Begleiter moderner Gesellschaften. Nicht lange nach ihrer Ernennung zur britischen Premierministerin hat Theresa May auf dem Parteitag der Tories versucht, sich als Anwalt der kleinen Leute zu profilieren – auch das übrigens ein verbreitetes Phänomen: Oft sind es Angehörige der Eliten, die den Elitenhass entfachen oder befeuern. Die britische Regierungschefin hat jene Menschen, die Donald Trump *real people* nennt, den Kosmopoliten gegenübergestellt: denen, die sich überall zu Hause fühlen und die daher, so May, keine Wurzeln haben, folglich bindungslos und niemandem, schon gar nicht den kleinen Leuten, verpflichtet sind. Die *citizens of the world* seien in Wahrheit *citizens of nowhere*. Von hier aus ist es nicht mehr weit bis zu der Behauptung, solche wurzellosen Menschen gehörten nicht zur Gemeinschaft, und der Empfehlung, sie sollten daher ausgebürgert werden. Die Eliten sind in dieser Sicht nicht das hierarchische Gegenstück zum einfachen Volk. Sie gehören nicht zum Volk. Wer ihnen angehört, ist per se ein illegitimes Wesen.

Wer die Eliten hasst, sieht sich in der Defensive, fühlt sich umstellt und fremdbestimmt. Der Hass auf Eliten hat besonders dann Konjunktur, wenn etwas zu Ende geht und etwas Neues beginnt, das noch niemand in seinen Umrissen und Folgen kennen kann. Er ist eine Reaktion auf offene Situationen, auf Umbruchzeiten, die oft Chancen bieten, die aber auch Angst machen, weil alte Sicherheiten obsolet werden.

POUJADISMUS UND QUALUNQUISMO

Ein Beispiel liefert Frankreich. Als es sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unerwartet als Siegermacht wiederfand, war schnell unabweisbar, dass sich das Land – allenfalls noch halbe Kolonialmacht – neu würde orientieren und modernisieren müssen. Die Nachkriegsepoche war eine Zeit des Aufbruchs, aber deswegen auch die einer fundamentalen Verunsicherung. Das gab einer neuen Bewegung Auftrieb, dem Poujadismus. Benannt nach seinem Begründer Pierre Poujade (1920 bis 2003), entstand der Poujadismus in den frühen 1950er-Jahren als eine Protestbewegung kleiner Händler und Geschäftsleute, die für das „alte Frankreich“ eintrat, sich gegen Modernisierung und die damit einhergehende Kapitalkonzentration wandte und zum Teil offen antisemitisch war. Sie lehnte die etablierten Parteien und die in Frankreich besonders prunkvoll auftretenden Eliten ab, die die Verachtung der *France profonde* geradezu ostentativ zur Schau trugen. Bei der Parlamentswahl 1956 erreichte die Partei immerhin 11,6 Prozent der Stimmen – einer ihrer Abgeordneten war Jean-Marie Le Pen, der später den *Front National* gründete. Die Poujadisten sahen sich als die Partei der gebeutelten einfachen Leute, die sich in Notwehr gegen die Eliten erhoben, denen – tatsächlich oder angeblich – die einfache Frau und der einfache Mann völlig egal waren. Der Protest gegen die Eliten entsteht oft auch aus dem Gefühl heraus, die Eliten vernachlässigten ihre Fürsorge-, ihre Obhutspflicht.

Ein anderes, sehr erhellendes Beispiel ist Italien. Als Mussolinis Faschismus 1944 faktisch schon niedergekämpft war, begründete der Journalist und Schriftsteller Guglielmo Giannini (1891 bis 1960) die Zeitschrift *L'Uomo Qualunque*, auf Deutsch: Jedermann. Die Zeitschrift kämpfte gewissermaßen an zwei Fronten: Sie lehnte im Namen des kleinen Mannes die Politik des untergehenden Faschismus ab, der stets auf die Mobilisierung der Massen setzte. Der Bürger, so die Forderung, solle in Ruhe gelassen werden. Zugleich bekämpfte die Zeitung aber auch das Neue, das sich abzeichnete: das entstehende System der Parteien und des Konflikts. Dieses nutze nur den Eliten, nicht dem einfachen Mann. Die repräsentative Demokratie lehnte die Zeitschrift ab, denn sie sei mit ihren komplizierten Wegen der Vermittlung der ideale Nährboden für das Entstehen einer „volksfeindlichen“ Elite.

Aus der Zeitschrift ging bald eine Bewegung hervor, der *qualunquismo*, und dann auch eine Partei, die 1946 bei der ersten Parlamentswahl immerhin 5,3 Prozent der Stimmen erzielte. Die Partei war zwar äußerst konservativ, ja reaktionär – enthielt aber auch einen umstürzlerischen Impuls. Gegen alle italienische Tradition, die von der durchweg klientelistischen Elitenherrschaft der Kirche, der Patrone und die Aristokratie geprägt war, forderte sie eine politische Ordnung, in der sich alles um die *real people* drehen sollte.

MARIO BARTH, NICHT JÜRGEN HABERMAS

Nach dem Sieg von Donald Trump hat bei den Meinungsbildnern ein großes Rätselraten eingesetzt: Wie konnte es nur so weit kommen? Haben wir die Zeichen der Zeit nicht verstanden? Haben wir nicht begriffen, was im „Volk“ vor sich geht? Natürlich nicht. Es ist ein alter Fehler der meinungsbildenden Eliten, zu glauben, sie sprächen im Prinzip für alle. Dahinter verbirgt sich weniger eine Anmaßung als vielmehr eine groteske Selbstüberschätzung.

Am 23. Mai 1979, genau dreißig Jahre nach der Verkündung des Grundgesetzes, veröffentlichte Dolf Sternberger in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen Leitartikel mit dem programmatischen Titel „Verfassungspatriotismus“. Mit gelassener Freude konstatierte er darin, dass die Mehrheit der Bundesdeutschen, am Anfang noch skeptisch bis ablehnend eingestellt, inzwischen das Grundgesetz und damit die Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland akzeptiert habe. Die Deutschen hätten die Demokratie, Gewaltenteilung und das Parteiensystem angenommen. Sternberger meinte damit nicht, die Deutschen seien in ihrer Mehrheit aktive Demokraten geworden: Die Zustimmung sei zwar freundlich, aber durchaus passiv. Auch die übergroße Zahl der Wähler, die sich an der Wahlurne ihrer Macht bewusst sind, bleibt dabei, dass es nun einmal das gemeine Volk und „die da oben“ gibt. Letztere stellen für sie ein eigenes Biotop dar, in dem eine eigene Sprache gesprochen wird und in dem anderes wichtig ist als außerhalb des Biotops: die Politik, nicht der Alltag, die Schrift, nicht das direkte Leben, Brahms, nicht der Schlager, Jürgen Habermas, nicht Mario Barth.

Meinungsbildende Eliten, die das aus den Augen verlieren, verstehen die Welt nicht. Deswegen fallen sie aus allen Wolken, wenn Donald Trump Erfolg hat, nicht *obwohl* er lügt und ordinär ist, sondern *weil* er ordinär ist und lügt. Der Zorn auf die Eliten, den der auf seine Weise höchst elitäre Trump befeuert hat, liegt in jeder modernen Gesellschaft stets auf der Lauer. Steigende Komplexität wird schnell (und nicht zu Unrecht) als Zumutung wahrgenommen. Und das nährt die Sehnsucht nach Reduktion von Komplexität, nach dem Einfachen, nach einfachen Lösungen und der Heimkehr in eine fiktive gute alte Zeit.

JOURNALISMUS DES GENERALVERDACHTS

Wann schlägt die Reserve gegenüber angeblichen oder tatsächlichen Eliten in Hass um? Auch wenn die soziale Frage hineinspielt, ist es doch falsch, in gesellschaftlicher Benachteiligung den Hauptgrund für das Lodern des Elitenhasses zu sehen. Wie der Fremdenhass oft dort besonders stark ist, wo es kaum Ausländer gibt, muss es auch keine reale Deklassierung geben,

damit Menschen sich ausgegrenzt fühlen und darauf mit zerstörerischem Hass reagieren.

Sicher hat die neue Hassbereitschaft nicht zuletzt mit den Medien, besonders den Neuen Medien, zu tun. Ein Teil der Verantwortung liegt dabei auch bei jenen Medien, die sich der Kritik von Politik und Gesellschaft widmen. In mehr als sechzig Jahren haben sie ein durchaus schiefes Bild der Bundesrepublik gezeichnet. Wer seit Jahrzehnten allwöchentlich den *Spiegel* liest und für dessen mokanten Ton empfänglich ist, muss geradezu die Gewissheit gewonnen haben, Politik sei ein schmutziges Geschäft und *die* Politiker seien eine abgehobene, korrupte und unfähige Kaste. Das hat das Vertrauen in das im Großen und Ganzen verlässliche Institutionensystem dieses Landes nicht eben gefördert. Der Journalismus des Generalverdachts ist folgenreich.

Internet und Neue Medien haben das zudem beträchtlich verstärkt und beschleunigt. In den „sozialen Medien“ kann sich jede und jeder zum Richter und auch zum Scharfrichter aufschwingen. Schnell ist hier die Grenze von der Kritik zur Injurie, zur Beleidigung und zum Ordinären überschritten. Wie in einem Wettbewerb der Selbstüberbietung ergehen sich viele Nutzer im Schutz der Anonymität darin, Brücken abzubrechen und sich in verbalem Unrat zu suhlen. Das Netz ermöglicht es jenen, die von Hass erfüllt sind und in ihrer Kammer sitzen, sich mit vielen anderen Hassenden zusammenzutun und ein rasendes Grundgeräusch zu erzeugen. Antisemitismus, Chauvinismus, Xenophobie und der Hass auf die Eliten, der lange Zeit gewissermaßen hinter verschlossenen Türen blieb, hat dank des Netzes gefahrlos die Möglichkeit, an die Öffentlichkeit zu treten, eine Teilöffentlichkeit zu bilden und sich selbst immer weiter zu verstärken. Auch das Netz hat eine Revolution in Gang gebracht, die – solange es keine verbindlichen und strafbewehrten Regeln gibt – ihre Kinder zu fressen droht: jene, die das World Wide Web und seine angeblich kommunikativen „sozialen Medien“ für die vollkommene Form der Freiheit hielten.

HASS GILT STARKEN, NICHT SCHWACHEN INSTITUTIONEN

Es war schließlich kein Zufall, dass Dresden der Ort wurde, an dem die neue Hassrede ihren Aufschwung nahm. Die Bürger der Bundesrepublik bekamen Jahrzehnte Zeit, sich mit einer komplizierten, am Ende aber effektiven politischen Ordnung vertraut zu machen und anzufreunden. So kam es, dass sich älteres, autoritäres und völkisches Gedankengut allmählich auflöste und einer republikanischen Gesinnung Platz machte. Diese Chance bekamen die Bürger der DDR nicht, die zwar über Nacht zu sozialistischen Siegern der Geschichte erklärt, im Übrigen aber zu keinem Mentalitätswandel genötigt wurden. Als 1989 die DDR implodierte, waren sie zu einem Gutteil noch die

Alten. Sie sind es – auch weil dieses Mal auf eine *reeducation* verzichtet wurde – oft geblieben. Das ist der Grund dafür, dass dort heute noch Begriffe, die direkt der NS-Sprache und ihrem Vernichtungshabitus entnommen sind, mit zunehmender Lust an der Selbstenthemmung benutzt werden und dass in den neuen Ländern der Ruf nach Systemwechsel und Entmachtung wie Vertreibung der Eliten lauter erklingt als im Westen Deutschlands.

Der österreichische Philosophieprofessor Peter Strasser hat kürzlich in der *Neuen Zürcher Zeitung* (9. Januar 2017) einen Artikel mit der Überschrift „Masse, Meute, Mob“ veröffentlicht. Darin steht gegen Ende ein Satz von bleierner Schwere: „Man sagt es nicht offen, aber es wird immer offensichtlicher: Alle Anstrengungen der Nachkriegsepoche, die im Menschen allzeit bereitliegenden Hasspotenziale in einen staatsbürgerlichen Diskurs, eine demokratische Streitkultur einzubinden und zu transformieren, kommen langsam an ihr Ende.“

War also alles umsonst? Erobert sich der mehr als ein halbes Jahrhundert lang niedergehaltene Mob die politische Bühne zurück? Zerspringt wieder einmal der Firnis der Zivilisation? Das ernsthaft für sicher zu halten, zeugt von einem bedenklichen Mangel an Vertrauen in mehr als sechs Jahrzehnte Demokratie, Zivilgesellschaft und Lernfähigkeit des Gemeinwesens. Das politische System Deutschlands wird von den Hassern nicht angegriffen, weil es – wie das der Weimarer Republik – so schwach, sondern weil es so stark, so fest gefügt ist. Weil es sich nicht von ein paar Erregten zur Ordnung rufen oder gar aushebeln lässt. So viele Jahrzehnte ohne eine Opposition, die auf die in der Tat allzeit bereitliegenden Hasspotenziale setzt und „das System“ in den Orkus stoßen möchte, waren nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Jetzt muss die Republik zeigen, dass sie auch gegen innere Feinde wehrhaft und gerüstet ist. Bei mehr als achtzig Prozent Zustimmung zu den Parteien, die nicht auf Hass setzen, müsste das doch möglich sein.

Generation What?

–
Zum Institutionenvertrauen junger Menschen
in Deutschland und Europa

MARC CALMBACH

Geboren 1974 in Ostfildern,
Direktor Sozialforschung,
SINUS-Institut.

Das multimediale Projekt *Generation What?* ist eine länderübergreifende Studie über die junge Generation in Europa (www.generation-what.de). Neben Deutschland haben sich zwölf

weitere Länder daran beteiligt. Die Studie wurde von Rundfunkanstalten aus den beteiligten Ländern entwickelt und geleitet, in Deutschland vom Bayerischen Rundfunk, vom Südwestfunk und vom Zweiten Deutschen Fernsehen. International wurde sie von der Europäischen Rundfunkunion koordiniert. Das SINUS-Institut war für die Auswertung der deutschen Daten zuständig.

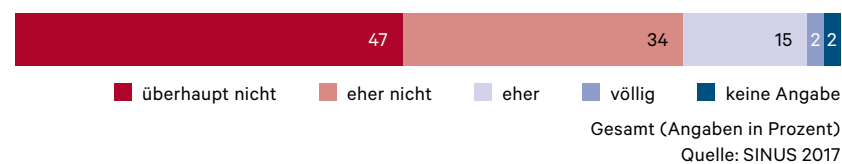
Zwischen April 2016 und April 2017 haben allein in Deutschland circa 165.200 junge Menschen an der Studie teilgenommen, europaweit waren es nahezu eine Million. Damit ist *Generation What?* eine der größten Jugendstudien überhaupt. Über einen interaktiven Onlinefragebogen hat das junge

Europa zu einem breiten Themenspektrum Auskunft gegeben: Neben Zielen im Leben, Wünschen, Hoffnungen und Ängsten ging es auch um die Frage, inwieweit junge Leute der Justiz, der Politik, den Medien und religiösen Institutionen in ihrem Land vertrauen. Insbesondere die deutschen Ergebnisse zum Vertrauen in Institutionen werden in diesem Artikel zusammengefasst. Um hier ein verallgemeinerbares Bild zeichnen zu können, wurde aus allen Teilnehmenden eine repräsentative Quotenstichprobe nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Region gezogen (41.055 Fälle). Grundgesamtheit ist die deutschsprachige Wohnbevölkerung im Alter von 18 bis 34 Jahren.

SKEPSIS GEGENÜBER RELIGIÖSEN INSTITUTIONEN

Weitgehend unabhängig von Geschlecht, Alter und Bildung hat knapp die Hälfte der 18- bis 34-Jährigen überhaupt kein Vertrauen in religiöse Institutionen, weitere 34 Prozent vertrauen ihnen eher nicht. So gut wie niemand (2 Prozent) vertraut religiösen Institutionen voll und ganz, und auch nur 15 Prozent tun dies zum Teil („vertraue eher“). Das Vertrauen von gläubigen Menschen in religiöse Institutionen ist erwartungsgemäß größer: Von allen, die angeben, sie könnten ohne ihren Gottesglauben nicht glücklich sein (das sind 20 Prozent), sagen nur 12 Prozent, dass sie überhaupt kein Vertrauen in religiöse Institutionen haben (Gesamt: 47 Prozent). Allerdings haben weitere 34 Prozent eher kein Vertrauen, womit selbst unter den Gläubigen fast die Hälfte misstrauisch gegenüber religiösen Institutionen ist (Gesamt: 81 Prozent).

TRAUST DU RELIGIÖSEN INSTITUTIONEN?



Im europäischen Vergleich ist das Misstrauen in religiöse Institutionen in Deutschland aber noch am geringsten. Insgesamt sagen 58 Prozent aller europaweit Befragten, dass sie überhaupt kein Vertrauen in religiöse Institutionen haben, weitere 28 Prozent haben eher kein Vertrauen. Nur in den Niederlanden kommen die religiösen Institutionen vergleichbar „gut“ weg. Besonders groß ist das Misstrauen der jungen Generation gegenüber den religiösen Institutionen hingegen in Griechenland, der Schweiz und Spanien.

KEIN KLARES BILD VON DER JUSTIZ

Etwa jeweils ein Zehntel der jungen Menschen in Deutschland vertraut der Justiz überhaupt nicht beziehungsweise vertraut ihr voll und ganz. Es zeigt sich dabei, dass die Männer etwas häufiger als Frauen die extremen Positionen einnehmen. Die höher Gebildeten sprechen der Justiz dabei etwas häufiger (14 Prozent) ihr vollstes Vertrauen aus als Menschen mittlerer (12 Prozent) und vor allem niedriger Bildung (10 Prozent).

Die mittleren Antwortkategorien sind bei dieser Frage deutlich stärker besetzt. 46 Prozent vertrauen der Justiz in Deutschland „eher“, 30 Prozent vertrauen ihr „eher nicht“. Die wenigsten Befragten hatten oder haben im Alltag Kontakt zur Justiz, entsprechend wenig profiliert sind die Einstellungen der jungen Generation zu dieser Institution.

In der Summe haben in Deutschland folglich 58 Prozent zumindest eher Vertrauen in die Justiz. Im europäischen Vergleich ist das ein auffällig hoher Wert. Insgesamt werden europaweit nur 40 Prozent Vertrauen in die Justiz gemessen. In Griechenland äußert sich die junge Generation am kritischsten. Hier ist es nur ein Viertel, das der Justiz ihr Vertrauen ausspricht. Besser als die Deutschen bewerten lediglich die Schweizer ihre Justiz (62 Prozent).

KNAPP ZWEI DRITTEL VERTRAUEN DER POLIZEI

Dass man der Polizei völlig vertraut (17 Prozent) oder völlig misstraut (7 Prozent) ist ebenfalls untypisch für die junge Generation in Deutschland. Die Hälfte vertraut der Polizei im Großen und Ganzen, ein Viertel hat hingegen durchaus auch Vorbehalte. Die demografischen Unterschiede fallen hier eher moderat aus: Die Männer, die Jüngeren und die hoch Gebildeten zeigen ein etwas größeres Vertrauen in die Polizei.

Interessant ist, dass das Vertrauen in die Polizei seit den Terrorattacken in Frankreich (Nizza) und Deutschland (Würzburg, Ansbach) im Juli 2016 in der jungen Bevölkerung nicht gelitten hat. Im Gegenteil. Es ist seitdem sogar leicht gestiegen – und zwar in allen demografischen Segmenten in etwa gleichermaßen. Das lässt die Interpretation zu, dass die junge Bevölkerung der Polizei ein gutes Zeugnis im Umgang mit extremen Situationen ausstellt.

Insgesamt schenkt circa die Hälfte der jungen Generation in Europa der Polizei völliges oder vorsichtiges Vertrauen. Die deutsche Polizei liegt in Sachen Vertrauenswürdigkeit bei den 18- bis 34-Jährigen mit 67 Prozent auf Platz zwei. Mit 70 Prozent ist das Vertrauen für die niederländischen *Nationale Politie* unter ihren jungen Staatsangehörigen am größten. In dem von der Staatsschuldenkrise gebeutelten Griechenland traut hingegen nur ein Viertel

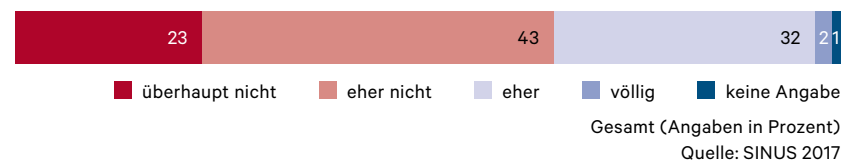
der Polizei. Annähernd niedrig ist das Vertrauen sonst nur noch in Italien (40 Prozent) und Frankreich (41 Prozent).

NUR EIN PROZENT VERTRAUT DER POLITIK UNEINGESCHRÄNKT

Die Politik hat einen sehr schweren Stand unter den jungen Leuten. Nur 2 Prozent vertrauen ihr völlig, 32 Prozent tun dies immerhin mehr oder weniger. Dem stehen aber 66 Prozent gegenüber, die kein Vertrauen in die Politik haben (23 Prozent haben „überhaupt keines“ und 43 Prozent haben „eher keines“). Das Vertrauen in die Politik ist keine Frage des Geschlechts, wohl aber des Alters und vor allem der Bildung. Die jüngste befragte Alterskohorte (18 bis 19 Jahre) vertraut der Politik stärker (38 Prozent) als die älteste Gruppe (30 bis 34 Jahre: 30 Prozent). Vermutlich sind ältere Befragte – stärker beeinflusst vom medialen Diskurs – skeptischer in ihrem Blick auf Politik beziehungsweise haben altersbedingt bereits mehr negative Eindrücke und Enttäuschungen gesammelt. Besonders drastisch ist der Unterschied zwischen den Bildungsgruppen: Je niedriger die Bildung, desto weniger Vertrauen besteht in die Politik. Während nur 26 Prozent der niedrig Gebildeten der Politik vertrauen, sind es bei den hoch Gebildeten 40 Prozent. Offensichtlich fühlen sich die bildungsfernen Schichten deutlich stärker von der Politik im Stich gelassen.

Obgleich die Bildungsunterschiede in den meisten anderen europäischen Ländern weniger gravierend ausfallen, kommt die Politik hier insgesamt noch schlechter weg: Nur 1 Prozent vertraut ihr völlig und lediglich 16 Prozent tun dies mehr oder weniger. Dem stehen aber 82 Prozent gegenüber, die kein Vertrauen in die Politik haben (45 Prozent haben „überhaupt keines“ und 38 Prozent haben „eher keines“). In Deutschland haben „nur“ 23 Prozent überhaupt kein Vertrauen in die Politik. Das ist im Europavergleich der niedrigste Wert. Am stärksten unterscheiden sich die jungen Deutschen hier von den Griechen (67 Prozent), den Franzosen (62 Prozent) und den Italienern (60 Prozent).

HAST DU VERTRAUEN IN DIE POLITIK?



Um mehr über die 23 Prozent in der jungen Generation zu erfahren, die der Politik völlig misstrauen, wurden ihre Einstellungen zu Politik und

Gesellschaft genauer analysiert. Von allen, die der Politik „überhaupt nicht“ vertrauen,

- beklagen 65 Prozent, dass ihnen die Gesellschaft nicht die Möglichkeit gibt, zu zeigen, was wirklich in ihnen steckt (Gesamt: 45 Prozent),
- sind 14 Prozent der Ansicht, dass es nicht in ihrer Macht liegt, was in ihrem Leben passiert (Gesamt: 7 Prozent),
- finden 27 Prozent, dass Deutschland aus der EU austreten sollte (Gesamt: 9 Prozent),
- finden 71 Prozent, dass es in Deutschland zu viele Leistungerschleicher gibt (Gesamt: 58 Prozent),
- würden sich 66 Prozent in naher Zukunft bei einem großen Aufstand gegen die Mächtigen beteiligen (Gesamt: 36 Prozent).

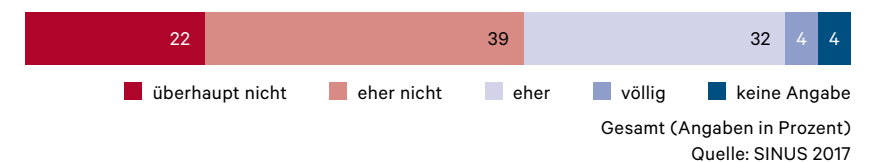
Es zeigt sich also, dass diese Gruppe deutlich fatalistischer ist als der Durchschnitt, gleichzeitig aber auch eine wesentlich größere Protestbereitschaft äußert. Es handelt sich offenbar um eine frustrierte Gruppe, die sich generell benachteiligt fühlt. Diese jungen Menschen befürworten auch überdurchschnittlich häufig einen EU-Austritt Deutschlands. Misstrauen in die Politik hängt aber nicht damit zusammen, ob man arbeitslos ist oder nicht.

WENIG VERTRAUEN IN DIE MEDIEN

Lediglich ein Bruchteil von 4 Prozent vertraut den Medien völlig, und nur 32 Prozent tun dies mehr oder weniger. Dem stehen 22 Prozent gegenüber, die überhaupt kein Vertrauen in die Medien aufbringen, und 39 Prozent, die ihnen zumindest skeptisch gegenüberstehen. Vor dem Hintergrund, dass die Glaubwürdigkeit der Medien essenziell für einen demokratischen Staat ist, sind diese niedrigen Vertrauenswerte alarmierend.

Dass man Medien kaum vertraut, kann viele Gründe haben (denen im Rahmen der Studie aber nicht näher nachgegangen werden konnte): Es ist nicht auszuschließen, dass man Medien als korrumpierbar einstuft beziehungsweise deren Unabhängigkeit anzweifelt. Auch ist denkbar, dass man bewusste Fehlinformation und Manipulation („Lügenpresse“) für möglich hält. Ebenfalls könnte die Vermutung oder die Wahrnehmung journalistischer Fehlleistungen eine Rolle spielen.

TRAUST DU DEN MEDIEN?



Das Vertrauen in die Medien hängt weniger vom Alter und vom Geschlecht ab als von der Bildung: Während nur 29 Prozent der niedrig und 36 Prozent der mittel Gebildeten den Medien mehr oder weniger vertrauen, sind es bei den hoch Gebildeten immerhin 40 Prozent. Dieser Unterschied ist plausibel, wenn man die Ergebnisse zahlreicher Studien bedenkt, die aufzeigen, dass die jungen Erwachsenen mit hoher Bildung seriösere, weniger unterhaltungsorientierte Medien konsumieren und bei der Quellenwahl kompetenter sind. Es fällt ihnen leichter, Medien kritisch zu betrachten, beispielsweise zu erkennen, ob journalistische Beiträge von kommerziellen oder politischen Interessen geleitet sind. Ein weiterer Grund könnte sein, dass viele höher Gebildete selbst in der Medienbranche arbeiten beziehungsweise über den Freundes- und Bekanntenkreis einen besseren Einblick in die Medienwelt haben.

In Deutschland genießen die Medien kein hohes Vertrauen in der jungen Generation, allerdings stellen junge Deutsche der eigenen Medienlandschaft noch ein wesentlich besseres Zeugnis aus als die Altersgenossen in den anderen Ländern. Während in Deutschland „nur“ 22 Prozent überhaupt kein Vertrauen in die Medien haben, sind es in Griechenland 71 Prozent, in Italien 48 Prozent und in Frankreich 46 Prozent. Ähnlich niedrige Misstrauenswerte wie in Deutschland zeigen sich sonst nur noch in den Niederlanden (31 Prozent) und Belgien (30 Prozent).

Fazit: Die junge Generation ist politikskeptisch, kirchenabgewandt und medienkritisch. Auch wenn die deutschen Institutionen im Vergleich mit anderen europäischen Ländern noch gut wegkommen, zeigen die Befunde der Studie *Generation What?*, dass sich die junge Generation in Deutschland mit wichtigen Institutionen im Land nur unzureichend identifiziert. Misstrauen, Skepsis und Verdrossenheit sind weit verbreitet, insbesondere unter Menschen mit niedriger Bildung – einer Bevölkerungsgruppe, die mit ihrer oft fatalistischen Einstellung Anlass zur Sorge gibt. Mehr gesellschaftlich-politische Bildung tut deshalb not, die zuallererst bei den Jüngeren ansetzen muss. Denn diese Gruppe – auch das ist ein Ergebnis der Studie – hat insgesamt noch mehr Institutionenvertrauen als die vielfach desillusionierten älteren Kohorten.

Der Kitt

Über Vertrauen und den Zusammenhalt von Organisationen

MARTINA STANGEL-MESEKE

Geboren 1963 in Bochum, Professorin für Wirtschaftspsychologie an der FOM Hochschule für Oekonomie & Management in Dortmund, Mitglied der Sachverständigenkommission zur Erstellung des Ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung.

Vertrauen ist ein stark strapazierter Begriff. Die Verflochtenheit unserer Gesellschaft in komplexe Zusammenhänge sowie weltwirtschaftliche Krisen stellen Organisationen in immer schnellerer Abfolge vor große Gestaltungs- und Veränderungsaufgaben. Es bedarf hierfür einer Verlässlichkeit der beteiligten Akteure, die hilft, mit dieser Komplexität umzugehen.

Allerdings verheißen die aktuellen Schlagzeilen zu Vertrauen in Organisationen nichts Gutes. „Das Vertrauen implodiert“, so das Fazit einer aktuellen Studie zur Entwicklung des Vertrauens der Menschen in öffentliche Organisationen weltweit, vorgestellt auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos 2017. Mehr als die Hälfte der in der Studie von Edelman Intelligence (2016) befragten

33.000 Personen aus 28 Ländern äußerten in Bezug auf Regierungen, Nicht-Regierungsinstitutionen, Unternehmen und Medien, dass das aktuelle System gescheitert sei, weil es unfair sei und wenig Hoffnung für die Zukunft böte.

Anlässlich seines 75. Geburtstages schildert Sir Stephen Hawking die Facetten des „gefährlichsten Zeitpunkts der Menschheitsgeschichte“. Mit Verständnis für die Sorgen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung, des sich beschleunigenden technologischen Wandels und der gewaltigen und beunruhigenden Umweltprobleme formuliert er: „Aus all dem ergibt sich für mich, dass wir dringend enger zusammenarbeiten müssen, als das je in der Menschheitsgeschichte nötig war“ (*Zeitschrift für Internationale Politik und Gesellschaft*, 6. Januar 2017).

RISIKOGESELLSCHAFT UND INFORMATIONSREDUKTION

Bei der Betrachtung des Skizzierten stellt sich die Frage nach dem bindenden Glied, dem „Kitt“, der hilft, die Qualität und die Bedingungen sozialer Beziehungen (wieder)herzustellen. Was also benötigt eine Gesellschaft, die von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen als Risikogesellschaft aufgrund der technischen Innovationen und deren ökologischer Fragen, als Informationsgesellschaft, als fiktionalisiert durch Massenmedien und Onlinemedien, als individualisiert und als medialisiert mittels digitaler und hochvernetzter Kommunikationstechnologie charakterisiert wird? Unsere Gesellschaft benötigt Organisationen, die die gesteigerte Komplexität verarbeiten können. In diesem Kontext nimmt der Begriff Vertrauen eine zentrale, wenn nicht *die* zentrale „kittende“ Schlüsselposition ein.

Vertrauen zeichnet sich durch die freiwillig geschaffene Beziehungsqualität zu Personen oder zu Organisationen aus. Es besteht in der Bereitschaft einer Person, gegenüber einer anderen Person verletzlich zu werden und infolgedessen eine riskante Vorleistung einzugehen. Diese riskante Vorleistung kann unterschiedlich gestaltet sein: Eine Person vertraut einer anderen Informationen an, die ihr persönlich schaden könnten, sollte das Gegenüber diese gegen sie verwenden. Oder eine Person verlässt sich in ihren Entscheidungen und Handlungen auf Aussagen einer anderen Person, aus denen – sollten sie sich als nicht gültig herausstellen – persönliche Nachteile erwachsen. Als gemeinsames Verständnis hat sich in der Vertrauensforschung herauskristallisiert, dass Vertrauen mit einer positiven Erwartungshaltung gegenüber Personen, Gruppen und Organisationen zu tun hat, deren Verhalten durch den Vertrauenden nicht kontrolliert oder sanktioniert werden kann.

Die systemtheoretische Begründung für die Funktion des Vertrauens liegt darin, dass wir die Fülle an Informationen, die wir täglich konsumieren, nicht mehr vollständig verarbeiten können. Vertrauen dient dem Zweck, diese

Komplexität und Informationsdichte zu reduzieren, es wird zum Äquivalent für Information. Vertrauen wirkt hinführend auf zukünftige Ergebnisse, wird beeinflusst durch die bisherigen Erfahrungen der vertrauengebenden Person und dient deren Handlungsfähigkeit. Somit ersetzt es fehlende Information und sichert trotz Ungewissheit und unüberschaubarer Komplexität die Handlungsfähigkeit der Menschen.

Die heutigen Organisationen, die sich in einem Feuerwerk stetig und dynamisch ändernder, kulturell geprägter Organisationsumwelten bewegen, benötigen gleichermaßen Zutrauen und Sich-verlassen-Können wie Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit im Inneren und Äußeren. Sie werden durch Vertrauen funktionsfähig gemacht und durch dieses erhalten. Wem wir vertrauen, hängt vor allem von den Wahrnehmungen und den Neigungen der sich vertrauenden Personen ab.

WAHrgENOMMENE VERTRAUENSWÜRDIGKEIT

Die Bereitschaft, einer Person Vertrauen entgegenzubringen, steigt bei der anderen Person, je mehr sie im Verhalten des Gegenübers seine Kompetenz, sein Wohlwollen und seine Integrität erlebt.¹ Die Vertrauenswürdigkeit einer Person wird dadurch beeinflusst, wie sie das Können der anderen Person, ihre Kompetenz und Handlungsfähigkeit in ihrem Verantwortungsbereich wahrnimmt. Die Faktoren Wohlwollen und Integrität dagegen beziehen sich auf die charakterlichen Eigenschaften der Person. Sie beschreiben, ob eine Person ihre Fähigkeiten im besten Interesse der Person einsetzt, die ihr vertraut. Das Wohlwollen bezeichnet, inwieweit von einer Person angenommen wird, dass sie der vertrauenden Person gegenüber wohlgesonnen sowie unterstützend eingestellt ist und sich uneigennützig um deren Interessen sorgt. Die Integrität einer Person ist das Ausmaß, in dem von einer Person angenommen wird, dass sie die Wahrheit sagt, sich fair und konsistent zu ihren Aussagen und ihren Versprechen verhält sowie ethische Prinzipien verfolgt, die von der vertrauenden Person akzeptiert werden und mit deren Prinzipien übereinstimmen.

Je stärker eine Person die Kompetenz, das Wohlwollen und die Integrität einer anderen Person erlebt, desto eher ist sie bereit, in einer Situation so zu handeln, dass sie gegenüber dieser Person ein Risiko eingeht und zum Beispiel deren Ratschlägen folgt oder Handlungen im Vertrauen auf deren Aussagen durchführt. Die Konsequenzen, die aus dem Handeln resultieren, wirken sich wiederum auf die wahrgenommene Vertrauenswürdigkeit der Person aus. Nutzt eine Person in der Interaktion das Vertrauen ihres Gegenübers zu ihrem Vorteil, so wird sie künftig als weniger vertrauenswürdig angesehen, was sich negativ auf das weitere Verhalten auswirkt. Verhält sie sich dem Vertrauenden gegenüber nicht eigennützig, so hat das positive Auswirkungen auf

ihre wahrgenommene Vertrauenswürdigkeit und auf das Verhalten anderer ihr gegenüber. Die Wahrnehmung der Vertrauenswürdigkeit führt dazu, dass dieser Person noch mehr Vertrauen entgegengebracht wird. Darüber hinaus wird das Vertrauen gegenüber einer vertrauenswürdigen Person von der generellen Neigung, überhaupt Vertrauen schenken zu wollen, beeinflusst. Diese Neigung ist interindividuell unterschiedlich ausgeprägt und wird durch kulturelle Einflüsse verstärkt beziehungsweise gemindert.

VERTRAUEN IN DIE EIGENEN KRÄFTE

In der heutigen Zeit unterliegen wir vielen Täuschungen und erleben, dass Versprechen des Managements von Organisationen, aber auch der Politik nicht immer eingehalten werden. Dennoch gibt es ein tief verwurzelt Verlangen der Menschen nach Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Integrität. Bundespräsident Joachim Gauck betonte in seiner Abschiedsrede vom 18. Januar 2017 auf Schloss Bellevue, dass das Wichtigste, das Kindern und Kindeskindern mit auf den Weg gegeben werden solle, eine innere Haltung sei. Diese Haltung bezeichnet er als das Vertrauen zu uns selbst, das Vertrauen in die eigenen Kräfte: „Mögen die Ängste uns auch begleiten: Wir lassen uns das Vertrauen zu uns selbst und zu unserer Demokratie nicht nehmen.“

Die Forschung hat Aspekte zur Vertrauenswürdigkeit von Organisationen, wie Kompetenz, Konsistenz, Berechenbarkeit, Verlässlichkeit, Informationsweitergabe, Fairness und Respekt, bisher gut nachgewiesen. Vertrauen in Organisationen ist jedoch nicht per se vorhanden, sondern muss entwickelt werden, und zwar derart, dass eine Gemeinschaft entsteht, in der für alle Beteiligten in der Organisation verlässliche (Grund-)Werte gelebt werden und in der sich Menschen sicher fühlen und in der Lage sind, ein Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen zu entwickeln. Dazu muss ein Dialog des Sich-vertraut-Machens der Organisationsmitglieder untereinander initiiert werden.

Genau diese Verlässlichkeit herzustellen, stellt in sich verändernden Organisationen eine große Herausforderung dar, da in Veränderungsprozessen das Vertrauen leicht verwundbar ist. Veränderungen können von Mitarbeitenden als Verletzungen ihrer Erwartungen oder gar ihres Gerechtigkeitsempfindens wahrgenommen werden. Dies kann passieren, wenn strukturelle Veränderungen an Arbeitsplätzen erfolgen, die Mitarbeitenden diese als Belastung und Gefährdung in Bezug auf Arbeitsplatzsicherheit erleben und keine adäquaten Gegenleistungen der Organisation wahrgenommen werden.

Selbst Vertrauensbeziehungen können eine Grundlage für betriebliche Veränderungen darstellen und die Veränderungsbereitschaft verhindern. Dies erfolgt, wenn in einzelnen Bereichen der Organisation starke Vertrauensbindungen existieren, die verhindern, dass die Mitarbeitenden sich an den betrieblichen Veränderungen beteiligen. Die Ursache hierfür ist, dass die

Mitarbeitenden im Wandel den Erhalt ihrer Arbeitskultur und die damit verbundenen Qualitätsansprüche gefährdet sehen. Daher bedarf es der gemeinsamen Entwicklung einer Vertrauenskultur in der Organisation, die die Perspektiven der Mitarbeitenden in dem Veränderungsprozess aufgreift, verarbeitet und integriert. Die Fähigkeit zur Selbstbeobachtung und -reflexion der Organisation und die organisationale Achtsamkeit sind hierbei von Relevanz.

VERTRAUENSKULTUR IN ORGANISATIONEN

Charakteristisch für den Wandel von Organisationen ist die uneinheitliche Sicht auf Veränderungen: Die Perspektiven variieren je nach Bewertungs- und Erlebensstatus der Beteiligten infolge des Empfindens, Verlierer oder Gewinner zu sein, einbezogen, mitgestaltend oder ausgeliefert zu sein.

Veränderungsfähige Vertrauenskulturen bedürfen daher einer Bündelung der Perspektivenvielfalt der Beteiligten, indem mit systematisch angelegten Dialogverfahren Diskussionslinien und Veränderungsvorschläge in hierarchiegleichen Gruppen erarbeitet werden und die Umsetzung konkreter Gestaltungslösungen erfolgt. Alle Führungskräfte und die Organisationsleitungen müssen für die Faktoren der Vertrauenswürdigkeit sensibilisiert werden und Vertrauensbeziehungen im Dialog mit Mitarbeitenden reflektieren. Dafür ist eine systematische Kommunikation zu anstehenden Veränderungen auf der betrieblichen, der Abteilungs- und Bereichsebene sowie auf der Ebene der Mitarbeitenden erforderlich. Es bedarf ferner der Einführung eines Steuerungskreises, der die organisationsinterne Koordination, Evaluation und Kommunikation von Veränderungsprozessen begleitet.

Letztlich basiert der Erfolg der Organisationen und der unserer Gesellschaft auf unserer Fähigkeit, zu vertrauen und dabei klug und achtsam im stetigen Dialog zu handeln. Vertrauen ist und bleibt dabei die Voraussetzung effizienten wirtschaftlichen Handelns, optimaler Zusammenarbeit in Unternehmen und einer ethikbasierten Koexistenz in der Gesellschaft.

¹ Mayer, Roger C./Davis, James H./Schoorman, F. David: An Integrative Model Of Organizational Trust, in: *The Academy of Management Review*, Volume 20 (1995) 3, S. 709–734.

Social Bots, Trolle, Fake-News

—
Wie gefährlich sind sie für die Demokratie?

SIMON HEGELICH

Geboren 1976 in Herboren, Professor für Political Data Science an der Hochschule für Politik an der Technischen Universität München.

Seit einigen Monaten wird in Deutschland intensiv über die Gefahren durch Social Bots diskutiert. Schon länger gibt es Bedenken, Trolle würden die öffentliche Meinung verzerren und zu einem Klima des Hasses in den sozia-

len Netzwerken beitragen. Spätestens seit der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten werden diese Debatten durch den Begriff der Fake-News verschärft – mit der Befürchtung, dass die sozialen Netzwerke zu einer sich ausbreitenden populistischen Revolution beitragen würden. Vielen Äußerungen in diesen Debatten, gerade auch in der Medienberichterstattung, ist ein Hang zur Sensationssuche anzumerken – und zwar in beide Richtungen: Mal wird der Untergang des Abendlandes an die Wand gemalt, mal wird die gesamte Debatte als Hype verteufelt, weil die Phänomene Lügen, Claqueure und auch Bots nichts Neues seien.

Der folgende Beitrag versucht, diesen Extremen zu entkommen, indem er aufzeigt, welche Veränderungen tatsächlich zu beobachten sind und welche Risikopotenziale aus Sicht der Forschung bestehen. Die Grundthese lautet, dass wir in erster Linie eine technisch geprägte Revolution erleben, die mit tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen einhergeht. Eine politische Datenwissenschaft, die politikwissenschaftliche Expertise mit Wissen über die Funktionsweise sozialer Netzwerke verbindet, kann diese Wechselwirkungen aufzeigen.

Die Begriffe Social Bots, Trolle und Fake-News sind keine wissenschaftlich sauber definierten Kategorien, sondern eine Mischung aus empirischem Befund und politischer Interpretation. Das zentrale Element, durch das diese drei Begriffe zu Arten der politischen Manipulation werden, ist die böswillige Absicht. Social Bots geben vor, echte Menschen zu sein, sind aber Nutzer in den sozialen Netzwerken, die durch eine dahinterliegende Software gesteuert werden. Trolle sind Menschen, die Diskussionen bewusst stören wollen. Bei Fake-News geht es nicht um schlechte Berichterstattung, sondern darum, durch bewusste Falschmeldungen einen Effekt zu erzielen. Die böswillige Absicht ist zugleich der Grund, warum man bei diesen Definitionen sehr vorsichtig sein muss.

Wie man am Gebrauch des Wortes Fake-News sieht, kann das Unterstellen einer solchen Absicht zum Argument werden, warum man sich mit den geäußerten Standpunkten nicht auseinandersetzen muss. Diese Unsauberkeit der Definitionen ist aus politikwissenschaftlicher Sicht keine Besonderheit: Was für die einen ein „Terrorist“ ist, ist für andere möglicherweise ein „Freiheitskämpfer“.

ÜBERSCHNEIDUNG VON ZWEI TRENDS

Eine Schwierigkeit bei der Analyse der Phänomene Social Bots, Trolle und Fake-News liegt – mit Ironie betrachtet – darin, dass die Gesellschaft uns Wissenschaftlern nicht den Gefallen tut, ein paar Jahre stillzustehen, damit wir unter experimentellen Bedingungen den Einfluss einer neuen Technik studieren können. Wir haben in den letzten Jahren tief greifende Veränderungen erlebt, die zunächst nichts mit sozialen Netzwerken zu tun haben, die aber die gesellschaftlichen Entwicklungen, die nun mit Fake-News et cetera in Verbindung gebracht werden, maßgeblich bedingt haben: Die Krise der EU ist zunächst keine Social-Media-Krise, die Radikalisierung der Konkurrenz zwischen den amerikanischen Parteien kam nicht aus dem Internet und der Vertrauensverlust, den Parteien und Medien in Deutschland erleben, ist kein Abfallprodukt irgendwelcher Algorithmen.

Vielmehr sehen wir in den letzten Jahren eine Dynamik in politischen Prozessen, die wir – gerade auch in der Politikwissenschaft – so nicht für möglich gehalten hätten. Was auch immer die wahren Gründe dieser Veränderung sind, sie fällt zeitlich mit dem Aufstieg der sozialen Netzwerke zusammen. Diese Überschneidung zweier Trends führt in der empirischen Betrachtung zu „Scheinkorrelationen“. Zwei kausal unabhängige Entwicklungen nehmen gleichzeitig Fahrt auf, und es entsteht der Eindruck eines Wirkungszusammenhangs. Man muss jedoch davor warnen, alles, was politisch gleichzeitig mit der Weiterentwicklung des Internets passiert, kausal auf Letztere zurückführen zu wollen.

Facebook gibt es seit 2004, Twitter seit 2006. Es hat ein paar Jahre gedauert, bis diese Netzwerke wirkliche Massenphänomene wurden. Aktuelle Studien gehen davon aus, dass heute etwa ein Drittel der deutschen Bevölkerung auf Facebook ist und dort im Durchschnitt eine halbe Stunde am Tag verbringt. Die Zunahme der Verweildauer in den sozialen Netzwerken geht insbesondere auf die mobile Internetnutzung zurück. Im Jahr 2016 nutzte circa jeder Zweite in Deutschland Internetangebote über Smartphone oder Handy.

GÄNZLICH NEUE ÖFFENTLICHKEIT

Der entscheidende Schritt vom „klassischen Internet“ zu sozialen Netzwerken liegt darin, dass nun jeder Nutzer selbst zum Sender von Informationen werden kann. Das heißt, wir haben plötzlich eine Infrastruktur, in der das alte Oligopol der Meinungsbildung aufgebrochen ist. Um eine politische Nachricht massenhaft zu verbreiten, war früher der Zugang zu den Massenmedien oder zumindest eine politische Organisation notwendig, die mit viel Aufwand versuchen musste, die Bürger anzusprechen. Heute kann im Prinzip jeder zu jeder Zeit und von jedem Ort aus eine Nachricht verfassen, die um die Welt geht. Dies ist nicht weniger als ein disruptiver Umbruch der demokratischen Öffentlichkeit, und die positiven und negativen Folgen werden unser demokratisches System radikal verändern.

Diese disruptive Veränderung der Öffentlichkeit ist zunächst aus demokratietheoretischer Sicht grundsätzlich zu begrüßen. Ideale wie „der umfassend informierte Bürger“, die „Unabhängigkeit von Medienkonzernen“ und der „direkte Dialog zwischen Politik und Bürger“ werden nun zum ersten Mal technisch umsetzbar.

Die derzeitige Realität sieht allerdings etwas anders aus, wie die Debatte um Bots und Co. zeigt. Dafür gibt es einige einfache Gründe: Erstens wurden die sozialen Netzwerke nicht entwickelt, um als neue Werkzeuge der politischen Kommunikation zu dienen. Es sind Plattformen, bei denen die Betreiber ein Geschäft damit machen, die Inhalte, die die Nutzer bereitwillig teilen, zu vermarkten. Mehr Nutzer in diese Netze zu ziehen und ihre Verweildauer zu steigern, sind die Ziele des Wettbewerbs. Ob dabei eine vernünftige politische Debatte entsteht, ist aus dieser Perspektive nebensächlich. Zweitens baut sich auf das Geschäftsmodell der Netzwerkbetreiber eine ganze Industrie auf, die mit allen Tricks versucht, von den Werbeeinnahmen zu profitieren, und die nicht davor zurückschreckt, gezielt Bots, Falschmeldungen oder extreme Überspitzungen zu nutzen, um Nutzer auf ihre Seiten zu locken. Politische Aufregung lässt sich dort kommerziell nutzen.

Drittens haben staatliche Stellen, die sich mit der Analyse, aber auch der gezielten Manipulation der öffentlichen Meinung beschäftigen, sehr früh erkannt, dass diese Netzwerke ein großes Potenzial für eine „Steuerung“ der

politischen Willensbildung enthalten. In großen Programmen und Studien werden Techniken entwickelt, wie ganze Netzwerke durch Bots unterwandert werden können, wie sich politischer Protest organisieren lässt und wie massenhaft Verunsicherung verbreitet werden kann. Diese militärischen Techniken sind inzwischen bekannt und werden als eigenes Geschäftsmodell jedem angeboten, der dafür bezahlen möchte. Es ist also nicht die Technik, die die Probleme verursacht, sondern es sind die Interessen, denen diese Technik dienstbar gemacht wird.

KEINE POLITISCHE DEBATTE OHNE SOCIAL BOTS

Leider muss man eingestehen, dass die wissenschaftliche Untersuchung dieser Phänomene noch am Anfang steht. Was bisher gelungen ist, ist der empirische Nachweis, dass es in den sozialen Netzwerken praktisch keine politische Debatte gibt, ohne dass darin Social Bots, Trolle oder Fake-News auftauchen. Schon bei der Quantifizierung – also der Frage, wie viele Bots et cetera wo auftauchen – wird es sehr schwierig. Ein Grund dafür ist, dass unterschiedliche Definitionen verwendet werden. Ist ein Bot ein besonders aktiver Account oder eher ein besonders unauffälliger? Gilt ein Kommentar als Trollbeitrag, weil er besonders aggressiv ist oder weil der Nutzer bereits hundert ähnliche Kommentare gepostet hat? Ist eine Meldung Fake-News, weil sie inhaltlich verkehrt ist oder weil die Überschrift nicht wirklich zum Text passt?

Auch über die zu verwendenden Methoden herrscht derzeit keine Klarheit. Manche Forscher verwenden aufwendige statistische Modelle, die schwierig zu interpretieren sind, andere vertrauen auf einfache Heuristiken. Aber auch wenn die Methoden besser werden, eines wird die Wissenschaft in absehbarer Zeit nicht zustande bringen: den unumstößlichen Nachweis, dass diese Formen der Manipulation einen politischen Effekt haben. Denn diese Gretchenfrage entzieht sich dem sozialwissenschaftlichen Zugriff. Es lässt sich nie mit hundertprozentiger Sicherheit sagen, wie sich dieselben Menschen ohne den Kontakt mit den sozialen Medien in genau der gleichen Situation verhalten hätten.

Das heißt aber nicht, dass sich nicht einiges mit Gewissheit herausfinden lässt. Mit Sicht auf den zurückliegenden amerikanischen Wahlkampf ist bekannt, dass für die Kampagnen von Clinton und Trump, aber auch schon im Vorwahlkampf bei Sanders und Cruz, Wahlkampfhelfer versucht haben, die Stimmung in den sozialen Netzwerken für ihre Kandidaten zu beeinflussen, also als Trolle unterwegs waren. Wir können auch feststellen, dass insbesondere zu strategisch wichtigen Zeitpunkten, wie während der TV-Duelle, eine starke Botaktivität zu verzeichnen war. Und wir wissen, dass sich einige bewusst lancierte Falschmeldungen massenhaft verbreitet haben.

Es wäre daher nahezu töricht, per se anzunehmen, dass Social Bots, Trolle und Fake-News nicht auch „irgendwie“ einen Einfluss auf die Wahl hatten. Schauen wir nach Deutschland, dann lässt sich zeigen, dass im Zuge der Flüchtlingsdebatte im Umfeld von AfD und Pegida viele Anzeichen für den systematischen Einsatz von Social Bots, Trollen und Fake-News zu finden sind, während solche Funde bei allen anderen politischen Akteuren nur vereinzelt auftreten. Es lässt sich auch zeigen, dass einzelne Nutzer zehntausendfach Kommentare gegen Flüchtlinge schreiben und ähnliche Kommentare „ liken“. Können wir uns erlauben, davon auszugehen, dass diese Aktivitäten keine Wirkung zeigen?

WARUM DIE MANIPULATION GELINGT

Die eigentlichen Risiken entstehen durch indirekte Effekte. Nach wie vor ist es so, dass Trends aus den sozialen Netzwerken einfach für bare Münze genommen werden. Über den Erfolg der AfD auf Facebook wird berichtet, als wären jeder Fan und jeder Like eine demokratische Willensäußerung. Auch Artikel, die darstellen, dass mehr Fake-News über Merkel geteilt werden als „echte“ Nachrichten, vergessen, dass solche Zahlen ohne vorherige forensische Analyse heutzutage keinen Aussagewert haben. Die Beispiele zeigen, dass die Verfälschung von Trends zu einer verzerrten Wahrnehmung auch bei Journalisten und Politikern führen kann. Es ist nicht auszuschließen, dass die Manipulation genau durch diese nachträgliche Verbreitung gelingt.

Ein zweiter indirekter Effekt ergibt sich aus der technischen Struktur der sozialen Netzwerke. Im Prinzip belohnt jeder Algorithmus Masse. Ein Beitrag, der tausendfach gelikt wird, wird automatisch mehr Nutzern gezeigt und wird eventuell dadurch viral, sprich von echten Nutzern aufgegriffen und verbreitet.

Der dritte Effekt, der uns Sorge bereiten sollte, besteht darin, dass sich eine Stimmung der Verunsicherung kreieren lässt. Wenn ich immer wieder und gezielt mit falschen Informationen konfrontiert werde, dann sinkt mein Vertrauen in die Informationen insgesamt. Selbst wenn ich meine Meinung nicht ändere, bleibt vielleicht ein Zweifel zurück. Diese Verunsicherung wiederum kann bewirken, dass Informationen, die der eigenen Meinung widersprechen, von vornherein als falsch abgelehnt werden, während alles, was aus dem eigenem Netzwerk kommt, unhinterfragt als wahr stehen bleibt. Ein solches Klima ist ein willkommener Nährboden für populistische Kräfte.

Umgekehrt sehen wir aber auch, dass die Nutzer nicht dumm sind. Die Möglichkeit der Manipulation nimmt mit der Zunahme des Wissens der Menschen ab. Und obwohl den sozialen Netzwerken teils zweifelhafte Geschäftsmodelle und Interessen zugrunde liegen, sind sie eine unglaublich potente Infrastruktur für die Verbreitung von Wissen.

... und die jüdische Gemeinschaft in Deutschland

„Sich trauen zu vertrauen“

„Das 21. Jahrhundert ist ein Jahrhundert des Neuanfangs, ein Jahrhundert neuer Versprechen, ein Jahrhundert unermesslicher Hoffnung und ein Jahrhundert tief empfundener Dankbarkeit all denjenigen gegenüber, die an diese Aufgabe glauben, die darauf abzielt, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.“⁴¹ Diesen Satz – aus dem ein tiefes Vertrauen in die Zukunft spricht – hat ausgerechnet ein Schoah-überlebender gesagt: Elie Wiesel, der leider im vergangenen Jahr gestorben ist.

Elie Wiesel verlor fast seine komplette Familie in der Schoah. Er selbst überlebte die Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald – und dennoch gehörte er wie kein Zweiter zu den Menschen, die an

Veröhnung und das Gute glaubten. Ohne Vertrauen ist eine solche Geisteshaltung nicht möglich.

Vertrauen in die Zukunft – das war in der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland nach 1945 eine höchst fragile Angelegenheit. Und auch heute gibt es Fragezeichen.

Die rund 250.000 Juden, die sich am Ende des Zweiten Weltkriegs – überwiegend unfreiwillig – auf deutschem Boden in Lagern für sogenannte Displaced Persons wiederfanden, vertrauten diesem Land nicht (mehr). Sie sahen ihre Zukunft in Israel oder in den USA. Doch aus unterschiedlichen Gründen – sei es gesundheitlicher oder finanzieller Natur – blieb ein

kleiner Teil der Gestrandeten hier und schloss sich den wenigen Juden an, die in Deutschland überlebt hatten. Bis heute lässt uns ihre Zuversicht staunen, angesichts des Grauens, das sie erlebt hatten. Sie organisierten sich und bauten neue jüdische Gemeinden auf. Ein tief sitzendes Urvertrauen, der Glaube an eine bessere Zukunft, war ihnen offensichtlich geblieben.

„AUF GEPACKTEN KOFFERN“

Dennoch war es ein geflügeltes Wort, dass man „auf gepackten Koffern sitzt“. Es war eine ambivalente Haltung, die die jüdische Gemeinschaft bis in die 1980er-Jahre prägte. Einerseits wuchs das Vertrauen in die Bundesrepublik. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, den sogenannten Wiedergutmachungszahlungen und einer von der 68er-Bewegung angestoßenen neuen Form der Aufarbeitung der NS-Zeit zeigte zumindest Westdeutschland den Willen, seine historische Verantwortung anzunehmen. Andererseits blieben die Juden vorsichtig. Zu tief saß die Erfahrung der Verfolgung. Antisemitische Vorfälle, Friedhofsschändungen, aber auch Gewalt gegen Ausländer und Asylbewerber ließen immer wieder die Frage aufkommen, wie sicher jüdisches Leben in Deutschland sei. Die Koffer wurden zwar quasi auf den Dachboden geräumt, dort aber blieben sie.

Für eine gesellschaftliche Minderheit ist Vertrauen eine unbedingte Voraussetzung im Leben. Würden wir nicht in die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland Vertrauen haben, wäre ein Leben in Deutschland unmöglich. Im Jahr 2012 ging daher

eine tiefe Erschütterung durch die jüdische Gemeinschaft, als nach dem Urteil des Kölner Landgerichts zur Beschneidung von Jungen in weiten Teilen der Gesellschaft dieses für Juden konstituierende Ritual infrage gestellt wurde.

VERTRAUEN ZU DEN KIRCHEN

In der damaligen Debatte war es von großem Vorteil, dass das Vertrauensverhältnis zwischen der jüdischen Gemeinschaft und den beiden christlichen Kirchen inzwischen sehr stark ist. Beide Kirchen sprangen den Juden und Muslimen sofort bei. Auch dieses Vertrauen musste nach Jahrhunderten des christlichen Antijudaismus erst mühsam aufgebaut werden. Inzwischen ist das Fundament solide, wie sich allein an zwei Beispielen aufzeigen lässt: der Erklärung „Nostra Aetate“ des Zweiten Vatikanischen Konzils und dem Umgang der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit den antisemitischen Schriften Martin Luthers anlässlich des Reformationsjubiläums.

Wir müssen dennoch feststellen, dass politische Entwicklungen wie die Banken- und Eurokrise und vor allem die Flüchtlingskrise nicht spurlos an uns vorübergehen. Schließlich ist die jüdische Gemeinschaft integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft. Die allgemeine Krisenstimmung macht vor unseren Türen nicht halt.

Als Deutschland 2015 seine Grenzen für Flüchtlinge öffnete, wurde dies auch in Teilen der jüdischen Gemeinschaft mit Skepsis betrachtet. Trotz des immanent herrschenden Bekenntnisses zur humanitären Verpflichtung, stellten sich kritische

Fragen: Können wir Menschen vertrauen, die in Ländern mit einer staatlich gepflegten Israel- und Judenfeindschaft aufgewachsen sind? Wie werden diesen Menschen unsere Werte vermittelt? Wie die Bedeutung der Schoah und des Staates Israel? Diese Fragen ernst zu nehmen, sollte auch für die Gesamtgesellschaft gelten.

Noch stärker jedoch wird das Vertrauen in staatliche Institutionen durch Terroranschläge auf die Probe gestellt. Das Gefühl zu haben, in Sicherheit leben zu können, ist für die gesamte deutsche Gesellschaft existenziell, für Juden ganz besonders. Zudem wird in unserer Gemeinschaft sehr stark wahrgenommen, dass Juden bei Islamisten zum Feindbild Nummer eins gehören. Der Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel und die Geiselnahme im koscheren Supermarkt in Paris haben eine eindeutige Sprache gesprochen.

RESPEKT, SOLIDARITÄT, TOLERANZ

Ich kann daher nicht verhehlen, dass die allgemeine Vertrauenskrise auch in der jüdischen Gemeinschaft Folgen zeitigt. Wir würden es wohl in dem Bild ausdrücken, dass wir wieder nachschauen, wo wir die Koffer verstaut haben. Das bedeutet jedoch

nicht, dass wir resignieren. Mit erhöhten Sicherheitsvorkehrungen im Alltag umzugehen, sind Juden oft von klein auf gewöhnt. Viele von uns reisen häufig nach Israel zu ihren Verwandten und Freunden, wo strenge Sicherheitsauflagen Normalität sind. Die Frage, wie der Staat sich wappnet und seine Bürger schützt, ist daher maßgeblich für das Vertrauen, das wir in dieses Land haben.

Uns ist ebenso klar: Wenn jetzt ein allgemeines Misstrauen um sich griffe oder ganze Religionen oder Bevölkerungsgruppen unter einen Generalverdacht gestellt würden, dann wäre unser friedliches und tolerantes Zusammenleben ernsthaft gefährdet. Niemand braucht einem Juden zu erklären, wie es ist, auf Misstrauen allein aufgrund der Herkunft oder Religion zu stoßen. Daher werden wir uns vehement für Werte wie Respekt, Solidarität, Toleranz und Fürsorge für Bedürftige einsetzen. Das gebietet uns nicht zuletzt unsere Religion. Es ist uns aufgegeben, unseren Beitrag zu leisten, um die Welt ein Stückchen besser zu machen. Wir vertrauen darauf, dass dies möglich ist.

¹ Rede von Elie Wiesel am 5. Juni 2009 in der Gedenkstätte Buchenwald (www.buchenwald.de/913/).

*Josef Schuster
Geboren 1954 in Haifa (Israel),
Präsident des Zentralrats
der Juden in Deutschland*

Stopp dem Demoskopenbashing!

Warum Umfrageergebnisse doch nicht so schlecht sind

MATTHIAS JUNG

Geboren 1956 in Speyer, Mitglied des Vorstands der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Inhaber des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (ipos), Geschäftsführender Gesellschafter der FGW Telefonfeld GmbH.

Spätestens mit der Präsidentenwahl in den USA hat das zyklisch wiederkehrende Demoskopenbashing eingesetzt. Nachdem sie nicht so ausgegangen war, wie es viele Leitartikler herbeizuschreiben versucht hatten, wird die Schuld für die Fehleinschätzungen an die Demoskopen weitergereicht. Dabei hatte man

sich zuvor der Umfrageergebnisse je nach Bedarf sehr selektiv bedient.

Viele Journalisten zeigten keinerlei Hemmungen, die Umfragedaten der Demoskopen selbst zu interpretieren. Die ergänzenden Erläuterungen wischten sie beiseite. Nun thematisieren sie Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Umfrageforschung im Allgemeinen. Dies geschieht mit der gleichen verabsolutierenden Rigorosität, wie sie dem Publikum zuvor die Daten ohne

jegliche Relativierung präsentiert hatten. Beides wurzelt letztlich in der Unkenntnis der Methoden und der Leistungsfähigkeit demoskopischer Instrumente, die wahlweise als Wundermittel der Prophetie glorifiziert oder als Scharlatanerie verteufelt werden.

Für einen in Deutschland agierenden Meinungsforscher ist es nicht notwendig, für die Kollegen in Großbritannien, den USA und Österreich Rechenschaft abzulegen; dennoch haben sie eine faire Bewertung ihrer Arbeit verdient. Auf die ungerechtfertigten Vorwürfe einzugehen, ist aber unerlässlich, weil diese Kritik zum Anlass genommen wird, um gegen die Meinungsforschung in Deutschland zu polemisieren. Aktuell steht dabei im Fokus, dass angesichts des europaweit wachsenden Populismus die politische Stimmung mit Umfragen nicht (mehr) korrekt erfassbar sein soll.

BREXIT: SOLITÄRE FEHLBEWERTUNG

In den Umfragen über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union (EU) führten über viele Monate hinweg die Anhänger des „Remain“. Allerdings zeigten die Umfragen, die in den Tagen vor der Abstimmung veröffentlicht wurden, einen deutlich knapper werdenden Vorsprung dieses Lagers. Die letzten Umfragen ergaben im Durchschnitt ein Ergebnis von 52 Prozent zu 48 Prozent für den Verbleib in der EU. Angesichts der den Umfragen innewohnenden statistischen Fehlerbereiche kann man einen solchen Befund seriöserweise lediglich als ein Kopf-an-Kopf-Rennen klassifizieren. Mit einer Ausnahme haben sich deshalb die führenden Meinungsforschungsinstitute im Hinblick auf eine Prognose des Ausgangs der Abstimmung stark zurückgehalten. Zudem wurde die Situation durch die Ermordung der Labour-Abgeordneten Jo Cox wenige Tage vor der Abstimmung noch unkalkulierbarer. Lediglich das Institut YouGov hatte sich auf der Basis einer Onlinebefragung klar auf einen Sieg des *Remain*-Lagers festgelegt. Allerdings hatte diese Umfrage auch nur einen Vorsprung von 52 Prozent zu 48 Prozent ermittelt. Insofern handelt es sich hierbei um eine solitäre Fehlbewertung durch YouGov.

USA: WAHLAUSGANG NICHT VORHERSAGBAR

Bei den Präsidentschaftswahlen in den USA kann man es sich leicht machen und auf die Schlagzeile des Berliner *Tagesspiegels* einen Tag vor der Wahl verweisen: „Amerikas Demoskopen warnen vor Überraschungen“, stand in großen Lettern auf Seite eins. Insofern liegt im Falle der US-Wahl offensichtlich weniger ein Versagen der Meinungsforscher vor als vielmehr eine

weitverbreitete inadäquate Interpretation von Umfrageergebnissen durch große Teile der Medienlandschaft, aber vor allem durch einige sogenannte Strategen.

Die Fehleinschätzung resultiert vor allem daraus, dass viele Beobachter für den Ausgang der US-Wahl Umfragen zur *Popular Vote*, also zum prozentualen Abschneiden bezogen auf das ganze Land, herangezogen haben. Dies ignoriert aber völlig das geltende Wahlsystem, bei dem es letztlich allein auf das Abschneiden in einer guten Handvoll *Swing-States* ankommt. Aber selbst die *Popular Vote* war nicht so schlecht, denn Clinton hat in der Tat landesweit mehr als 2,8 Millionen Stimmen mehr bekommen als Trump, was die Umfragen im Durchschnitt mit knapper werdender Tendenz durchaus richtig wiedergegeben haben; dazu kam ein angegebener Anteil von rund zehn Prozent Unentschlossenen.

Relevant ist aber das Wahlmännerergebnis. Dafür braucht es zumindest in allen *Swing-States* (und noch ein paar mehr Bundesstaaten) bundesstaatspezifische solide und regelmäßige Umfragen, die auch jemand finanzieren muss. Das Mediensystem muss dann zwischen den soliden und den 500er-Onlineumfragen unterscheiden und dies differenziert bewerten.

Ein seriöses Sichten und Bewerten der vielen Umfragen, die in den einzelnen Staaten erhoben wurden, musste unmittelbar vor der Wahl zu dem Ergebnis eines unentscheidbaren Kopf-an-Kopf-Rennens führen. Wenn die Meinungsforscher etwas als unentscheidbar knapp einstufen, dann sollte man das eben auch so hinnehmen. Die Forschungsgruppe Wahlen hat für das ZDF durch die Bewertung einer Vielzahl von Meinungsumfragen unterschiedlicher Qualität insgesamt 115 Wahlmännerstimmen vor Beginn des Vorliegens der ersten *Exit-Poll*-Ergebnisse am Wahlabend als unbestimmt eingestuft, was einen offenen Ausgang der Wahl implizierte und ganz sicher keinen sicheren Sieg für Clinton, auch keinen knappen. Faktisch war der Ausgang der Wahl auch in den entscheidenden Bundesstaaten extrem knapp.

Vereinzelte Institute – teils mit sehr seltsamen Verfahren – mögen mit der Prognose eines Trump-Sieges richtiggelegen haben; wissenschaftlich korrekt war ihr Ergebnis aber dennoch nicht, weil es nicht die tatsächliche extreme Knappheit der Situation wiedergegeben hat, die es nicht erlaubte, seriös einen Gewinner vorher zu ermitteln.

ÖSTERREICH: KEINE AKTUELLEN UMFRAGEN

Bei der Wiederholungswahl für den österreichischen Bundespräsidenten wollen die Medien ebenfalls ein Versagen der Demoskopen festgestellt haben. Wenn man genau hinsieht, stellt man allerdings fest, dass die beiden letzten Umfragen in Österreich am 17. November 2016 veröffentlicht wurden (Gallup

und Unique Research). Das heißt: Sie waren circa drei Wochen vor dem Wahlgang durchgeführt worden und kamen beide zu einem Kopf-an-Kopf-Ergebnis (49 Prozent zu 51 Prozent beziehungsweise 52 Prozent zu 48 Prozent).

Die meisten Medien in Österreich hatten sich vor dieser Wahl geweigert, Umfrageergebnisse zu veröffentlichen beziehungsweise in Auftrag zu geben. Allein der große zeitliche Abstand der Umfragen zur tatsächlichen Wahlentscheidung, die beispielsweise den Strategiewechsel von Norbert Hofer von der FPÖ in den letzten Tagen vor der Wahl nicht mehr berücksichtigen konnte, lässt eigentlich nur die Feststellung zu, dass es für die Wahlentscheidung am 4. Dezember 2016 keine aktuellen Umfragen gegeben hat und somit auch keine Umfragen falsch oder richtig sein konnten. Von daher ist auch in diesem Fall die Behauptung, dass die Demoskopen versagt hätten, unzutreffend.

MESSUNG POPULISTISCHER STRÖMUNGEN

Als Zwischenfazit lässt sich feststellen: Soweit Umfragen vorlagen, waren diese objektiv gesehen gar nicht so falsch. Wenn die Umfrageergebnisse aber – anders als behauptet – nicht so falsch waren, dann stellt sich die Frage, ob populistische Strömungen mithilfe von Umfragen überhaupt angemessen abgebildet werden können, nicht mehr so brisant.

Was aber können wir anhand der drei Beispiele Brexit, Präsidentenwahl in den USA und Bundespräsidentenwahl in Österreich feststellen? In erster Linie, dass zur Beurteilung eines Wahlausgangs nur seriös durchgeführte und aktuelle, also in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Wahlentscheidung liegende Umfragen zur Interpretation infrage kommen. Umfragen, die Wochen vor einer Wahlentscheidung durchgeführt worden sind, können logischerweise bestenfalls die politische Stimmung zum Zeitpunkt der Durchführung dieser Umfragen wiedergeben. Ein prognostischer Charakter kann ihnen nicht zukommen.

Umfragen bedürfen zudem der fachkundigen Interpretation, und diese mündet eher in eine zurückhaltende als eine reißerische Schlagzeile. Aber ganz unabhängig davon gibt es keine internationale und interkulturelle Wahl- und Meinungsforschung. Das heißt zum Beispiel: Erfahrungen aus den USA sind vor allem geeignet, um Umfragen im politischen System der USA zu verbessern. Wir müssen unsere Erfahrungen in Deutschland für die Verbesserung unserer Instrumente nutzen.

WELTFORMEL DER MEINUNGSFORSCHUNG

Natürlich gibt es auch bei uns eine Reihe von Problemen und Baustellen, denen sich die seriöse Meinungsforschung stellen und für die sie Lösungen anbieten muss. Zunächst einmal gilt es festzustellen, dass es nicht darum geht, eine immer gültige Weltformel der Meinungsforschung zu finden. Meinungsforschung ist eine empirische Wissenschaft, bei der es gilt, sich immer wieder aufs Neue der sich kontinuierlich verändernden Realität anzunähern. Dabei geht es insbesondere auch darum, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen und sie als Erfahrungen konstruktiv zu nutzen.

In der Tat ist das Aufkommen populistischer Strömungen in der Anfangsphase ein Problem für eine erfahrungsbasierte Wissenschaft, da für die neu entstehenden Bewegungen zunächst keine Erfahrungswerte vorliegen. Das ist aber grundsätzlich kein Vorgang, der aktuell einmalig ist, sondern diese Probleme sind bereits in der Anfangsphase der Republikaner, der Statt-Partei und der Piraten aufgetreten.

So hat sich zum Beispiel bei den drei Landtagswahlen am 13. März 2016 gezeigt, dass die von uns (und anderen) angenommenen Dunkelziffern für die AfD zu niedrig waren. Aufgrund dieser Erfahrungen haben wir das korrigiert und gehen bei der AfD inzwischen von ähnlichen Werten aus, wie wir sie sonst bei der NPD benutzen. Das bedeutet nicht, dass es sich bei den Anhängern von AfD und NPD um die gleichen politischen Einstellungsmuster handelt, wohl aber, dass es bei beiden Parteien mittlerweile eine vergleichbare Systemopposition gibt, die zu einer fehlenden Bekenntnisbereitschaft beziehungsweise einer Teilnahmeverweigerung eines Teils dieser Wählerschichten führt. Mit diesem durch Erfahrung korrigierten Ansatz wurde die AfD bei den Wahlen im Herbst 2016 zutreffend wiedergegeben (letzte FGW-Umfrage Mecklenburg-Vorpommern am 1. September 2016: 22 Prozent; Ergebnis: 20,8 Prozent / Berlin am 15. September 2016: 14 Prozent; Ergebnis: 14,2 Prozent).

UNENTSCHEIDENHEIT DER WÄHLER

Jenseits aktueller populistischer Strömungen hat sich die politische Landschaft in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Durch die gewachsene Säkularisierung und Individualisierung in unserer Gesellschaft ebenso wie durch die Entideologisierung infolge des Wegfalls des Ost-West-Konflikts sind traditionelle Bindungen an bestimmte Parteien stark zurückgegangen. Dadurch entstand eine hohe Volatilität der Parteiorientierung und der Wahlabsicht, was zu immer häufigeren Meinungsänderungen in immer kürzerer Zeit auch im Hinblick auf Wahlen geführt hat.

Aufgrund der Tatsache, dass die politische Stimmung kurzfristig immer größeren Veränderungen ausgesetzt ist, muss die Meinungsforschung, wenn sie zeitnah einen realistischen Befund liefern will, immer häufiger entsprechende Umfragen durchführen. Außerdem muss der Zeitraum zwischen Datenerhebung und Datenveröffentlichung möglichst kurz gehalten werden. Im Hinblick auf eine realistische Wiedergabe der Größenordnung für die Parteien für eine Wahl bedeutet dies, dass die letzten Umfragen vor einer Wahlentscheidung in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu dieser Wahl gemacht werden müssen, da sonst zwangsläufig die Gefahr besteht, aufgrund veralteter Daten ein bereits längst überholtes Stimmungsbild zu zeichnen.

Aus diesem Grund publiziert die Forschungsgruppe Wahlen seit der Bundestagswahl 2013 im ZDF ihre letzten Umfragen am Donnerstag vor der jeweiligen Wahl, was zu einer weiteren Verringerung der Differenzen zwischen Umfrageergebnis und Wahlergebnis geführt hat. Wir erheben dennoch ganz bewusst mit der Veröffentlichung dieses letzten Stimmungsbildes wenige Tage vor der Wahl nicht den Anspruch, damit eine Prognose für den Wahlausgang machen zu wollen. Auch in diesem Fall bleiben der wachsenden Zahl hochvolatiler Wähler noch einige Tage zwischen der letzten Umfrage und der Stimmabgabe an der Wahlurne. Vor der letzten Bundestagswahl konnten wir zum Beispiel ermitteln, dass wenige Tage vor der Wahl noch 72 Prozent der Befragten mit Wahlabsicht gesagt haben, dass für ihre Wahlentscheidung mehr als eine Partei infrage kommt.

Diese gewachsene Unentschiedenheit der Wähler müssen und können seriöse Umfragen abbilden. Aber daraus ergibt sich eben auch immer öfter eine Situation, aus der ein klarer Sieger selbst einige Tage vor einer Wahl nicht zweifelsfrei prognostizierbar ist.

Zurück zu den Wurzeln!

—
Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft

STEPHAN BIERLING

Geboren 1962 in Oberammergau, Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Vertrauensdozent für die Universität und die Hochschule Regensburg.

Die Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland begann als Demokratiewissenschaft. Nach dem Kollaps der Weimarer Republik und der Katastrophe der nationalsozialistischen Barbarei sollte das Fach auf Drängen der Besatzungsmächte, allen voran der USA, neu aufgebaut werden, um den Deutschen die Demokratie näherzubringen. Viele seiner

Gründerväter wie Ernst Fraenkel, Arnold Bergstraesser und Eric Voegelin kehrten aus dem Exil in den USA zurück, wo sie geforscht, gelehrt und ihren freiheitlichen Geist verinnerlicht hatten. Folgerichtig beschäftigte sich die westdeutsche Politikwissenschaft in den 1950er- und 1960er-Jahren mit den philosophischen, kulturellen und institutionellen Grundlagen der westlichen

Demokratie. Natürlich gab es damals auch andere Schulen, etwa die analytisch-empirische in Köln oder die marxistische in Marburg, die prägende war jedoch die demokratiewissenschaftliche in Freiburg und in München.

Dieses Selbstverständnis der deutschen Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft erfuhr eine große Bewährungsprobe durch die 68er-Bewegung. Zwar lehnten ihre Vertreter ein rein empirisches und wertneutrales Verständnis des Faches ebenso ab wie die Gründergeneration, aber es ging ihnen nicht mehr um „Demokratie“, sondern um „Demokratisierung“, das heißt ein aus der Missbilligung der bestehenden Regierungsform geborenes Emanzipationsprojekt.

MECHANISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

Die normative Dimension der Politikwissenschaft, egal ob in ihrer Demokratie- oder Demokratisierungsvariante, verschwand mit dem Ende des Kalten Krieges der 1980er-Jahre mehr und mehr. Die linke Demokratisierungsschule erlitt mit dem Kollaps des sowjetischen Imperiums einen Schlag, von dem sie sich lange Jahre nicht erholte. Der Triumph des liberalen Staatsmodells, 1989 von Francis Fukuyama in seinem Aufsatz vom „Ende der Geschichte“ gefeiert, schien aber auch die klassische Demokratiewissenschaft überflüssig zu machen. An ihre Stelle trat mehr und mehr eine wertneutrale, theorielastige, datenfokussierte und mechanistische Politikwissenschaft. Seit zwei Jahrzehnten dominiert in den USA wie in Europa der Trend zu Statistik und Mathematik das Fach.

Seit den 1950er-Jahren der Demokratiewissenschaft verpflichtete Universitätseinrichtungen wurden im Zuge dieser Neuausrichtung grundlegend verändert. Zwei Beispiele: Das von Eric Voegelin maßgeblich mitgestaltete Münchner Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität rückte von seiner normativen und pluralistischen Tradition ab und verschrieb sich dem Governance-Ansatz, also der Erforschung von Steuerungs- und Regelungssystemen politischer Organisationen. Die Hochschule für Politik, ebenfalls in München beheimatet, wurde auf Veranlassung der amerikanischen Besatzer 1950 mit dem Ziel der Erziehung zur Demokratie gegründet. Mit ihrer Übernahme durch die Technische Universität München 2015 erhielt sie vom Träger, dem Bayerischen Landtag, sieben neue Professuren finanziert. Fast alle sind an der Schnittstelle zu Wirtschaft und Technik angesiedelt mit Widmungen wie „Political Data Science“, „Computational Social Science and Big Data“ oder „Environmental and Climate Policy“.

Der Weg zu einer Politikwissenschaft, die sich primär als Methode, Handwerk und Theorie versteht, ist im besten Fall nicht der alleinige Weg zum wissenschaftlichen Glück, im schlimmsten ein Irrweg. Die Folgen sind bereits absehbar: Die Forschungsarbeiten orientieren sich an kleinen und

kleineren Problemen, sind empirisch extrem aufwendig, sprachlich oft unzumutbar und für das Verständnis der realen Welt meist irrelevant. Zusammen mit dem fatalen Trend zur Konstruktivismustheorie, nach der allgemein verbindliche Erkenntnisse nicht möglich sind, führt dies dazu, dass die Politikwissenschaft zur *L'art pour l'art* verkommt und sich die Diskurse im Fach mehr und mehr in der gesellschaftlichen und politischen Belanglosigkeit verlieren. Folgerichtig war es kein Politikwissenschaftler, der am 8. Mai 2015 die zentrale Rede zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges im Bundestag hielt, sondern mit Heinrich August Winkler ein Historiker. Große Themen, Sprachgewalt, einprägsame Ideen und Werteorientierung sind offenbar heute mit wenigen Ausnahmen Merkmale der Geschichts- und nicht mehr der Politikwissenschaft.

SIEGESZUG DES POPULISMUS

Dabei wäre das Forschungs- und Lehrprogramm einer normativen, am Leitstern der Demokratie orientierten Politikwissenschaft aktueller denn je. Fukuyamas Vorhersage, das westliche Staatsmodell werde nach dem Bankrott des Kommunismus ein weltanschaulicher Selbstläufer, ist nicht eingetreten. Vielmehr ist die Demokratie in den vergangenen Jahren in die Defensive geraten: durch den Aufstieg von Populisten im Inneren und durch die aggressive Politik autoritärer Herrscher im Äußeren.

Der Siegeszug des Populismus in Europa und in den USA zeigt, dass die repräsentative Demokratie als Leitbild an Bindekraft verliert. Junge Demokratien wie in Ungarn und Polen schränken Gewaltenteilung, Medienfreiheit und Unabhängigkeit der Justiz ein. Selbst in etablierten Demokratien wie Großbritannien und den USA erreicht die Wut auf das politische Establishment ungeahnte Ausmaße. Politischer Kompromiss und internationale Zusammenarbeit werden verdammt, der Wunsch nach einfachen, radikalen Lösungen und nach Volkstribunen führte zum Brexit und spülte Donald Trump ins Präsidentenamt.

Deutschland ist keine Ausnahme. Zum einen nimmt die Zustimmung zur Demokratie ab: 2008 identifizierten sich in einer Forsa-Umfrage noch 95 Prozent der Deutschen mit der Staatsform Demokratie, 2016 waren es nur mehr 88 Prozent. Zum anderen wächst der Zynismus: Mehr als sechzig Prozent der Bürger fanden laut einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts infratest dimap im Jahr 2015, dass in Deutschland keine echte Demokratie herrscht, weil die Wirtschaft die Politik bestimme. Im Westen des Landes halten 37 Prozent, im Osten sogar 59 Prozent kommunistische und sozialistische Ideen für eine gute Sache, die bisher nur schlecht ausgeführt worden sei. In der gesamten westlichen Welt sind nationalistische, fremdenfeindliche und autoritäre Parteien und Bewegungen auf dem Vormarsch.

„EINDÄMMUNG DER DEMOKRATIEN“

Autoritäre Staaten, die ihre Existenz durch demokratische Entwicklungen gefährdet sehen, ergeben sich zugleich keineswegs in ihr Schicksal, sondern schlagen mit aller Macht zurück. Seit den Farbenrevolutionen Mitte des vergangenen Jahrzehnts in Georgien, der Ukraine und Kirgisistan, seit der Rebellion der Mittelklasse im Arabischen Frühling 2011 und seit dem Maidan-Aufstand 2013/14 wird den Diktatoren von Peking über Kairo bis Moskau und Ankara eines immer klarer: Nationalismus und Wohlstand allein reichen nicht aus, ihre Herrschaft dauerhaft zu legitimieren. Die westliche Demokratie – als Idee und als Staatsform – sehen sie als die größte Gefahr für ihren Machtanspruch. Deshalb gehen diese Staaten immer aggressiver gegen sie vor. Christopher Walker von der amerikanischen Demokratie-Stiftung *National Endowment for Democracy* spricht sogar von einer neuen Politik „der Eindämmung der Demokratien“.

Dazu drängen sie nicht nur demokratische Entwicklungen in den eigenen Ländern zurück, sondern wollen die Demokratie auch insgesamt diskreditieren. Russland und China bauten in den vergangenen Jahren mit RT und mit CCTV teure Fernsehauslandssender auf, die den Westen und seine demokratischen Errungenschaften verächtlich machen. Die „Trolle“ des Kremls und ihre Fußtruppen im Westen nutzen Twitter und andere soziale Medien, um Moskau-Kritiker zu beschimpfen, Gerüchte über angebliche Chemieunglücke, Ebola-Ausbrüche und Vergewaltigungen durch Flüchtlinge im Westen zu streuen sowie homo- und xenophobe Hetze zu verbreiten. In den amerikanischen Wahlkampf griff Russland laut FBI und CIA mit dem Ziel ein, den demokratischen Prozess in den USA zu verunglimpfen und Misstrauen zwischen den USA und ihren Alliierten zu säen. Zugleich unterstützt der Kreml nationalistische, EU- und NATO-feindliche Parteien mit Propaganda, Aufmerksamkeit und Geld. Marine Le Pens Front National (FN) erhielt 2014 einen Zwölf-Millionen-Dollar-Kredit von einer russischen Bank und weitere 2,5 Millionen Dollar von der Holding eines früheren KGB-Agenten. Viele Kader des Front National arbeiten für den französischen Ableger von RT. Fünfzehn der 24 wichtigsten rechtsradikalen Parteien in Europa stehen offen zu Putin und seinem Ziel, die EU und die NATO zu zerstören. Von Paris aus orchestriert das russische „Institut für Demokratie und Zusammenarbeit“ die europaweite Vernetzung der Rechtsradikalen.

Die westliche Demokratie ist heute unter massivem Druck. Die Vorstellung, „Demokratie“ sei irgendwann aufgebaut und ungefährdet oder auf einem globalen Siegeszug, ist naiv und macht viele Staaten des Westens selbstgefällig und behäbig. Dasselbe gilt für ihre Hochschulen. Auch deshalb ist die demokratiewissenschaftliche Tradition fast völlig aus dem universitären Betrieb verschwunden. Laut studieren-studium.com, einem Portal für Studieninteressierte, finden sich bei den 167 politikwissenschaftlichen

Masterstudiengängen an deutschen Universitäten nur eine Handvoll, die „demokratisch“ oder „Demokratie“ im Namen tragen: „Demokratische Politik und Kommunikation“ in Trier, „Empirische Demokratieforschung“ in Mainz, „Demokratie und Regieren in Europa“ in Tübingen, „Demokratie und Governance“ in Gießen und – als einziges Masterprogramm, das sich dezidiert so nennt – „Demokratiewissenschaft“ an der Universität Regensburg.

LEGITIMATION GERECHTER HERRSCHAFT

Der Regensburger Studiengang bekennt sich zur abendländischen Demokratie-tradition und hat sich zum Ziel gesetzt, die Demokratie in allen Teildisziplinen in den Mittelpunkt ihrer Lehre zu stellen. Die Politische Ideengeschichte reflektiert über Genese und Geltung des modernen Demokratiebegriffs, die Vergleichende Regierungslehre/West untersucht die Demokratien Europas und Nordamerikas, die Vergleichende Regierungslehre/Ost behandelt post-totalitäre Entwicklungen demokratischer und autoritärer Systeme insbesondere in Mittel- und Osteuropa, die Internationale Politik beschäftigt sich mit dem außenpolitischen Handeln großer westlicher Demokratien und der Rolle der von ihnen geschaffenen internationalen Institutionen, die Methodenlehre vermittelt das Handwerkszeug zur empirischen Demokratieforschung. Zentral für den Studiengang ist – in der Tradition der klassischen Demokratiewissenschaft – die praxisorientierte Ausrichtung, die die Absolventen attraktiv für nationale und internationale Arbeitgeber macht.

Natürlich ist die Anwendbarkeit nicht das zentrale Kriterium universitärer Forschung und Lehre. Aber die Politikwissenschaft ist nun einmal kein „normales“ Fach wie Physik oder Chemie, sondern kann nur in Demokratien existieren. Nicht umsonst gab es in totalitären Systemen linker oder rechter Ausprägung das Fach an den Universitäten nicht. Politikwissenschaft, verstanden als „Demokratiewissenschaft“, kann und muss deshalb etwas tun, was andere Fächer, selbst die Soziologie und die Geschichtswissenschaft, nicht leisten können: die Legitimation von gerechter Herrschaft ergründen, ein realistisches Bild von der schwierigen Kompromissfindung in Demokratien vermitteln, die politischen Absolutheitsansprüche autoritärer Demagogen und ihre Mittel und Methoden hinterfragen und die Bedeutung der Kooperation demokratischer Staaten herausstellen.

Es ist höchste Zeit, dass sich Wissenschaftsminister, Universitätspräsidenten und Dekane, vor allem aber auch die Politikwissenschaftsprofessoren selbst auf die Wurzeln des Fachs besinnen. Ohne starke demokratiewissenschaftliche Komponente droht der Politikwissenschaft in Deutschland der Abstieg in die gesellschaftliche und politische Bedeutungslosigkeit.

... und die Kirchen in Deutschland

–
„Vertrauen ist keine Einbahnstraße“

Als im November 2016 die Ergebnisse der europaweiten Studie „Generation What?“ veröffentlicht wurden, lautete die Schlagzeile zu den Befunden aus Deutschland: „Junge Menschen haben wenig Vertrauen in Politik, Kirche, Medien. 18- bis 34-Jährige sind überwiegend skeptisch gegenüber Institutionen.“¹ Die Kirche steht also nicht viel besser da als die staatlichen und demokratischen Einrichtungen, wenn es um das Vertrauen der Bürger, in diesem Fall der jungen Menschen, geht. Redet hier also der Einäugige über den Blinden, wenn der Bischof über das mangelnde Vertrauen in die Demokratie schreibt?

Das Vertrauen in Institutionen schwindet, nicht nur bei jungen Menschen. Dieser Rückgang des Vertrauens betrifft staatliche und politische Institutionen, Organe und Parteien, aber auch Großorganisationen wie die Kirchen. Der politische Vertrauensverlust und der in die gesellschaftlichen Institutionen gehen Hand in Hand, sicherlich bedingen sie auch einander.

In der modernen politischen Theorie wird Vertrauen als eine zentrale Voraussetzung der Demokratie angesehen. Bei Untersuchungen, woher dieses Vertrauen kommt, hat sich in den letzten Jahren in der Sozialwissenschaft die Theorie des

Sozialkapitals etabliert. Demzufolge spielen die sozialen Bindungen in Vereinen und Organisationen eine große Rolle für das Vertrauen. Wenn sich die Bürger im gesellschaftlichen Raum gegenseitig vertrauen, kann dieses Vertrauen auch auf die politischen Institutionen übertragen werden. Innerhalb dieser Theorie wurde der Religion bei der Schaffung des Sozialkapitals – also dessen, was für den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtig ist – von Anfang an eine wichtige Funktion zugemessen. Vor diesem Hintergrund muss das Schwinden von Vertrauen in religiöse und demokratische Institutionen in einem Zusammenhang gesehen werden.

GOTTVERTRAUEN

Doch was bedeutet überhaupt Vertrauen? Vertrauen ist der Glaube daran, dass mein Gegenüber ehrlich und rechtschaffen ist, mir nichts Böses will, oder aber der Glaube daran, dass gewisse Sachverhalte stimmen und nicht verfälscht sind. Vertrauen ist der Glaube an das Gute im Menschen. So gesehen ist eine Vertrauenskrise auch eine Glaubenskrise – wenn natürlich eine ganz andere als der zurückgehende Glaube an Gott. Vertrauen ist auch für die Religion essenziell. Gottvertrauen ist die Grundlage des Glaubens; Gottvertrauen gibt aber auch Gelassenheit für die irdischen Fragen. Das Vertrauen auf Gott und in die Mitmenschen ist eine zutiefst menschliche Eigenschaft.

Schon ein Baby prägt als Erstes das Grundvertrauen in die Mutter aus. Ein Leben ohne Vertrauen wäre unmöglich. In unserem Alltag vertrauen wir andauernd, ohne es auszusprechen. Wir ver-

trauen, dass der Bäcker genießbare Zutaten verwendet, dass der Obsthändler tatsächlich ein Kilogramm einpackt, wenn wir es bezahlen, dass die anderen Rot haben, wenn wir bei Grün über die Ampel fahren, dass der Pilot das Flugzeug sicher zum Ziel bringen kann. Wenn man anfängt, über Vertrauen zu sprechen, ist es in der Regel schon verloren oder zumindest im Schwinden begriffen. Eine Schwerpunktausgabe zum Vertrauen in die Demokratie bedeutet also, dass wir dieses Vertrauen derzeit gefährdet sehen.

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ sagt ein Sprichwort, das Lenin zugeschrieben wird. Vertrauen und Kontrolle gehören in einem Gemeinwesen zusammen. Man kann nicht allen Menschen vertrauen, deshalb muss man auch kontrollieren. Man kann aber auch nicht alles kontrollieren, deshalb gehört das Vertrauen zwangsläufig zum Zusammenleben, zum gesellschaftlichen Miteinander. Kontrolle ist dazu da, das Vertrauen zu gewährleisten und es nicht infrage zu stellen. Daher ist unsere Sorge über ein Schwinden des Vertrauens berechtigt.

ERKLÄREN, ERLÄUTERN, WERBEN

Wir stellen uns die Frage, warum Menschen das Vertrauen in die demokratisch gewählten Institutionen verlieren. Warum gibt es Mitbürger, die den freien Medien unseres Landes misstrauen, die doch eine Voraussetzung der Demokratie sind? Stattdessen schenkt mancher lieber ausländischer Propaganda und gefälschten oder erfundenen Meldungen im Internet Glauben.

Das Besondere am Vertrauen ist, dass man es nicht erzwingen kann. Wir können noch so viel argumentieren, Vertrauen lässt sich nicht einfach nur durch rationale Erwägungen herstellen. Das ist insofern problematisch, als in den letzten Jahrzehnten die Globalisierung, aber auch die individuellen und gesellschaftlichen Freiheitsgewinne dazu geführt haben, dass die Rahmenbedingungen und Verfahren in der repräsentativen Demokratie und in der Sozialen Marktwirtschaft komplexer wurden. Es bleibt also nichts anderes übrig, als immer wieder zu erklären, zu erläutern und zu werben, auch wenn das allein nicht genügen wird. Die Antworten auf die schwieriger werdenden Fragen in der Welt werden nicht einfacher werden, sondern ebenfalls komplexer.

Vertrauen muss man sich erwerben; und es geht schneller verloren, als es wiedergewonnen werden kann. Menschen und Institutionen müssen Glaubwürdigkeit ausstrahlen, vertrauenswürdig sein, sonst schenkt man ihnen kein Vertrauen. Das ist auch eine Herausforderung für die Kirche, insbesondere nach den Krisen um Missbrauch und Verschwendung in den vergangenen Jahren. Es ist gleichermaßen eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft, Parteien und Medien. Sie müssen sich ebenfalls anstrengen, um das Vertrauen der Bürger zu erwerben.

SOLIDARITÄT UND EIGENVERANTWORTUNG

Vertrauen beruht zu einem gewissen Teil auch auf Gegenseitigkeit. Je mehr ich merke, dass mir jemand vertraut, umso mehr bin ich auch bereit, ihm zu ver-

trauen. Insofern stellt sich die Frage, inwieweit Staat und Gesellschaft den Eindruck erwecken, auch den Bürgern zu vertrauen. Vertrauen ist keine Einbahnstraße.

Staat und Gesellschaft müssen deshalb dafür Sorge tragen, dass Freiheit und Sicherheit in einer Balance gehalten werden. Das gilt für Fragen von innerer Sicherheit gleichermaßen wie von sozialer Sicherheit. Sozialethisch gesprochen müssen Solidarität und Eigenverantwortung in Einklang gebracht werden. Wir müssen den Bürgern Freiräume geben und Verantwortung einfordern, müssen aber gleichzeitig auch soziale Sicherheit bieten. Nur wenn die Bürger das Gefühl haben, es gehe insgesamt gerecht zu in unserem Land, werden sie dem Gemeinwesen auch Vertrauen entgegenbringen. Ohne Vertrauen in den Sozialstaat und den Rechtsstaat wird der soziale Zusammenhalt in unserem Land weiter brüchig. Nicht nur die Politik, alle gesellschaftlichen Gruppen und damit auch die Kirchen, sind gefordert, ihren Beitrag zu leisten, um die gesellschaftlichen Verhältnisse gerecht zu gestalten und damit das Vertrauen der Menschen zu stärken.

¹ <https://www.zdf.de/gesellschaft/generation-what/pressemitteilung-november-100.html>. Die Ergebnisse der Umfrage selbst finden sich unter <http://www.generation-what.de>.

*Bischof Franz-Josef Overbeck
Geboren 1964 in Marl, seit 2009 Bischof von Essen,
seit 2011 Katholischer Militärbischof für
die deutsche Bundeswehr, seit 2014 Vorsitzender
der Kommission für gesellschaftliche und
soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz*

Schein und Wahrheit

—
Was bringt die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit?

ROLAND JAHN

Geboren 1953 in Jena, Journalist, seit 2011 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

In einem Interview habe ich vor einiger Zeit die Nutzung der Stasiakten als eine „Schule der Demokratie“ bezeichnet. Angesichts von Pegida und AfD-Anhängerschaft bin ich dafür kritisiert worden. Die Aufarbeitung habe

doch nichts gebracht, sonst würde es diese Bewegungen nicht geben, war das Argument. Mich hat das nicht überzeugt. Aufarbeitung ist kein Automatismus, aber eine Chance. Auf diese Chance sollten wir nicht verzichten. Vielleicht wären die letzten Jahre noch ganz anders verlaufen, wenn wir uns nicht intensiv mit dem Unrecht der Vergangenheit beschäftigt hätten. Auch das könnte man behaupten.

Ich bin davon überzeugt, dass der Blick in die Vergangenheit uns dafür sensibilisieren kann, was Demokratie bedeutet, und dass wir unsere heutige Demokratie mit diesem sensibilisierten Blick besser schützen können. Seither ist diese Überzeugung ein Stück dringlicher geworden. Bürgerinnen und Bürger in den westlichen Demokratien wenden sich von ihr ab und wählen

die Vertreter von „Antworten“, die Risse in das demokratische Fundament schlagen. Es ist eine Herausforderung, besser zu vermitteln, was zerstört wird und wohin der Weg führen kann.

Fast dreißig Jahre lang habe ich in einer Einparteiendiktatur gelebt. Zu erleben, was dies bedeutet, hat mich zu einem überzeugten Anhänger all dessen gemacht, was die Demokratie bundesrepublikanischer Prägung ausmacht: die Grundrechte als Fundament, die Gewaltenteilung, der Rechtsstaat, die repräsentative Demokratie. Nichts ist perfekt, auch nicht die Demokratie, aber sie ermöglicht es uns von allen politischen Systemen am besten, auf Basis der Menschenrechte das Zusammenleben zu organisieren.

FREIHEIT - EIN BEDROHTES GUT

Ich hätte mir vor wenigen Jahren nicht vorstellen können, dass wir tatsächlich autokratische Tendenzen in den westlichen Demokratien sehen, dass Grundrechte eingeschränkt werden, dass das Recht auf Religionsfreiheit attackiert wird, dass der Minderheitenschutz unterminiert wird und dass im Hinblick auf die Sicherheit des Staates die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger Einschränkungen erfährt. All das geschieht in unseren Demokratien, weil Bürgerinnen und Bürger Politiker wählen, die diese Herangehensweise propagieren. Unsere Demokratien funktionieren, die Wahlen belegen das. Aber es stimmt nachdenklich, dass die Werte der Demokratie so leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Vielleicht ist es mit der Demokratie wie mit vielem im Leben: Man begreift erst dann, was man hat, wenn es nicht mehr da ist. Doch Freiheit ist ein zu kostbares Gut, um leichtfertig mit ihr zu spielen. Wir sollten nie aufhören, zu lernen, was Demokratie wirklich bedeutet. Ihren Namen haben schon viele missbraucht.

Das Land, in dem ich aufgewachsen bin, hieß Deutsche Demokratische Republik (DDR). Es war ein Land, das sich demokratisch nannte, aber in dem Demokratie nicht gelebt wurde. Diese Erkenntnis hat sich für viele Menschen, die zufällig in der DDR geboren wurden, über lange Jahre durchgesetzt. Die erlebte Realität, sie war nicht demokratisch, aber die gelebte Realität, sie behauptete Demokratie. Und die Menschen haben vielfach bei diesem Schauspiel mitgespielt.

DEMOKRATIE WAR GARNITUR

„Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Das war das Motto von Walter Ulbricht, der 1945 aus dem Moskauer Exil kam und mit den Kommunisten aus der Sowjetunion eng zusammenarbeitete.

Mit diesem Demokratieverständnis Ulbrichts regierte die SED das Land. Demokratie – das war in der DDR von Anbeginn an Garnitur, ein Wort, ein Schauspiel.

Der Sozialismus wurde in den schönsten Farben als eine Gesellschaft gepriesen, in der das Wohl des Menschen im Mittelpunkt steht und in der er demokratisch teilhaben kann. „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ Als Beleg für den demokratischen Charakter der SED-Diktatur diente meinem Staatsbürgerkundelehrer die Tatsache, dass beispielsweise die „sozialistische Verfassung“ 1968 per Volksabstimmung beschlossen wurde. Mit einem Ergebnis, das sich sehen lassen konnte: 94,5 Prozent Jastimmen. Das, so hieß es allerorten und fortan, war ein deutliches Bekenntnis der Bevölkerung zum sozialistischen Staat und zur Partei, der SED. Denn nichts Geringeres als die führende Rolle der Staatspartei SED war in dieser nun „sozialistischen Verfassung“ verankert worden. Alles schien demokratisch, denn das Volk hatte ja entschieden. Die Volksabstimmung sei ein Ausdruck „sozialistischer Demokratie“, konnte man in den Zeitungen lesen. Aber wie hatte das Volk entschieden? Demokratie besticht durch freie und geheime Wahlen. Nicht so in der DDR.

Vor der Volksabstimmung hatte die SED monatelang sogenannte Volksausprachen organisiert. Diese in Arbeitskollektiven, an Hochschulen, Universitäten und bei den Streitkräften organisierten Treffen dienten der Kontrolle und Lenkung des Abstimmungsverhaltens. Auch die Stasi war im Dauereinsatz. Alle Dienstleistungen waren verpflichtet, regelmäßig über die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung zu berichten, vor allem darüber, ob es ablehnende Haltungen oder sogar offenen Protest gegen die neue Verfassung gab.

FEIND DER „SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE“

Personen, die dabei festgestellt wurden, wurden mal sanft, mal deutlicher darauf hingewiesen, dass eine ablehnende Haltung zur neuen Verfassung eine Ablehnung der weiteren Entwicklung des Sozialismus bedeute. Dies sei nicht im Interesse der Menschen in der DDR und werde sich daher auch nicht zum Vorteil für einen persönlich auswirken. Das Volk, es wurde mit stetem Druck zu einem überwältigend positiven Ergebnis gedrängt. Dennoch war die SED nicht zufrieden. Nie wieder gab es in der DDR seither eine Abstimmung, in der ein Nein ankreuzbar war. Über fünf Prozent Neinstimmen waren der Partei immer noch zu viel. Der Alltag in der DDR, er hatte seine ganz eigenen Regeln.

Viele meiner Altersgruppe, die um 1953 Geborenen, wollten anfangs in gewisser Weise sogar mitmachen und die DDR stützen. Das Versprechen einer gerechten Gesellschaft, die Parolen vom „besseren Deutschland“, die

vom Volk direkt bestimmte Verfassung – all das hatte eine Wirkung auf unsere Generation. Eine Generation, die in die DDR hineingeboren wurde und abgeschottet aufwuchs. Selbstbestimmt zu leben, die vorgezeichneten Bahnen des Staates zu verlassen – das war nicht so einfach. Es war für alle ein Wechselspiel zwischen Anpassung und Widerspruch.

Es war ein Leben hinter der Mauer, das uns nicht nur im Handeln, sondern auch im Denken beschränkte. Warum haben so viele Menschen die auch in der DDR-Verfassung formulierten Rechte nicht oder nur selten eingefordert? 1953 hatten sie es mit einem Aufstand versucht, der von Panzern brutal niedergedrückt worden war. 1989 gelang es dann mutigen Bürgerinnen und Bürgern, das System endlich zu stürzen. Vierzig Jahre hatte es Bestand gehabt.

Freie Wahlen, freie Presse, Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, Versammlungsfreiheit, Post- und Briefgeheimnis et cetera – all das war in der Verfassung der DDR garantiert und doch nur hohle Phrase. Es galt nur, wenn es im vorgeschriebenen Sinne der herrschenden Partei diente. Wer sich anders artikuliert oder die Partei in Frage stellte, galt als Feind der „sozialistischen Demokratie“ und musste „bekämpft“ werden.

DIE WELT – EIN FREUDENFEST?

Den Wert von freier Information für die Demokratie habe ich in der Diktatur besonders gut begriffen, gerade weil sie nicht vorhanden war. Die publizistische Leistung der größten Tageszeitung der DDR war beneidenswert einfach zu messen: Wie oft passt der Staatsratsvorsitzende ins Blatt? Einundvierzigmal mit Foto, so meine ungefähre Erinnerung, war die Höchstleistung. Man konnte die Tageszeitung *Neues Deutschland* am Kiosk kaufen oder abonnieren, aber eine Zeitung war es deshalb nicht. Es war das Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und das Zentralkomitee war nicht einmal beschämt darüber. Der Titel *Neues Deutschland*, der oben auf der ersten Seite prangte, war Programm, denn jeden Tag ging es darum, die Überlegenheit des Sozialismus dem Volke nahezubringen. Jede Nachricht ein Knaller: „98,85 Prozent stimmten für die Kandidaten der Nationalen Front.“ – „Für Frieden und gegen Imperialismus.“ – „Der Sozialismus erobert die Herzen der Massen.“ Die Welt war offiziell ein Freudenfest.

Diejenige DDR, die man selber erlebte, hatte mit dem gedruckten Wort nichts zu tun. Das Abbild der Realität, so, wie der Duden Wahrheit definiert, war für alle erkennbar in der Presse der DDR nicht zu finden. Im Gegenteil. Es war klar, dass die Presse eine politisch vorab bestimmte Version der Realität zu zeigen hatte. „Die Lehre von Karl Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.“ Weil sie wahr sein musste, wurde die Realität ihr untergeordnet. Dieses Lenin-Zitat war die DDR-Version einer Wahrheitsdefinition. Die Presse lebte folglich in der Welt der politischen Propaganda. Die Menschen

verbrachten ihren Alltag in der realen Welt. Diese Zweiteilung war die selten ausgesprochene Realität.

Die fehlende Freiheit der Information, die Kontrolle der Mächtigen über das, was gesagt und gezeigt werden durfte, war ein wichtiges Instrument der Beschneidung der Freiheit. Diese tiefe Schizophrenie im Alltag der kommunistischen Diktaturen Osteuropas wurde 1978 von Václav Havel in der Tschechoslowakei in einem Essay wundervoll auf den Punkt gebracht. In der deutschen Übersetzung heißt das Buch: „Versuch, in der Wahrheit zu leben. Von der Macht der Ohnmächtigen“. Darin beschreibt Havel die alltägliche Lüge, in der die Menschen lebten, indem sie sich den Vorgaben der kommunistischen Partei beugten, obwohl sie nicht davon überzeugt waren. Er beschrieb die Kraft, die daraus entsteht, sich von der Lüge frei zu machen, in dem man sich den Zumutungen und der Bevormundung durch die Partei widersetzt. Das war das Leben „in der Wahrheit“, der Übereinstimmung zwischen dem Denken und Handeln des eigenen Ichs.

DER WERT „BANALER DINGE“

Wie wichtig es war, das wirkliche Abbild der Realität möglichst vielen Menschen zu vermitteln, wurde mir in den späten 1980er-Jahren deutlich, als es uns DDR-Oppositionellen gelang, unzensurierte Bilder aus dem Alltag der DDR an das Westfernsehen zu schleusen: die Zerstörung der Umwelt, die sauren Wälder, den Verfall der Altstädte. Das, was im Fernsehen der DDR nie Platz fand, es wurde nun in der ARD und im ZDF ausgestrahlt. Die Wirkung, die es gerade in der DDR hatte, ein reales Bild des eigenen Lebens vorgehalten zu bekommen, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Viele Bekannte in der DDR haben in Reaktion auf die Fernsehbilder beispielsweise vom Verfall Leipzigs mit Schrecken reagiert. „Ich lebe zwar hier, aber ich habe mich schon so dran gewöhnt. Das im Fernsehen zu sehen, hat mich schockiert. So darf man doch seine Bürger nicht behandeln.“ Das sagte eine Bekannte, und es klingt mir noch heute im Ohr. Die Betrachtung von außen, die Distanz, die Vermittlung von Fakten und Bildern, sie eröffnet Raum für eine eigene, neue Einschätzung der Dinge.

Die DDR war ein Staat, der das Vertrauen seiner Bürger in die Institutionen systematisch unterminierte. Die Regierenden schüchterten ihr Volk mit Mauer, Stacheldraht und Geheimpolizei ein, um den Machtanspruch einer Partei durchzusetzen. Sie verhinderten den Zugang zu freien Informationen und wollten ihr Volk unmündig halten. Es war eine Scheindemokratie, die die Freiheit des Einzelnen einschränkte und nur denen Freiheiten ermöglichte, die sich den Vorgaben einer Partei unterordneten. Wer sich nicht unterordnete oder anpasste, wurde verfolgt, eingesperrt oder des Landes verwiesen.

Nur wenige fanden den Mut, sich aufzulehnen, ihre Rechte einzufordern, bis es am Ende doch Hunderttausende wurden.

Umso mehr habe ich die Praxis der bundesrepublikanischen Demokratie schätzen gelernt. Die banalen Dinge des Alltags. Jeden Text zu finden und zu kopieren. Jede Meinung zu äußern, ohne zu überlegen, wie sie gegen mich ausgelegt werden kann. Zu wählen und tatsächlich eine Wahl zu haben. Demonstrieren zu gehen, ohne mit Gefängnis zu rechnen. Aber auch die großen Herausforderungen: die Fähigkeit dieser Demokratie, den Ausgleich zwischen Minderheit und Mehrheit zu organisieren. Die Tatsache, dass die Macht im Staate tatsächlich immer nur auf Zeit vom Souverän vergeben wird.

Ich habe Demokratie begriffen und schätzen gelernt, indem ich sehr konkret erlebt habe, was Demokratie nicht ist. Das ist eine Erfahrung, die ich niemandem wünsche. Aber sie hat mich zu einer weiteren Erkenntnis gebracht: Im Kern einer jeden Gesellschaft müssen die Menschenrechte stehen – über alles Weitere sollten wir uns streiten. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Aber die Demokratie, die Herrschaft des Volkes, ist so lebendig wie das Volk selbst. Zu diesem Volk gehören wir alle. Den Ausgleich über unsere verschiedenen Ansichten zur Lösung unserer Probleme, den müssen wir alle gemeinsam leisten. Im Vertrauen auf die Kräfte der Demokratie.



Noch im Lot?

Über Demokratie und Menschenrechte

ANGELIKA NUSSBERGER

Geboren 1963 in München, Professorin an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln, Richterin und Vizepräsidentin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Ganz gleich, ob es die Verfassung von Ungarn, Usbekistan oder Deutschland ist – immer findet sich darin nicht nur die Selbstbeschreibung als Demokratie, sondern auch ein mehr oder weniger ausführlicher Katalog von Menschenrechten, der von der Gleichheit vor dem Gesetz bis zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit alle historisch tradierten Menschenrechte einschließt. Dennoch ist

„Demokratie“ nicht gleich „Demokratie“, sind die in die Verfassung aufgenommenen Rechte zunächst einmal nicht mehr als ein Versprechen. Werden beides, Demokratie und Menschenrechte, wirklich ernst genommen, stehen sie in einem Spannungsverhältnis zueinander. Immer von Neuem ist es nötig, bei schwierigen Konflikten einen Ausgleich zu finden. Und doch kann eine Demokratie ohne Menschenrechtsgarantien keine echte Demokratie sein.

Die Konflikte liegen auf der Hand. Angesichts der terroristischen Bedrohung wird die Forderung erhoben, „Gefährder“ einzusperren oder dann, wenn sie aus dem Ausland kommen, in ihre Heimatländer zurückzuführen. Es ließen sich leicht Mehrheiten für derartige Maßnahmen finden. Und doch

mögen dem auf den Menschenrechten beruhende Bedenken entgegenstehen. Wie ist es, wenn den „Gefährdern“ nur eine Gesinnung, nicht aber eine Tat vorzuwerfen ist? Darf man sie auch dann schon ihrer Freiheit berauben? Darf man sie in Länder zurückschicken, in denen ihnen nachweislich Tod oder Folter droht? Könnte die Mehrheit – und sei es um der eigenen Sicherheit willen – über derartige Bedenken einfach hinweggehen?

MEHRHEITENMEINUNG UND GESETZE

Dieser Grundkonflikt zeigt sich in vielen Variationen. In den 1990er-Jahren hat eine Mehrheit des Bundestags, aufgewühlt durch schreckliche Verbrechen, unter dem Slogan „Einsperren für immer“ beschlossen, nicht nur Täter hinter Schloss und Riegel zu bringen, sondern auch bereits Verurteilte, deren zeitige Freiheitsstrafe abgelaufen wäre, rückwirkend in Sicherungsverwahrung zu nehmen. Anders als in den ursprünglichen Urteilen festgelegt, sollte die Gefängnistür für sie nicht mehr zum vereinbarten Zeitpunkt aufgesperrt werden. Die Sicherheit der Mehrheit wurde gegen die Freiheit einiger weniger abgewogen. Die Mehrheit entschied. Aber der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und das Bundesverfassungsgericht setzten sich mit dem Verdikt „mensenrechtswidrig“ zur Wehr. Nicht alles, was eine Mehrheit wünscht und in Gesetzen festschreibt, ist auch „Recht“. Sicherlich gilt es, die Allgemeinheit vor Verbrechen zu schützen. Sicherlich darf man Menschen, die geisteskrank sind und nicht verstehen können, was sie tun, einsperren, aber eben nicht in Gefängnisse, sondern in Heime. Sind sie aber nicht in ihrer Einsichtsfähigkeit eingeschränkt und endet die für ihre Taten verhängte Strafe, kann der Staat sie nicht ein zweites Mal aburteilen. *Ne bis in idem* – nicht zweimal in derselben Sache – ist ein weit in die Geschichte zurückreichender Grundsatz von Rechtsstaatlichkeit, umgeformt in ein dem Einzelnen zustehendes subjektives Recht. Eine Mehrheitsentscheidung, die darüber hinweggeht, hat den Ausgangspunkt staatlichen Entscheidens aus den Augen verloren. Die Rechte von Individuum und Gesellschaft sind miteinander in Ausgleich zu bringen. Weder erstere noch letztere sind absolut zu setzen. Allerdings liegen die Lösungen bei Konfliktfällen zwischen unterschiedlichen Interessen und Rechten zumeist nicht auf der Hand.

In aller Regel sind die Formulierungen von Menschenrechtsverbürgungen vage, offen und daher verschiedenen Auslegungen zugänglich, da sie andernfalls nicht universell Zustimmung finden würden. Jeder hat ein Recht auf „freie Entfaltung der Persönlichkeit“, auf „Meinungsfreiheit“, „Religionsfreiheit“. Ja, sicher, niemand wird dem widersprechen. Aber bedeutet das auch, auf öffentlichen Plätzen eine Burka tragen zu dürfen, Heilige zu karnieren, sich über sie lustig zu machen? Den eigenen Kindern den Schulbesuch zu verbieten? Das mag man sicherlich unterschiedlich beurteilen. Niemand

widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz. Aber was ist gleich? Sind eine homosexuelle Partnerschaft und eine Ehe gleich? Sind Frauen und Männer gleich? Oder sind sie nicht gerade aufgrund tradiertter Vorurteile und Voreingenommenheiten so verschieden, dass sie der zusätzlichen Förderung bedürfen und eine Gleichbehandlung zu noch mehr Ungleichheit führen würde?

In einer echten Demokratie werden derartige Fragen offen diskutiert. Sie lassen sich unter verschiedenen Perspektiven beleuchten. Der politische Diskurs und der Rechtsdiskurs verschränken sich ineinander.

Politische Parteien geben sich Programme, um Wähler zu gewinnen, die ihre Ansichten teilen. Dabei geht es nicht um „richtig“ oder „falsch“. Anders als vielleicht noch im 19. Jahrhundert lässt sich auch nicht einfach auf einem Schaltbrett ein Regler von einem mit „mehr Staat, mehr Gleichheit“ markierten Pol bis zu dem entgegengesetzten Pol, auf dem „weniger Staat, mehr Freiheit“ geschrieben steht, ziehen. Die Gegenwart ist zu komplex. Einfache Richtungsbestimmungen wie „links-rechts“ oder Farbspiele wie „schwarz-rot-gelb-grün-braun“ vermögen die unterschiedlichen Überzeugungen nicht mehr klar nachzuzeichnen. Die Politik positioniert sich in einem Feld von möglichen Gestaltungsformen, muss sich positionieren, um demokratischen Wählern Alternativen anzubieten.

UNSCHARFE GRENZEN ZWISCHEN POLITIK UND RECHT

Der politische Diskurs wird aber vom rechtlichen Diskurs überlagert, der, basierend auf den Grund- und Menschenrechten, nicht nach der Zweckmäßigkeit, sondern nach der Rechtmäßigkeit fragt, nicht nach dem Gewünschten, sondern nach dem Erlaubten. Nur sind die Grenzen zwischen Politik und Recht nicht so trennscharf gezogen, wie es vielleicht wünschenswert wäre. Einerseits proklamiert man „Menschenrechte“, die nach dem Pathos der Französischen Revolution für alle Zeiten und für alle Völker gelten. Andererseits bestreitet niemand, dass das Verständnis und die Auslegung der Menschenrechte in den 1940er- und 1950er-Jahren des 20. Jahrhunderts, als Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention geschrieben wurden, nicht dem Verständnis und der Auslegung in der Gegenwart entsprechen. Auch wenn der Wortlaut der entsprechenden Rechtsverbürgungen nie geändert wurde, zeigen doch Stichworte wie „Erbrecht unehelicher Kinder“, „Prügelstrafe“, „gleichgeschlechtliche Partnerschaft“, dass in denselben Rahmen verschiedene Inhalte passen. So wird die Rechtsprechung zu Menschenrechten selbst zu einer Variablen in der Politik, indem sie dem politisch Erlaubten Schranken zieht, diese Schranken aber fortlaufend ändert.

Dies ist das Dilemma im Verhältnis zwischen Demokratie und Menschenrechten. Die Demokratie braucht die Menschenrechte, um sich nicht

selbst zu verraten, um sich nicht in eine Mehrheitsdiktatur zu verwandeln. Zugleich wohnt der Menschenrechtsrechtsprechung eine innere Dynamik inne, die dazu führt, dass weit mehr als nur grundlegende, allgemein konsentrierte Postulate eingefordert werden, dass der Raum des Politischen rechtlich immer weiter eingegrenzt wird. Berlin hat entschieden, und doch ist es nicht das letzte Wort. Bevor eine Lösung als tatsächliche Lösung anerkannt wird, gilt es erst noch, die Stimme aus Karlsruhe, möglicherweise auch aus Luxemburg oder Straßburg abzuwarten.

Dies zeigt sich in der Gegenwart insbesondere bei ethisch-moralischen Grundentscheidungen, die von Verfassungsnormen und Grundrechtsbestimmungen kaum konturiert werden. So wird ein „Recht auf Leben“ statuiert, nicht aber bestimmt, wann das Leben beginnt und wann es endet. Gerade dies aber sind die relevanten Fragen, geht es um die Zulässigkeit von Sterbehilfe, lebensverlängernde Maßnahmen oder Abtreibung, Themen, zu denen Einstellungen als „progressiv“ oder „konservativ“ gelten und damit politischen Parteien Profil geben können. Ähnliches gilt für Fragen, die neueste Entwicklungen in der Wissenschaft aufwerfen, insbesondere etwa im Bereich von Genetik und Fortpflanzungsmedizin.

SCHMÄHRUFE GEGEN RICHTER

Richter sind verpflichtet, Antworten zu geben, wenn Beschwerden an sie herangetragen werden, gleich ob sie von wirklich Bedrängten kommen oder politisch instrumentalisiert sind. Gerichtsentscheidungen können in den politischen Diskurs auch dann korrigierend eingreifen, wenn über die Notwendigkeit der Korrektur keine Einigkeit besteht. Auch an Gerichten wird mit Mehrheiten entschieden, woran ersichtlich wird, dass nicht immer nur eine Lösung „richtig“ ist, sondern vielmehr verschiedene Positionen gut begründbar sind. Gerade dies aber ist die Besonderheit des politischen Diskurses; Rechtsdiskurs und politischer Diskurs scheinen so, zumindest für den beobachtenden Bürger, kaum mehr abgrenzbar.

Nur ein Unterschied ist offensichtlich: Richterinnen und Richter können nicht demokratisch zur Rechenschaft gezogen und abgewählt werden. Für die Dauer ihres Mandats scheinen sie nahezu „sakrosankt“, und dies auch dann, wenn ihre Argumentationen nicht überzeugen. Zwar sitzt der Verfassungsgeber theoretisch am längeren Hebel und kann Bestimmungen des Grundgesetzes ändern; auch völkerrechtliche Verträge sind nicht in Stein gemeißelt. Aber wie wollte man sich gegen eine Auslegung zur Wehr setzen, die auf der Menschenwürde oder dem Recht auf Leben beruht? Wie wollte man hier einer weiten, auch einer als zu weit empfundenen Auslegung entgegenreten?

Fällen Gerichte jedes Jahr Tausende von Entscheidungen mit weitreichenden Auswirkungen, wird Kritik unvermeidbar sein. Für die einen geht

die Auslegung der Menschenrechte nicht weit genug und bietet nicht genügend Schutz, für die anderen wird das System überstrapaziert. Dies mag Schmährufe gegen die „nicht demokratisch legitimierten Richter“ erklären, denen insbesondere der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ausgesetzt ist – man denke etwa an die britische Presse –, mit denen aber auch das Bundesverfassungsgericht etwa beim Streit um das Kruzifix im Klassenzimmer unliebsame Erfahrungen gemacht hat.

IMMERWÄHRENDE HERAUSFORDERUNG

All dies bedeutet aber nicht, dass Gesellschaft und Staat neu zu erfinden wären, da in einer auf Menschenrechten aufbauenden Demokratie die Rechtsprechung den Gesetzgeber immer unbotmäßig einengen würde. Ganz im Gegenteil – ein besseres Modell ist nicht in Sichtweite. Nur machen die Spannungen deutlich, dass eine freiheitliche Demokratie nicht nur ein Wagnis, sondern auch eine immerwährende Herausforderung ist.

Immer dann, wenn in Diktaturen Gesellschaften gegen die Wand gefahren waren, wenn nach der Herrschaft „mit harter Hand“ deutlich wurde, dass der Schaden (fast) aller dem Nutzen nur sehr weniger gegenüberstand, wurde der Ruf nach Demokratie und Menschenrechten laut, wie die historische Erfahrung nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Zusammenbruch des Kommunismus zeigt. Um diesem Ruf nachzukommen, genügt es aber nicht, ein vorgefertigtes Modell zu übernehmen und einen schönen Verfassungstext zu schreiben, wie dies in vielen „jungen Demokratien“ geschehen ist, in denen die Versprechen von Demokratie und Menschenrechten nichts als Lippenbekenntnisse sind.

Vielmehr ist es nicht nur notwendig, sondern unverzichtbar, die Rechte auch mit Leben zu füllen und unabhängigen Institutionen den Auftrag zu erteilen, für sie einzustehen. Mehrheiten müssen ebenso ernst genommen werden wie der Einzelne. Vor allem aber gilt es, immer und immer wieder das sehr feinteilige und störanfällige Modell „Demokratie“ nachzujustieren, zu verbessern, Fehlentwicklungen Rechnung zu tragen. Dies darf aber nicht in zerstörerischer Absicht mit dem Hammer oder dem Stemmeisen geschehen, nicht, indem – wie gegenwärtig in einer Reihe von europäischen Staaten – missliebige Institutionen geschwächt, abgeschafft oder ausgeschaltet, Rechte eingeschränkt oder negiert werden. Vielmehr gilt es zu sehen, dass Demokratie und Menschenrechte auf zwei Waagschalen liegen und immer neu gegeneinander ausbalanciert werden müssen. Leert man eine der Waagschalen, wird sie nach oben schnellen und das gemeinsame Ganze wird aus dem Lot geraten.

Was uns prägt, was uns eint

—
Umfrage unter Deutschen, Migranten und Ausländern

SABINE POKORNY

Geboren 1981 in Wesel, Koordinatorin Empirische Sozialforschung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Etwa ein Fünftel der in Deutschland lebenden Bevölkerung hat eine Zuwanderungsgeschichte. Diese Menschen sind Teil der deutschen Gesellschaft, teilweise schon seit vielen Jahrzehnten: Die durchschnittliche Aufent-

haltsdauer aller nach Deutschland Zugewanderten betrug 2014 22,4 Jahre.¹

Laut Statistischem Bundesamt lebten 2014 in Deutschland etwa 16,3 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Das sind 20,3 Prozent der Bevölkerung. Darunter sind 9,2 Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund (11,3 Prozent der Bevölkerung) und rund 7,1 Millionen Ausländer² (9,0 Prozent der Bevölkerung)³. Unter den Migranten sind 3,1 Millionen Menschen als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland zugewandert (3,8 Prozent der Bevölkerung).⁴

Dennoch gibt es relativ wenige Studien über das politische Verhalten und die Einstellungen zu Themen wie Politik oder Integration von Deutschen mit Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern. Die existierenden Studien sind zudem meist nicht repräsentativ. Des Weiteren werden häufig nur Zuwanderer befragt. Das ermöglicht jedoch keinen Vergleich mit der autochthonen Bevölkerung, der wiederum sinnvoll ist, weil nur

„WER IN DEUTSCHLAND LEBT, SOLLTE AUCH DIE DEUTSCHE SPRACHE LERNEN“ (ZUSTIMMUNG)



Alle Abbildungen: Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung

so Besonderheiten in den Einstellungsmustern von Zuwanderern aufgedeckt werden können. Deshalb hat die Konrad-Adenauer-Stiftung im Frühjahr 2015 eine repräsentative Umfrage unter Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern durchgeführt.⁵ Flüchtlinge wurden nicht befragt.

Dabei stellte sich heraus: Migranten und Ausländer leben gern in Deutschland und sind willens, sich zu integrieren. Eine deutliche Mehrheit meint, Zuwanderer sollten die deutsche Sprache lernen und ihr Verhalten der deutschen Kultur anpassen. Zudem fühlen sich Zuwanderer umso verbundener mit Deutschland, je länger sie hier leben. Parallel dazu sinkt im Laufe der Zeit die Verbundenheit mit dem Herkunftsland.

Über die Hälfte der Migranten und Ausländer fühlt sich in Deutschland zudem immer mit Respekt behandelt. Allerdings meint auch jeder zehnte Ausländer, er werde nur selten mit Respekt behandelt. Der Anteil derjenigen, denen nach eigener Angabe nur selten respektvoll begegnet wird, ist unter türkischstämmigen und muslimischen Zuwanderern besonders hoch. 18 Prozent der türkischstämmigen und 17 Prozent der muslimischen Zuwanderer fühlen sich selten mit Respekt behandelt.

Gerade Muslime identifizieren sich nicht allein mit Deutschland oder ihrem Herkunftsland, sondern zu einem gewissen Grad über ihre Religion. Dabei sind sie aber nicht religiöser als beispielsweise Katholiken. Ein Fünftel der befragten Muslime und Katholiken bezeichnet sich als wenig religiös und etwa die Hälfte als durchschnittlich religiös. Als stark religiös stufen sich sogar lediglich 23 Prozent der Muslime, aber 31 Prozent der Katholiken ein. Protestanten sehen sich etwas weniger religiös als Katholiken und Muslime.

Die in Deutschland lebenden Muslime sind gespalten, was die wörtliche Auslegung des Korans angeht. Ein Drittel der Muslime glaubt, ein wahrer Muslim sei nur, wer die Regeln des Korans buchstabengetreu befolgt. Dagegen meint eine Mehrheit von zwei Dritteln, dass die Lehre des Islams an die Bedingungen der modernen Welt angepasst werden müsse. Dieser Anteil sinkt mit steigender Religiosität. Aber selbst unter den stark religiösen

Muslimen befürwortet fast die Hälfte eine Anpassung des Islams an die moderne Welt.

Eine knappe Mehrheit der Muslime identifiziert sich trotz der insgesamt durchschnittlichen Religiosität stark genug mit ihrer Religion, um sich durch Mohammed-Karikaturen beleidigt zu fühlen. Mit zunehmender Religiosität nimmt dieser Anteil zu. Diese Identifikation scheint sich jedoch nicht in politischem Verhalten zu manifestieren. Etwa drei Viertel der Muslime geben an, sich die Wahl einer christlichen Partei vorstellen zu können. Zwar sinkt der Anteil mit steigender Religiosität, aber unter stark religiösen Muslimen kann sich über die Hälfte vorstellen, für eine christliche Partei zu stimmen.

HÖHERE IDENTIFIKATION ÜBER DIE RELIGIONSZUGEHÖRIGKEIT

Durch die Identifikation über die Religionszugehörigkeit zeigt sich eine gewisse Gruppensolidarität unter einigen Muslimen. Im Zuge dieser Solidarität wird von einer Minderheit eine bewusste Benachteiligung der islamischen Welt vermutet. Der Aussage „Der Westen verhindert eine wirtschaftliche Entwicklung der islamischen Welt“ stimmen nur 17 Prozent der Deutschen, jeder fünfte Migrant und jeder fünfte Ausländer zu. Gleichzeitig glaubt dies aber gut jeder dritte Muslim. Allerdings gibt auch jeder fünfte Muslim an, diese Aussage nicht beurteilen zu können. Dennoch zeigt eine große Minderheit der Muslime ein kollektives Viktimisierungsgefühl. Das Gefühl, ein Opfer des Westens zu sein, steigt mit zunehmender Religiosität.

Eine solche Gruppensolidarität zeigt sich nicht nur bei Muslimen, sondern auch bei russischstämmigen Zuwanderern und (Spät-)Aussiedlern. Der Aussage „Der Westen versucht bei internationalen Konflikten, Russland allein als Schuldigen dastehen zu lassen“ stimmen 39 Prozent der Deutschen und etwa genauso viele Ausländer zu. Unter Migranten liegt die Zustimmung schon bei 46 Prozent. Unter russischstämmigen Zuwanderern und (Spät-)Aussiedlern vertritt mehr als jeder Zweite die Meinung, Russland würde einseitig die Schuld zugeschoben. Obwohl russischstämmige Zuwanderer und (Spät-)Aussiedler (vermutlich gute) Gründe hatten, ihr Land zu verlassen und nach Deutschland zu kommen, solidarisieren sie sich mit Russland. Diese Verbundenheit kann durch aktuelle Vorfälle aktiviert werden, was sich wiederum auf die politischen Einstellungen und eventuell das politische Verhalten dieser Zuwanderergruppe auswirken kann.

Ein Drittel der Zuwanderer glaubt, ein Politiker mit Migrationshintergrund könne ihre Interessen besser vertreten als ein Politiker ohne Migrationshintergrund. Wenn man anschließend nachfragt, welchen deutschen Politiker mit Migrationshintergrund sie denn dafür geeignet halten, nennt die Mehrheit allerdings einen Politiker ohne Migrationshintergrund. Dabei sind die Antworten sehr heterogen. Die meisten Nennungen erhält Cem Özdemir,

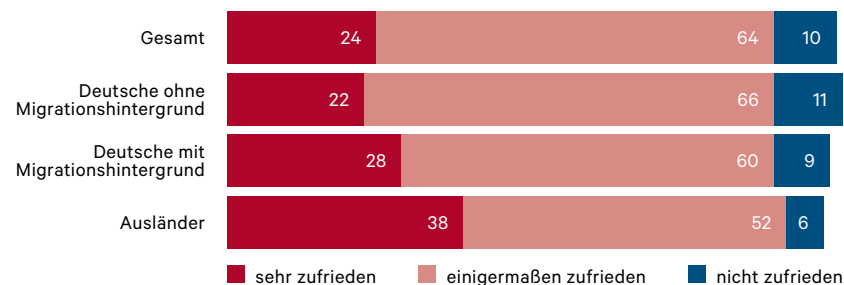
allerdings mit lediglich 12 Prozent. Das deutet darauf hin, dass es für die Mehrheit der Migranten letztlich keine große Rolle spielt, ob ein Politiker einen Migrationshintergrund besitzt oder nicht.

Die Demokratiezufriedenheit fällt sowohl unter Deutschen als auch unter Migranten und Ausländern sehr hoch aus. 88 Prozent der Deutschen und der Migranten sowie 90 Prozent der Ausländer sind sehr oder einigermaßen zufrieden mit der Demokratie. Dennoch gibt es Minderheiten mit Einstellungstendenzen, die Anlass zur Sorge geben. Unter anderem finden Verschwörungstheorien einen recht hohen Anklang. Etwa ein Drittel der Migranten und Ausländer sowie über 40 Prozent der Muslime (aber nur 12 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund) meinen, hinter den Anschlägen vom 11. September 2001 steckten in Wirklichkeit die USA. Auch Homophobie ist unter Migranten und Ausländern weiter verbreitet als unter Deutschen. Etwa ein Viertel der Zuwanderer erklärt, keine homosexuellen Freunde haben zu wollen. Das gilt lediglich für 6 Prozent der Deutschen.

Darüber hinaus gibt es in allen drei Gruppen eine etwa gleich starke Tendenz zu Autoritarismus. 30 Prozent der Deutschen, 33 Prozent der Migranten und 39 Prozent der Ausländer finden, es müsse wieder jemanden geben, der sagt, wo es langgeht. Hinzu kommt unter Zuwanderern eine gewisse Gewaltaffinität. Etwa 15 Prozent der Zuwanderer vertreten die Auffassung, dass auch in der Demokratie manche Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden müssten. Lediglich 4 Prozent der Deutschen sind dieser Ansicht. Eine leicht überdurchschnittliche Gewaltaffinität weisen Zuwanderer aus Russland (20 Prozent) und der Türkei (17 Prozent) auf.

Es gibt sicherlich noch viel zu tun. Einige Zuwanderer sind mit dem deutschen Parteiensystem und deutschen Politikern so wenig vertraut, dass sie nicht wissen, wen sie wählen sollen, welcher Partei sie zutrauen, Probleme zu lösen oder welcher Politiker mit Migrationshintergrund ihre Interessen vertreten könnte. Dieser Anteil sinkt jedoch, je länger die Migranten und Ausländer in Deutschland leben. Offenbar brauchen Zuwanderer einfach Zeit, um sich mit der politischen Landschaft in Deutschland vertraut zu machen.

DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT



Auch bei den verschiedenen Integrationsindikatoren deuten die Ergebnisse in eine ähnliche Richtung. Je länger Zuwanderer in Deutschland leben, desto besser sind sie integriert. Gleichzeitig sollte von Zuwanderern nicht erwartet werden, dass sie ihre Herkunftsidentität vollständig aufgeben. Es sind besonders die Formen der Integration weit fortgeschritten, die eine additive Integration ermöglichen. Es fällt leichter, neben den Freunden aus dem eigenen Herkunftsland deutsche Freundschaften zu pflegen, als die eigene Religion aufzugeben und eine andere anzunehmen.

KULTURELLER INTEGRATIONSBEDARF

Besonders im Bereich der Auffassungen zu religiösen Fragen gibt es noch kulturellen Integrationsbedarf. Deutschland hat schon mehrfach bewiesen, dass es in der Lage ist, größere Mengen an Zuwanderern aufzunehmen und zu integrieren. Die Zuwanderer leben gerne in Deutschland und äußern eine hohe Bereitschaft, sich kulturell anzupassen. Sicherlich reicht das allein noch nicht aus. Aber die Integration ist doch auf einem guten Weg, und die Bereitschaft, sich zu integrieren, ist eine wesentliche Grundlage für einen schnellen Integrationsprozess.

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden 2015, S. 7.

² Die Begriffe „Deutsche mit Migrationshintergrund“ und „Migranten“ werden hier synonym verwendet. Der Begriff „Ausländer“ wird für in Deutschland lebende Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft benutzt. Mit dem Begriff „Zuwanderer“ werden alle Menschen bezeichnet, die selbst nach Deutschland zugewandert sind oder deren Eltern zugewandert sind, unabhängig davon, welche Staatsangehörigkeit sie haben (also Migranten der ersten und zweiten Generation sowie Ausländer). Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden Deutsche ohne Migrationshintergrund nur als Deutsche bezeichnet – im Gegensatz zu Migranten, auch wenn Letztere natürlich ebenfalls Deutsche sind.

³ Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden 2015, S. 38 f.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden 2015, S. 7.

⁵ Für die methodischen Details vgl. Sabine Pokorny: Was uns prägt. Was uns eint. Integration und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern, Sankt Augustin/Berlin, November 2016, online abrufbar unter <http://www.kas.de/wf/de/33.47457/>.

Anspruch und Wirklichkeit

—
Parlamentarische Demokratie heute

RUPERT SCHOLZ

Geboren 1937 in Berlin, Professor emeritus an der Juristischen Fakultät der Universität München, Of Counsel in der Rechtsanwaltskanzlei Gleiss Lutz.

Die durch das Grundgesetz geschaffene parlamentarisch-repräsentative Demokratie bildet das Fundament unserer heutigen freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Der Parlamentarische Rat hatte aus dem Scheitern der Weimarer Republik gelernt und Konsequenzen

gezogen: zum einen den strikten Primat der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie, zum anderen die Konstituierung einer parteienstaatlichen Demokratie, die die parlamentarische Demokratie präpariert und zur Verfassungstreue verpflichtet ist (Artikel 21 GG).

Dieses System hat sich bis auf den heutigen Tag bewährt und Deutschland zum ersten Mal in seiner Geschichte eine stabile Demokratie beschert. Dies ändert jedoch nichts daran, dass beide verfassungsrechtlichen Grundkomponenten – Parlamentarismus einerseits und Parteienstaatlichkeit andererseits – heute vor einer ganzen Reihe neuer Herausforderungen stehen, denen man sich stellen muss, soll das Gesamtsystem von parteienstaatlicher und parlamentarischer Demokratie auch künftig funktionieren.

Eine funktionstüchtige parlamentarische und parteienstaatliche Demokratie hat nicht nur das gegebene staatlich-demokratische Herrschaftssystem zu legitimieren und zu organisieren, sie hat darüber hinaus den Prozess der politischen Willens- und Meinungsbildung in der Gesellschaft

aufzunehmen, zu filtern und wirksam in die demokratische Staatswillensbildung zu integrieren. Je pluraler, je kontroverser die politischen Meinungsbildungsprozesse in der Gesellschaft werden, desto größer wird diese Aufgabe. Die politischen Parteien müssen sich immer wieder von Neuem den gesellschaftlichen Fragen öffnen, und das Parlament muss ein allseitiges Artikulations- wie Integrationsforum für möglichst alle politischen Meinungen in und aus der Gesellschaft bleiben. Beides funktioniert heute nicht mehr so, wie dies sein sollte.

MEINUNGSSTREIT UM DIE MITTE

Die politischen Parteien sind zum Teil erstarrt, sie sind allzu professionalisiert und pflegen bisweilen einen meinungsabschottenden Bürokratismus. Zu den herausragenden Stabilitätsfaktoren der grundgesetzlichen Demokratie in den vergangenen Jahrzehnten gehörte die Entwicklung vor allem von CDU/CSU und SPD zu wirklichen Volksparteien. Volksparteien sind dadurch gekennzeichnet, dass sie in besonders umfassender Weise unterschiedliche politische Meinungen wie Interessen schon im vorstaatlichen Bereich aufzunehmen und zu integrieren imstande sind. Diese Fähigkeit der beiden großen Volksparteien hat deutlich nachgelassen. Am deutlichsten wird dies im Kampf der Volksparteien um die sogenannte Mitte. Die „politische Mitte“ entwickelt unbestreitbar ein hohes Maß an Stabilität und integraler Bindungskraft. Andererseits ist „Mitte“ jedoch kein schlichtes Blankett. „Politische Mitte“ bedingt stets auch Meinungsstreit, Wettbewerb und sich immer wieder erneuernde programmatische Sinnschärfung. Betrachtet man die beiden großen Volksparteien heute aus diesem Blickwinkel, so muss ein zunehmendes Verblässen in der jeweiligen Programmatik sowie eine mangelnde Artikulationsfähigkeit festgestellt werden. Programmatische Schwäche, Verwischung und Uniformierung überlagern zunehmend den notwendigen politischen Meinungsstreit. An den massiv zurückgehenden Wählerzahlen beider Volksparteien lässt sich dies ablesen. Mit gut zwanzig Prozent der Wähler nennt man sich, wie die SPD in Berlin, Wahlsieger; und wenn beide großen Volksparteien heute zusammen allenfalls noch sechzig Prozent der Wähler zu mobilisieren vermögen, so spricht dies Bände. Wo bleibt das übrige Drittel der Bevölkerung?

Beschwichtigend und nur scheinbar besorgt wird demgegenüber gerne über die „Politikverdrossenheit“ der Bürger geklagt. In Wahrheit gibt es diese gar nicht. Was es gibt, ist schlicht eine wachsende „Parteienverdrossenheit“ und ein wachsendes Misstrauen gegenüber den etablierten politischen Eliten. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass mit dem Auftreten der AfD die Wahlbeteiligung wieder angestiegen ist. Viele Bürger, die den etablierten Parteien nicht mehr trauen oder folgen wollten, suchten und fanden dort ein Ventil für

ihr oppositionelles Engagement. Die etablierten Parteien müssen den Wettbewerb um diese Wählerstimmen annehmen, sie müssen verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen; und dies heißt vor allem, dass sie sich thematisch wie programmatisch öffnen müssen. Tatsächlich geschieht aber das Gegenteil. Da wird nur noch von angeblichem „Rechtspopulismus“ oder gar von „Dumpfbacken“ oder Ähnlichem gesprochen. Mit anderen Worten: Es findet eine Publikums-, um nicht zu sagen Wählerbeschimpfung statt; und dies gegenüber einer Partei mit zweistelligen Wahlergebnissen! Das ist kein legitimer demokratischer Stil. Solches Gebaren wird zu weiterer Ablehnung der etablierten Parteien führen – zum Schaden der parlamentarischen Demokratie insgesamt.

PARLAMENTARISMUS UND SOZIALE MEDIEN

Die Mehrheit der Bürger ist nicht politikverdrossen, wie auch die neuen Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung und der sozialen Medien zeigen. Neue Artikulationsformen und -foren für die politische Meinungs- und Willensbildung haben sich dort entwickelt, durch die eine parteipolitische Öffnung und argumentativ offene Auseinandersetzung erforderlich geworden ist. Dies gilt auch für den Parlamentarismus, selbst wenn die Nutzung der sozialen Medien von vielfältigem Missbrauch, wie Gewaltverherrlichung oder Diskriminierung, mitbestimmt wird. Unser parlamentarisches System muss sich auf die sozialen Medien einstellen und diese für den Meinungsbildungsprozess nutzen. Das parlamentarische System lässt sich mit Sicherheit nicht als solches digitalisieren, von möglichen Nutzungen im Wahlrecht einmal abgesehen. Aber auch die politische Debatte braucht heute ihr soziales Medium, ihre digitale Plattform, ihre digitale Vermittlung oder Wiedergabe. So könnte über eine adäquate Nutzung der sozialen Medien auch das Parlament in vielfältiger Hinsicht ein Mehr an Bürgernähe gewinnen.

Zu den tradierten Grundmaximen der beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD gehörte die Überzeugung, dass an ihren Rändern möglichst keine extrem rechts oder extrem links orientierten Gruppierungen entstehen dürften. Dieses Prinzip ist in den vergangenen Jahren vernachlässigt worden. Die SPD hat bereits das Entstehen der Grünen, angefangen mit der außerparlamentarischen Opposition, und der Linken nicht verhindert; und die CDU/CSU ist heute dabei, das Gleiche im Falle der AfD zu tun. Wieder fällt den etablierten Parteien nichts anderes ein, als von einem angeblich illegitimen „Populismus“ zu sprechen. Drückt Populismus indessen nicht nur das Empfinden vieler Bürger dafür aus, dass man im gegebenen Parteien- und Parlamentssystem eine identifikationsfähige Opposition vermisst? Vieles spricht dafür, nicht zuletzt der fast sensationell zu nennende Aufstieg der AfD zu einer Partei mit zweistelligen Wahlergebnissen.

IRRWEG PLEBISZITÄRE DEMOKRATIE

Das Bild der heutigen Gesellschaft ist differenzierter, flexibler, spontaner und auch volatiler geworden. Dies zu beklagen führt jedoch nicht weiter. Im Gegenteil, es bedarf ebenso klarer wie überzeugender politischer Antworten, um möglichst viele Bürger für das etablierte Parteienspektrum wiederzugewinnen. Eine funktionstüchtige und vitale parlamentarische Demokratie verfügt über alle Voraussetzungen, um dies zu leisten. Ein Irrweg stellt demgegenüber die wieder vielfältig erhobene Forderung nach (mehr) Plebisziten dar. Die plebiszitäre Demokratie mit Volksbegehren und Volksentscheiden stellt keine Alternative zur repräsentativen Demokratie dar. Plebiszite sind nicht dazu geeignet, der politischen Komplexität gerecht zu werden. Plebiszite sind häufig nur Einfallstor für Agitation statt rationaler politischer Willensbildung. Plebiszite bedeuten in Wahrheit den Einstieg in Formen der Minderheits- statt der allein maßgebenden Mehrheitsdemokratie, verfolgen sie in der Regel doch nur selektive (Minderheits-)Interessen. Plebiszite auf regionaler oder kommunaler Ebene mögen demgegenüber durchaus sinnvoll und sachgerecht sein. Auf der Bundesebene stellen sie keine funktionstaugliche Alternative dar. Allenfalls könnte daran gedacht werden, Formen der Volksbefragung oder der Volksinitiative in das parlamentarische Verfassungssystem aufzunehmen – zur informativen Stärkung parlamentarischer Gremien.

Der Parlamentarismus steht vor neuen Herausforderungen und der Notwendigkeit einer erneuerten und erweiterten Selbstvergewisserung. Dem Parlament steht als Träger der Legislative der Primat politischer Gestaltung und staatlicher Willensbildung zu. Dieser Primat muss behauptet und wahrgenommen werden. Das Parlament setzt sich zwar – mit Recht – aus den Fraktionen der politischen Parteien zusammen und kann nur über deren Organisationskraft funktionieren. Dies ändert jedoch nichts daran, dass das Parlament die eigene Rolle und die eigene Dominanz in Selbstverständnis wie politischer Artikulation behaupten muss.

Wachsende Schwierigkeiten gibt es vor allem im Verhältnis zur Regierung beziehungsweise Exekutive. Ein Hauptproblem liegt in den Balanceverschiebungen zwischen Legislative einerseits und Exekutive andererseits. Aufgrund der supranationalen Entwicklungen der europäischen Rechtsetzung werden die nationalen Gesetzgebungen zunehmend überspielt oder sogar verdrängt. Der Expansionismus der Brüsseler Bürokratien verdrängt die Regelungshoheiten der nationalen Parlamente immer stärker und verweist diese nur allzu oft auf bloße Vollzugsfunktionen. Hierin liegt nicht nur ein zentrales Krisensymptom im Prozess der europäischen Einigung, sondern auch eine wachsende Gefahr für die parlamentarischen Demokratien der Mitgliedsstaaten, die in Wahrheit die eigentlichen Träger und Vermittler aller nicht nur nationalen, sondern auch supranationalen Hoheitsbefugnisse sind. Man denke nur an die laufenden Maßnahmen zur Überwindung der Eurokrise.

Es sind die Regierungen, die Kommission und die Europäische Zentralbank, die zum Teil ohne ein parlamentarisch-demokratisches Mandat über Milliarden-transfers entscheiden. Von parlamentarischer Haushaltshoheit kann kaum noch die Rede sein.

PARLAMENT UND EXEKUTIVE

Ein anderes Problem liegt innerhalb des nationalen Parlamentssystems selbst. Ein Parlament darf sich niemals als verlängerter Arm der Exekutive verstehen. Insbesondere in Zeiten Großer Koalitionen mit breiten parlamentarischen Mehrheiten wächst die Gefahr, sich nur noch als verlängerter Arm der Regierung zu verstehen. Diese Tendenzen schaden nicht nur dem Parlamentarismus, sondern sie gefährden das Gesamtsystem der verfassungsrechtlich vorgegebenen Gewaltenteilung und ihres Bekenntnisses zum legislatorischen Primat des Parlaments.

Ein funktionstüchtiges Parlament muss des Weiteren immer bereit und offen für alle politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesse in der Gesellschaft sein. Die parlamentarische Debatte muss ein stetiges und ebenso integrales wie kritisches Spiegelbild der Gesellschaft sein, sie muss den Stil der politischen Auseinandersetzung bestimmen. Auch dies hat der Deutsche Bundestag mitunter vergessen. Man denke nur daran, dass eines der zentralen Themen der aktuellen Politik, die Flüchtlingskrise und die damit im Zusammenhang stehenden Sorgen und Ängste in der Bevölkerung, im Deutschen Bundestag bis auf den heutigen Tag kein einziges Mal in wirklich grundlegender und problemoffener Weise diskutiert worden ist. Der Bundestag hat wichtige Entscheidungen seit 2015 in einseitiger Weise der Exekutive überlassen, obwohl vermutlich kein anderes Thema vonseiten der Bevölkerung eine parlamentarisch-verantwortliche und umfassende Diskussion gefordert hätte. Fragen nach der Nation, nach der eigenen Heimat und der eigenen nationalen Identität gehören in den Bundestag. Der demgegenüber immer wieder angeführte Verweis auf die „Globalisierung“ enthebt von dieser Pflicht nicht – ganz zu schweigen von den zwei- bis dreistelligen Milliardenbeträgen, die für die Aufnahme Hunderttausender von Flüchtlingen aufzuwenden sind.

Alles in allem hat sich die parlamentarisch-repräsentative und parteienstaatliche Demokratie des Grundgesetzes insgesamt außerordentlich bewährt. Dies gilt auch für das über Jahrzehnte stabile demokratische Bewusstsein in unserem Lande. Aber kritische Symptome und einzelne Alarmsignale haben sich in den letzten Jahren gehäuft. Auf diese Tendenzen und Symptome müssen bald die richtigen Antworten gegeben werden.

„Mehr Demokratie wagen?“

Zur Frage von Volksbegehren und Volksentscheiden

BERNHARD VOGEL

Geboren 1932 in Göttingen, 1976 bis 1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1992 bis 2003 Thüringer Ministerpräsident, Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ein Wahljahr hat begonnen. In drei Ländern – im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein – werden die Landtage neu gewählt. Am 24. September finden die Bundestagswahlen statt, das wichtigste Datum im Leben

unserer parlamentarischen Demokratie. Zugleich mehren sich die Stimmen, die sich auch auf Bundesebene mehr „unmittelbare Demokratie“ durch Volksbegehren und Volksentscheide wünschen und die die Frage aufwerfen, ob der Bundespräsident oder der Bundeskanzler beziehungsweise die Bundeskanzlerin nicht unmittelbar vom Volk gewählt werden sollten. Viele machen sich Sorgen um die Zukunft der Volksparteien, die in der Vergangenheit bei Wahlen häufig über achtzig Prozent der Stimmen auf sich zogen

und dadurch erheblich zur Stabilität unseres Regierungssystems beigetragen haben, heute aber insbesondere bei Landtagswahlen kaum noch sechzig Prozent erreichen.

Beim Abwägen der Argumente sollten wir die jüngsten Erfahrungen mit dem Brexit und mit der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA nicht übersehen. Der Brexit, der Beschluss der Wahlbürger Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen (51,9 Prozent zu 48,1 Prozent), lehrt uns, dass man die Wähler überfordern kann; dass man ihnen nicht abverlangen darf, äußerst komplizierte Sachverhalte mit sehr vielfältigen, langfristigen Folgen, die spezielle Fachkenntnisse verlangen, zu entscheiden und vereinfachenden und populistischen Parolen zu widerstehen. Die Wahl Donald Trumps lehrt uns ebenso, welche Folgen es haben kann, wenn fest gefügte, handlungsfähige Parteien fehlen, die in der Lage sind, wichtige Personalentscheidungen gründlich vorzubereiten. Ähnliche Erfahrungen sollten uns erspart bleiben.

„PRÄMIE FÜR DEMAGOGEN“

Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, die vor fast siebzig Jahren unser Grundgesetz entworfen haben, standen unter dem Eindruck der noch selbst miterlebten Erfahrungen mit Volksbegehren in der Weimarer Republik. Sie waren zwar in keinem Fall erfolgreich, dienten aber extremen Parteien wie der KPD und der NSDAP zu heftigen, radikalisierenden politischen Auseinandersetzungen. Theodor Heuss bezeichnete in Erinnerung daran Plebiszite als „Prämie für jeden Demagogen“.

Das Grundgesetz bekennt sich dazu, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und dass sie „vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“ wird (Artikel 20 Absatz 2). Eine Abstimmung beschränkt das Grundgesetz im Folgenden nur auf den Fall einer Totalrevision (Artikel 146) und einen Volksentscheid nur auf durch eine Neugliederung betroffene Länder (Artikel 29).

Nach einer infratest-dimap-Umfrage von Ende 2016 meint eine Mehrheit, dass direkte Demokratie keine bessere Alternative im Vergleich zur parlamentarischen Demokratie sei, auch wenn nur 58 Prozent zufrieden oder sehr zufrieden mit unserer Demokratie sind. Im Sommer 2016 glaubte jeder Zweite (49 Prozent), dass es bei Volksentscheiden nicht zu besseren Entscheidungen als bei Entscheidungen im Parlament komme.

IRRWEG AUF BUNDESEBENE

Ich halte plebiszitäre Entscheidungen auf Bundesebene für einen Irrweg und nenne dafür vor allem acht Gründe:

- (1) Viele Sachverhalte lassen sich nicht auf eine Frage, die sich nur mit Ja oder Nein beantworten lässt, vereinfachen.
- (2) Plebiszite sind Momentaufnahmen, die Kompromisse schwer, wenn nicht unmöglich machen.
- (3) Die Ergebnisse hängen entscheidend davon ab, wer befragt wird. Befragt man die Anwohner des Münchener Flughafens nach ihrer Meinung zum Ausbau einer dritten Startbahn, kommt es zu einer Ablehnung. Befragt

man die Bevölkerung ganz Bayerns, kann man mit einer Zustimmung rechnen.

- (4) Die Auseinandersetzung mit einem Sachverhalt ist nicht jedermann gleich intensiv möglich. Der Student, die Rentnerin oder die nicht berufstätige Professorengeatin kann sich stärker an der Debatte beteiligen als der, der morgens um sieben zur Arbeit gehen muss, abends heimkommt und dann noch die Hausaufgaben seiner Kindern durchsehen soll.
- (5) Plebiszite sind mitunter nicht frei von Egoismus. Sie erinnern an das Sankt-Florians-Prinzip. Man kann dafür sein, dass der langersehnte Autobahnanschluss gebaut wird, ist aber dagegen, dass er durch den eigenen Stadtteil führt. Das Gemeinwohl bleibt auf der Strecke.
- (6) Nach einem Plebiszit kann niemand persönlich zur Rechenschaft gezogen werden. Niemand trägt die persönliche Verantwortung. Niemand kann abgewählt werden, wenn sich sein Abstimmungsverhalten als fehlerhaft erweisen sollte. Norbert Lammert hat es so ausgedrückt: „Für die Irrtümer parlamentarischer Entscheidungen sind die Verantwortlichen immer identifizierbar, bei Bürgerentscheiden nie.“
- (7) Die Beteiligung an Wahlen ist nach allen Erfahrungen ungleich höher als bei Plebisziten. Nach einer TNS-Emnid-Umfrage aus dem Jahr 2011 hielten 94 Prozent der Bürger Wahlen für die beste Beteiligungsform. Zudem gaben 39 Prozent an, sich nicht über Wahlen hinaus am politischen Meinungsbildungsprozess zu beteiligen, sondern lieber jemanden durch Wahlen beauftragen zu wollen. Beim Mün-

chener Bürgerentscheid über die dritte Landebahn haben sich 32,7 Prozent beteiligt, 54,4 Prozent haben dagegen gestimmt. Das heißt: 17,6 Prozent der Abstimmungsberechtigten haben die Entscheidung getroffen.

- (8) Die Wahl des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers beziehungsweise der Bundeskanzlerin oder in den Ländern der Ministerpräsidenten unmittelbar durch die Wahlberechtigten würde unser parlamentarisches, repräsentatives Regierungssystem aus den Angeln heben und unser deutsches Regierungssystem grundsätzlich verändern. Wie soll ein vom Volk gewählter Bundeskanzler regieren, wenn er sich im Bundestag nicht auf eine Mehrheit stützen kann? Würde der Bundespräsident unmittelbar vom Volk gewählt, müsste ihm eine andere Rolle zuwachsen als der Parlamentarische Rat ihm aufgrund der Weimarer Erfahrungen zugewiesen hat. Und wer macht Wahlvorschläge? Wer führt den dann notwendigerweise vorausgehenden Wahlkampf? Wie soll das Zusammenspiel von Bundeskanzler und Bundespräsident aussehen? Der Übergang vom parlamentarischen auf ein präsidiales Regierungssystem wäre früher oder später unvermeidlich. Amerika und auch Frankreich lassen grüßen.

DEMOKRATIE BRAUCHT DEMOKRATEN

Zweifelsohne muss uns zunehmende Politik- und Politikerverdrossenheit beunruhigen und wir müssen mehr aktive Beteiligung am politischen Leben

erreichen – aber nicht mit einem Instrument, das von Populisten und von Demagogen missbraucht werden kann. Mehr als zuvor kommt es darauf an, dass wir uns nicht nur auf unser allseitig gepriesenes Grundgesetz verlassen, sondern dass wir begreifen: Eine Demokratie braucht Demokraten! Wird sie bedroht und infrage gestellt, kommt es auf jeden Einzelnen an.

Der heraufziehende Wahlkampf bietet die besten Möglichkeiten. Der amerikanische Wahlkampf hat uns vor Augen geführt, wie man einen Wahlkampf nicht führen sollte. Wir könnten beweisen, dass man es auch anders machen kann: Zum Beispiel indem man den politischen Konkurrenten nicht schlechtmacht, ihn als töricht, heuchlerisch und unehrlich abqualifiziert, sondern indem man ihn ernst nimmt und sich mit seinen Argumenten auseinandersetzt. Einen ernsthaften Konkurrenten zu haben, sollte uns freuen und nicht beunruhigen. Mit ihm lohnt sich die streitige Debatte. Konkurrenz belebt das Geschäft. Wer Profil zeigt, vitalisiert die Auseinandersetzung. Und wer sich daran stört, dass in einem Wahlkampf zu viel versprochen wird, könnte sich doch vornehmen, solchen übertriebenen Versprechungen nicht mehr Glauben zu schenken.

Der Wahltag könnte wieder zum Tag der Entscheidung zwischen den sich bewerbenden Kandidaten werden. Nicht auf die Abstimmung über diese oder jene gerade zufällige Tagesfrage kommt es an, sondern auf die Wahl der Persönlichkeit, der ich vertraue. Sie wird in der kommen-

den Legislaturperiode auch über Fragen entscheiden müssen, die noch nicht auf der Tagesordnung stehen. Mit seinem Koordinatensystem, mit seinen Wertvorstellungen muss ich übereinstimmen, jedenfalls mehr als mit den sich bietenden Konkurrenten.

Parteien müssen wissen, was die Bürger denken und fühlen. Sie sollen dem Volk „aufs Maul schauen“, aber ihm nicht nach dem Munde reden. Aber Parteien sollten vor allem Ziele vorgeben und die Bürger von der Richtigkeit ihrer Ziele überzeugen. Manche grundlegenden und langfristigen Weichenstellungen sind in den letzten sieben Jahren von mutigen Politikern getroffen worden, bevor die Mehrheit der Bevölkerung ihre Richtigkeit in vollem Umfang erkannt hat. So hätte Ludwig Erhard zunächst nicht einmal in seiner eigenen Partei Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft gefunden, Konrad Adenauer nicht für die Wiederbewaffnung. Helmut Schmidt hat seine Entscheidung für die NATO-Nachrüstung das Kanzleramt gekostet. Aber Helmut Kohl hat sie nach ihm erfolgreich durchgesetzt und dadurch entscheidend zum Zerfall der Sowjetunion beigetragen.

Wer die Parteien schwächt, verspielt ihren Führungsauftrag und nimmt der parlamentarischen Demokratie ihre Lebenskraft. Wer sie stärken will, sollte sie kritisieren, aber er sollte sie nicht verdammen, sich nicht von ihnen abwenden, sondern mithelfen, dass sie ihre Sache besser machen. Er sollte mehr Demokratie wagen!

Neues Kraftzentrum?

Die Elbphilharmonie als architektonische Vision

MICHAEL KLEEBERG

Geboren 1959 in Stuttgart, Schriftsteller, Essayist und literarischer Übersetzer, Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2016.

Es war ein höchst passendes Zusammentreffen, das aber, wie mir scheint, niemandem aufgefallen ist: Am Tag der rauschenden Eröffnung der Hamburger Elbphilharmonie gingen auch die Nachrufe auf Altbundespräsident Roman Herzog durch die Zeitungen, und natürlich wurde vor allem ein Satz von ihm zitiert, nämlich der, dass „ein Ruck durch Deutschland“ gehen müsse. Wie ein solcher Ruck aussehen könnte, das zeigten zugleich die zahllosen Bilder der jetzt schon ikonischen Silhouette des neuen Konzertsaals.

Aber ich habe nicht gesehen, dass irgendwo eins und eins zusammengezählt worden wäre.

Das Erste, was mir auffiel, war, dass ich unbedingt hinwollte zu der Eröffnung. Ich habe prägende Jahre meines Lebens in Hamburg verbracht und in den Sommern ab 1978 im Hafen gearbeitet, der damals noch ein völlig anderer Hafen war als heute. Ein Hafen der Stückgutfrachter, die von Menschen entladen werden mussten, und Tausende unständig beschäftigter Schauerer, das Subproletariat der Hamburger Arbeiterschaft, fanden sich im Morgengrauen im Hafendarbeitsamt in der Admiralitätsstraße ein, um auf die Frachter und Kais verteilt zu werden. Auch ich habe damals an diesem Speicher gearbeitet, der heute den Sockel der Elbphilharmonie

bildet. Um die Ecke war der Kohlehafen, wo man dank der Schmutzzulage mehr Geld pro Schicht verdienen konnte als anderswo.

Aber nicht aufgrund dieser Erinnerungen wollte ich zur Eröffnung. Sondern weil ich das Gebäude hatte wachsen sehen während meiner seltenen Besuche in der Stadt und weil ich für meinen letzten Roman ein anderes ikonisches Bauwerk Hamburgs, nämlich das Chilehaus, besucht und genauestens betrachtet hatte und spürte, dass hier ein modernes Gegenstück im Entstehen war, ein Ort, der Menschen in die Stadt locken kann, und mehr noch: ein Ort, der ein kollektives Bewusstsein, ein Gemeinschaftsgefühl stiftet, das im Idealfall in die ganze Welt ausstrahlt.

GEBAUTE ZUKUNFTSHOFFNUNG

Es gibt Bauwerke, die aufgrund der ihnen innewohnenden Qualitäten, aber auch dank einer günstigen Zeitkonstellation, zu weithin leuchtenden Symbolen von Schönheit oder Dynamik oder Zukunftshoffnung werden, die den Ortsansässigen in einer Art analogen Kraftübertragung Wagemut und Optimismus schenken und auf die Ortsfremden wie ein Magnet wirken: Dort, wo dieses Symbol sich befindet, dort will, ja dort muss man sein, um an dem Geist zu partizipieren, der sich hier abstrakt und doch konkret manifestiert.

Ob es sich dabei um ein Haus oder ein Kunstwerk oder ein Produkt technologischer Innovationskraft handelt, ist weniger entscheidend als der Punkt, dass es sich in jedem Fall um eine öffentliche, für die Öffentlichkeit geschaffene und ihr zu-

gängliche Schöpfung handeln muss und nie um etwas Privates, nur einem persönlichen Nutzen und Frommen Dienendes.

Zwei Beispiele, um zu illustrieren, was ich meine: Als 1889 in Paris der Eiffelturm eröffnet wurde, damals das höchste Bauwerk der Welt, waren Ratlosigkeit und Kritik zunächst groß. Was sollte das, wozu brauchte man das? Lange Jahre wurde der Eiffelturm sogar als Werbebanner für Citroën zweckentfremdet. Und doch ist es ganz sicher, dass es der Eiffelturm war, der Paris zur Welthauptstadt des Fin de Siècle und des beginnenden 20. Jahrhunderts machte. Und zwar vor allem wegen der Dynamik, die er symbolisierte in der Spannung mit seiner Umgebung, der teils hausmannschen, teils noch mittelalterlichen Stadt aus goldenem, schimmerndem Kalkstein, diesem Symbol von Kontinuität, Dauer und großer Vergangenheit. Aus diesem Stadtamalgam auf seinen Hügeln ragte und strebte die supermoderne Eisenkonstruktion sinn- und zweckfrei in die Höhe, nichts beweisend als sich selbst und die Fähigkeit und den Willen, sie zu errichten, aber als Leuchtturm wirkend, dessen Signale Menschen aus der ganzen Welt in die Stadt lockten – hier, morsten diese Signale, hier wächst die Zukunft aus dem Humus der Tradition hinauf in den Himmel.

VON DER BARBARENINSEL ZUM SEHNSUCHTSORT

Das zweite Beispiel ist das Opernhaus in Sydney, dessen futuristische Formen in meiner Kindheit Begeisterung erweckten. Vielleicht tue ich Australien Unrecht, aber ich meine mich zu erinnern, dass erst das

Bild dieses Gebäudes an dieser fotogenen Stelle, im Hafen der Stadt, das ganze Land im öffentlichen internationalen Bewusstsein von einer Barbareninsel und ehemaligen Strafkolonie am Ende der Welt zu dem Synonym entspannter Modernität und Internationalität und dem Sehnsuchtsziel für junge Menschen aus aller Welt machte, das es heute ist.

Die Frage, die sich im Hinblick auf Hamburgs Elbphilharmonie dabei nun stellt, lautet: Waren die von mir erwähnten und andere Beispiele nur die Folgen einer ohnehin in den jeweiligen Ländern herrschenden Hoffnungs- und Modernitätsdynamik, sozusagen die bauliche Verstärkung eines herrschenden Zeitgeists? Oder waren es Pionierleistungen, initiiert und durchgesetzt von einzelnen Visionären, die die Dynamik erst entfachten, deren Vorausbildung sie selbst waren, und die den gesellschaftlichen Optimismus, den sie symbolisierten, erst nach sich zogen?

Zur Beantwortung dieser Frage muss ich hinaus aus Deutschland. Wenn dann das Flugzeug die Wolkendecke durchbrochen, seinen Weg durchs sonnige Blau einige Hundert oder auch 10.000 Kilometer zurückgelegt hat und ich gelandet bin, ob in London oder in Kuala Lumpur, dann empfinde ich jedes Mal eine berauschende und ansteckende Kraftströmung und Lust auf Zukunft, die in Deutschland, wird mir dann klar, vollkommen fehlt.

LUFT DES ANYTHING GOES

So bin ich mir zum Beispiel überhaupt nicht sicher, dass Theresa Mays Beschwörung der Zukunft ihres Landes als von

den europäischen Schlangen befreiter Laokoon nicht genau diese Dynamik entfachen und tatsächlich die besten jungen Köpfe aus aller Welt nach London ziehen wird, dessen Bild seit den Olympischen Spielen 2012 das ehrwürdige Westminster immer durch den Focus des London Eye einfängt, des gigantischen Riesenrades, und so auf packende Weise Tradition und Aufbruch zusammenfasst. Die besten jungen Köpfe aus aller Welt, das ist auch ein Weg, die Migrationsströme zu kanalisieren.

Aber London ist noch gar nichts, verglichen mit der prickelnden Luft des *Anything Goes*, dem Erfindungsgeist, der von keinerlei Bedenken getrübt Begeisterung, mit der in den Schwellenländern, den Tigerstaaten und Dritte-Welt-Megapolen wie Kuala Lumpur das technisch Mögliche und das noch nie Dagewesene einfach in Angriff genommen wird. Bei jedem Besuch neue grandiose Hochhäuser, neue, revolutionäre Verkehrssysteme, neue Großprojekte zur Verschönerung, Sanierung, Modernisierung der Kapitale, des gemeinsamen Lebensraums.

Gemach, gemacht! wird man mir jetzt zurufen. Übertreibst du es nicht ein wenig mit deiner Begeisterung fürs Neue? Wir können dir all die Opportunitätskosten aufzählen, die Umweltschäden, die Ressourcenvernichtung, die damit verbunden ist, wo das Geld doch auch, statt für Prestigeprojekte rausgeschmissen zu werden, all den Armen und Arbeitslosen zugutekommen könnte, die es in diesen Ländern zuhauf gibt.

Das, scheint mir, ist eine typisch deutsche Argumentation, ist der Grund, warum unser Land, wenn man ins Flugzeug steigt und davonfliegt, von oben aussieht wie ein gestrandeter Wal. Ein gigantischer Haufen totes Fett, kolossal und erbärmlich

zugleich und keiner eigenen Bewegung mehr fähig. Ein Land der ständigen Bedenken, der Kleinmütigkeit, der Partikularinteressen, des Modernitäts- und damit Zukunftshasses, befangen in Neiddebatten, einer Morgenthau-Mentalität und Regulierungswut, die stärkste Volkswirtschaft des Kontinents, die sich selbst nur als ein monströses Sozialtransferwerk sehen mag, ein mutloses, ein vor der Zeit vergreistes, ein gestriges Land.

Dabei ist, betrachtet man die Deutschen als Individuen, alles in bester Ordnung: brillante junge Studenten, weltoffen und innovativ, die begabtesten Wissenschaftler und Techniker, ein unverringertes Reservoir an Genialität – nur bündelt und ballt es sich nicht zu einer kollektiven, einer gesellschaftlichen Dynamik. Das kennedysche „Frag nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst“ scheint vollkommen zu fehlen. Aus all den partikularen Ehrgeizen folgt eben nicht das –, und jetzt sind wir wieder am Anfang – was Roman Herzog 1997 gefordert hat: Ein Ruck müsse durch Deutschland gehen.

GLÄSERNE SYMPHONIE

Das ist keine Kritik an den Deutschen, es ist eine Kritik an ihrer Führungselite, denn wie der Herr, so 's G'scherr. Schuldentilgung und Rentensicherung, Gendertoi-letten und Mindestlohn – gut und schön, aber wo ist die politische Vision, die nicht

darauf aus ist, die Mutlosen abzusichern, sondern den Mutigen Flügel zu verleihen? Wo ist der Elan, einen New Deal zu konzipieren, an dem teilzuhaben, zu partizipieren eine ganze Nation elektrisieren könnte, im positiven Sinne wieder kämpferischer und wettbewerbsfreudiger zu werden?

Die architektonische Vision der Elbphilharmonie, diese aus dem Backstein des alten Industriefahns emporwachsende, emporstrebende gläserne Symphonie mit ihren hokusaisch anmutenden Wellenzinnen, dieser vom Staat, von der Stadt und von einem mäzenatischen Bürgertum gemeinsam finanzierte Ort für alle ist ein Sinnbild, nein, nur ein Hoffnungsschimmer für das, was möglich sein könnte in diesem Land, wenn die Trägheit und Zukunftsmüdigkeit überwunden würde. Ein Ort, den die Bürger der Stadt und Interessierte aus den ganzen Welt aufsuchen, weil sie spüren, ja, hier ist ein Kraftzentrum entstanden, hier will ich auch sein und mitmachen, um noch mehr und Größeres, Gemeinsames zu schaffen.

Wie schön, dachte ich auf dem rund um die Philharmonie laufenden Balkon mit Blick auf die Hafencity, wie schön, wenn hier jetzt auch noch die Anlagen für die übernächsten Olympischen Spiele entstünden! Aber der Senat hat die Bevölkerung gefragt, ob ihr Steuergeld für dergleichen ausgegeben werden sollte, und die Bevölkerung hat Nein gesagt. Genauso, wie sie – und das muss am Schluss leider auch erwähnt werden – Nein gesagt hätte zur teuren Elbphilharmonie, wenn man sie denn gefragt hätte.

Keine Angst vor der Globalisierung!

Warum der Freihandel für Deutschland so wichtig ist

VOLKER KAUDER

Geboren 1949 in Hoffenheim, Landkreis Sinsheim, seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 2005 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Deutschland hat unter den unionsgeführten Bundesregierungen von Angela Merkel große Herausforderungen wie die Finanzmarktkrise ab 2008 sicher und erfolgreich bewältigt. Unserem Land geht es besser als je zuvor. Aber das Jahr 2017 birgt neue Ungewissheiten und bringt wichtige Weichenstellungen. Geopoliti-

tische Unsicherheiten, Terrorismus, Flüchtlingsbewegungen, das internationale Wohlstandsgefälle und die Digitalisierung verunsichern viele Menschen. Es ist ein Irrweg, deshalb die Globalisierung infrage zu stellen und zu meinen, man könne ihre Herausforderungen national in den Griff bekommen. Dies gefährdet tatsächliche und nachhaltige Lösungen. Die Globalisierung muss europäisch und global gestaltet werden.

Bereits seit einigen Jahren müssen wir feststellen, dass der Welthandel schleppender verläuft und auch die internationalen Investitionen nachlassen.

Das allein ist schon ein Alarmsignal, gerade für unser Land. Der Anteil Deutschlands an der Weltbevölkerung liegt bei einem Prozent, derjenige am Welthandel über sieben Prozent. Unsere Ausfuhren machen fast die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes aus. Jeder vierte deutsche Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt vom Export ab.

FAIRER WETTBEWERB ALS LEITBILD

Nicht nur die deutsche Volkswirtschaft litte darunter, wenn wir der Globalisierung mit Protektionismus entgegenträten, sondern auch unsere vielen Partnerländer, aus denen deutsche Firmen Waren und Dienstleistungen beziehen und in denen sie in moderne Produktionsstätten investieren. Auch die für andere Länder hilfreichen deutschen Tourismusaufgaben erreichen eine Größenordnung von 85 Milliarden Euro pro Jahr und sind damit die dritthöchsten der Welt.

Um dem Globalisierungsprozess positive Impulse zu verleihen, reicht Aufklärungsarbeit allein nicht aus. Wir brauchen handfeste Fortschritte in der internationalen Wirtschaftsordnung. Eine Balance zwischen Chancen und Risiken der Globalisierung werden wir nur erreichen, wenn sich die Staaten enger koordinieren. Unser Leitbild muss ein fairer internationaler Wettbewerb sein, bei dem jedes teilnehmende Land profitiert. Das ist realistisch, weil durch internationale Arbeitsteilung der Wohlstand wächst. Wir brauchen weitere Handelsliberalisierungen auf der Grundlage klarer, vorhersehbarer und möglichst multilateral abgestimmter Regeln.

Bei den Protesten in der deutschen Öffentlichkeit gegen die geplanten Freihandelsabkommen der Europäischen Union (EU) mit den USA und mit Kanada hieß es regelmäßig: „Stopp TTIP“ und „Stopp CETA“. Kaum jemand hat für ein besseres TTIP und ein besseres CETA demonstriert. Im Ergebnis wurde die europäische Verhandlungsposition geschwächt statt gestärkt.

BEWUSST EMOTIONALISIERTE PROTESTE

Von den Organisatoren der Kampagnen, aber auch aus dem gesamten Parteienspektrum jenseits der Union wurden gezielt Globalisierungsängste geschürt. Systematisch wurden Einzelfragen zu Grundsatzangelegenheiten verklärt, beispielsweise die Rolle von Schiedsgerichten, die Angleichung von Schutznormen – wie die amerikanischen „Chlorhühnchen“ – oder die öffentliche Transparenz des Verhandlungsprozesses. Die bewusst emotionalisierten Proteste können politisch gefährlich mutieren. Protektionismus und Nationalismus sind zwei Seiten derselben Medaille.

Für Populisten ist die Globalisierung eine dankbare Projektionsfläche. Sie machen diffuse äußere Kräfte für Negativentwicklungen verantwortlich, statt den heimischen Reformbedarf beim Namen zu nennen und politisch für die erforderlichen inländischen Reformen einzustehen. So fühlen sich rechtspopulistische Bewegungen in Frankreich, den Niederlanden, Polen, Italien, aber auch in Deutschland vom geplanten Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union bestärkt. Dass die britische Regierung mit dem Brexit das freihändlerische Konzept eines „Global Britain“ verbinden will, nimmt in der aufgeheizten Debatte kaum noch jemand wahr.

Es trifft natürlich zu, dass die Globalisierung den Strukturwandel beschleunigt und Anpassung erfordert. Strukturanpassungen müssen auch politisch flankiert und abgefedert werden. Dabei müssen wir primär auf eine geschickte zeitgemäße Regulierung, im Ausnahmefall aber auch auf gezielte Anreize zur Umstrukturierung durch den Einsatz von Finanzmitteln setzen. In den großen Industriestaaten wie auch in der Europäischen Union gibt es dafür die erforderlichen Gelder. Die Umverteilung darf aber nicht als reine Ausgleichszahlung ausgelegt sein, sondern sie muss aktivieren und Struktur-reformen begünstigen. Ihr Ziel muss immer sein, Menschen in neue Beschäftigung zu bringen und Betriebe neu auszurichten, damit die Unternehmen wettbewerbsfähig werden und wieder am Globalisierungsprozess teilhaben können.

KOOPERATION MIT DEN VEREINIGTEN STAATEN

In den Vereinigten Staaten, dem Mutterland von Freiheit und Globalisierung, haben sich die Wähler nach einem zugespitzten Wahlkampf für „America first“ entschieden. Präsident Trump will geplante und bereits abgeschlossene Handelsabkommen aufkündigen und Schutzzölle beziehungsweise Importsteuern einführen, um inländische Unternehmen im Wettbewerb zu begünstigen. Ziel ist es letztlich, nationale Handelsvorteile zulasten anderer Staaten herauszuschlagen.

Zum Instrumentenkasten einer solchen Abschottungspolitik zählen neben Einfuhrbeschränkungen Maßnahmen der Exportförderung wie auch die Abwertung der heimischen Währung. Dies ruft Vergeltungsmaßnahmen hervor und birgt das Risiko, dem Globalisierungsprozess einen nachhaltigen Schaden zuzufügen. Eine Abkehr von der multilateralen, regelbasierten Zusammenarbeit hin zu selektiven und unberechenbaren Maßnahmen stellt ein erhebliches Risiko vor allem für die deutsche Volkswirtschaft dar.

Was jetzt zählt, sind positive Ergebnisse statt ein wohlfeiler Antiamerikanismus, mit dem sich der Protektionismus hochschaukelt und unsere nationalen Interessen gefährdet werden. Die Endprodukte von heute bestehen aus länderübergreifend hergestellten Vorprodukten und Dienstleistungen. Durch

eine internationale Trendwende hin zum Protektionismus wären die nationalen Anpassungslasten und Strukturbrüche am Ende größer als bei offenen Märkten. Protektionismus ist die falsche Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und der Globalisierung. Die Europäische Union sollte daher nicht leichtfertig mit Vergeltungsmaßnahmen drohen, sondern besser weiter auf den Gewinn durch Kooperation mit den Vereinigten Staaten setzen.

Wir müssen die Europäische Union zudem entschieden darin unterstützen, neue Partnerschaften aufzubauen, etwa mit Kanada, Mexiko, Lateinamerika, Japan, Australien, Indien und China. Europa hat mit 510 Millionen Konsumenten einen größeren Binnenmarkt zu bieten als die Vereinigten Staaten, und auch das Bruttoinlandsprodukt der EU ist nahezu ebenbürtig. Vor allem ist das politische Signal erforderlich, dass der Freihandelsgedanke lebt und die teilnehmenden Länder stärker macht. Wichtig ist auch der baldige Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen den großen Industrie-regionen Europäische Union und Japan.

„MADE IN GERMANY“

In internationalen Verhandlungen wird uns immer wieder ins Stammbuch geschrieben, nichts dagegen zu tun, dass unser Land einen deutlich höheren Wert an Produkten exportiert als importiert. Hier müssen wir darlegen, dass unser Exporterfolg auf der Qualität unserer Produkte und dem weltweiten Ruf von „Made in Germany“ beruht. Deutschland schottet sich nicht ab und diskriminiert keinen Auslandswettbewerb. Wir treten für freien Handel ein.

Beim Exportüberschuss muss man genauer hinsehen, denn aus manchen Ländern importieren wir mehr, als wir dorthin exportieren. Gegenüber China oder auch Russland ist unsere Handelsbilanz defizitär. Zudem sind die Wertschöpfungsketten gerade der deutschen Unternehmen mit umfangreichen Importen aus vielen anderen Ländern verbunden. Die Exporterlöse werden kräftig im Ausland investiert und sorgen dort für attraktive Jobs sowie Produktionsstätten mit hohen Arbeits- und Umweltstandards. Die deutsche Autoindustrie produziert mehr im Ausland als im Inland. Von den über fünfzehn Millionen Personenkraftwagen deutscher Hersteller des Jahres 2015 wurden 9,4 Millionen Einheiten in Fabriken im Ausland gefertigt.

Zusätzlich beflügelt werden die deutschen Exporte durch den niedrigen Eurokurs, der auf die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zurückgeht. Sobald der Euro wieder aufwertet, werden Exporte erschwert und Importe angekurbelt. Der Exportüberschuss schmilzt dann ab. CDU und CSU, der Bundesfinanzminister und der Bundesbankpräsident treten schon lange für die dazu erforderliche Straffung der geldpolitischen Zügel ein – wir erkennen aber auch die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank an.

Auch eine starke Binnennachfrage hilft auf natürliche Weise, Exportüberschüsse zu begrenzen. Unter den unionsgeführten Bundesregierungen seit 2005 ist die heimische Nachfrage aufgrund der hervorragenden Beschäftigungsentwicklung, steigender Reallöhne und zunehmender öffentlicher Investitionen zum zweiten Wachstumsmotor neben dem Außenhandel herangewachsen. Für die nächste Wahlperiode streben wir Steuersenkungen in Höhe von fünfzehn Milliarden Euro an, die der inländischen Nachfrage weitere Impulse verleihen werden.

Nicht unterschlagen sollten wir, dass auch eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften der Handelspartner unsere Außenbilanz stärker ins Gleichgewicht bringt. Auch aus diesem Grund werben wir gerade bei unseren europäischen Partnern vehement für Strukturreformen.

INTERNATIONALE UNTERNEHMENSBESTEUERUNG WEITERENTWICKELN

Ein weiterer hervorragender Ansatzpunkt, um die Globalisierung positiver zu gestalten, liegt darin, die Steuern gerechter zu gestalten beziehungsweise international zu harmonisieren. Unternehmen, die Steueroasen nutzen, verschaffen sich unfaire Wettbewerbsvorteile. Sie finanzieren die Staaten nicht mit, in denen sie Geld verdienen und Infrastruktur nutzen. Die Chancen der Globalisierung für prosperierende Staatswesen werden dadurch gemindert – ein neuralgischer Punkt für die Akzeptanz der Globalisierung durch die Bürgerinnen und Bürger.

Der Staatengemeinschaft ist es aufgrund des Einsatzes von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gelungen, sich auf ein Projekt gegen aggressive Steuerplanungen international tätiger Konzerne und schädlichen Steuerwettbewerb zu verständigen. Das sogenannte BEPS-Projekt richtet sich gegen steuervermeidende Gewinnkürzungen und -verlagerungen (*base erosion and profit shifting*). Das BEPS-Projekt ist nicht nur ein Meilenstein für die internationale Steuerpolitik, sondern es hat auch Vorbildcharakter. Wenn die erarbeiteten neuen Standards nun Schritt für Schritt umgesetzt werden, wird dies der internationalen Kooperation auch auf anderen Gebieten kräftigen Auftrieb verleihen.

FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN

Rasche Fortschritte müssen wir überdies bei der Bekämpfung von Fluchtursachen erzielen. Die Menschen, die ihren Ländern den Rücken kehren, leben in Afrika oder Asien teils unter unmenschlichen Bedingungen. Gerade die Migrationsbewegungen verursachen in den Zielländern große Ängste vor

der Globalisierung. Beispielsweise standen bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen und der Brexit-Volksabstimmung Migrationsprobleme stärker im Vordergrund der öffentlichen Debatte als der freie Güterhandel.

Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist vor allem in Afrika von übertragender Bedeutung. Die Bevölkerung wird sich dort nach aktuellen Prognosen in den nächsten 35 Jahren von 1,3 auf 2,6 Milliarden Menschen verdoppeln. Die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung, der Staatsführung, der Gesundheitsvorsorge, der Bildung und des Umweltschutzes sind lange bekannt und müssen umso dringender gelöst werden.

Wir sollten aber keinesfalls nur die Probleme Afrikas betonen und dabei übersehen, dass der Kontinent ein heterogener Weltteil ist, der auch große Möglichkeiten, kulturelle Vielfalt und ein echtes wirtschaftliches Potenzial bietet. Im Hinblick auf den afrikanischen Kontinent gilt es, die Chancen zu erkennen, zu fördern und zum Wohle der Bewohner wie der Weltgemeinschaft zu nutzen. Deshalb hat die Bundesregierung einen Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika gesetzt. Vordringlich sind dabei die wirtschaftliche Entwicklung, Berufsausbildung, private Investitionen und die Beschäftigung.

Das Risiko von internationalen Rückschlägen ist im Jahr 2017 besonders hoch. Im nationalen wie im globalen Interesse müssen wir hart daran arbeiten, dass wir die Weichen richtig stellen. Ängsten und populistischer Stimmungsmache müssen wir mit Überzeugungsarbeit und erfolgreicher internationaler Zusammenarbeit begegnen. Deutschland hat eine besondere politische und wirtschaftliche Verantwortung, der wir in CDU und CSU nachkommen. Wir stehen auch in international unruhigen Zeiten zu unseren Werten und Überzeugungen und richten unser Handeln an ihnen aus.

... und die Arbeitnehmer in Deutschland

„Sich der Zukunft öffnen“

Deutschland, die westlichen Demokratien und Europa als Ganzes befinden sich in einer Zeit der Unruhe. Schaut man auf Deutschland, wirkt es fast so, als sei das, was nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen worden ist, wie aus einer anderen Zeit.

Es galt damals, ein Deutschland zu schaffen, das wieder integraler Bestandteil der westlichen Zivilisation werden würde. Aus der Geschichte heraus gab es unbedingten Willen, eine zuverlässige, glaubwürdige und wertebasierte

Demokratie zu schaffen. Es sollte ein europäisches Deutschland sein, das Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zum Ziel hat. In der Verfassung steht als Wesenskern die Menschenwürde mit der Ewigkeitsklausel unter besonderem Schutz.

Das Sozialstaatsprinzip in seiner verfassungsrechtlichen Verankerung ist eine Errungenschaft, um die uns viele beneiden. Wir Gewerkschaften sind frei, gestalten die Arbeitswelt mit, wo wir Einfluss nehmen können, und sind, aus der Lehre

der Historie heraus, grundgesetzlich geschützt. Es ist eine Verfassung, die ihrem Wesen nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit mit sozialem Ausgleich zu verbinden versucht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann eine ganze Generation, Vertrauen und Zugehörigkeit in dieses Deutschland, in diese Demokratie zu entwickeln, und fühlte sich diesem Wertekatalog verbunden. Es gab ein Grundvertrauen in das entschlossene Handeln der Politik. Optimismus und Zuversicht waren ständige Begleiter, was den eigenen Beitrag zu unserer Republik und unserem Wohlstand anging. Menschen konnten auf ihre sichere Arbeit vertrauen. Wer krank wurde, brauchte Armut und Verlust der Würde nicht zu fürchten. Das in der Verfassung verankerte Sozialstaatsprinzip sicherte ihnen ein menschenwürdiges Leben zu.

VERLORENES VERTRAUEN

Es gab damals noch keine Sozialreformen, die exakt diesen verfassungsrechtlich zugesicherten sozialen Ausgleich auf ein fragliches Minimum kürzten. Nach siebzig Jahren Frieden, Wachstum und Wohlstand müssen wir heute erkennen, dass unsere demokratischen Errungenschaften, die uns Stabilität sicherten, unter Beschuss geraten. Wir leben derzeit in einem Europa, das wir als vereinten Kontinent wollten, von dem sich nun mit Großbritannien erstmals ein Gründungsstaat verabschiedet. Die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise und jahrelange Deregulierungspolitik sowie die aktuellen Herausforderungen in der Flüchtlings- und

Migrationspolitik führen dazu, dass einst vorhandenes Grundvertrauen in die Europäische Union verloren geht.

Auch von außen werden Ängste der Menschen geschürt. Die Kriege im Nahen Osten, die russische Annexion der Krim, die Bedrohung durch den islamistischen Terror sind Gefahren, die die Grenzen europäischer Sicherheits- und Außenpolitik aufgezeigt haben. Seit Deutschland im vergangenen Jahr selbst Ziel islamistischer Anschläge war, ist auch diese Gefahr konkret und allgegenwärtig geworden. Viele Menschen fühlen sich bedroht. Sie haben das Vertrauen in unsere Demokratie, in Deutschland und die Europäische Union verloren. Das Vertrauen verloren in das, was ihnen so lange Frieden und Wohlstand beschert hat. Sie fühlen sich nicht mehr an die Werte, die einst unsere Gründungs-väter und -mütter verfolgt haben, gebunden.

Neben den Einflüssen, die von außen ihre Ängste schüren, sind es konkrete Existenz- und Abstiegsängste, die sie erleben oder fürchten. Obwohl sich die Arbeitsmarktlage in Deutschland und Europa laut Statistik positiv entwickelt, gibt es Millionen von Menschen, die im informellen oder Niedriglohnsektor beschäftigt sind. Altersarmut ist inzwischen ein Phänomen der „Mittelklasse“ geworden. Durch Sozialstaatsreformen und Deregulierung sind Lebensrisiken wie Krankheit und plötzliche Veränderungen im familiären Umfeld staatlich nicht mehr so abgesichert, dass sich ein würdevolles Leben bestreiten ließe. In Betrieben zeigt sich in der Belegschaft oft deutlich der Unterschied zwischen denen, die als Stammbeflegschaft gelten, und jenen, die als Leiharbeiter oder Werkvertragsnehmer beschäftigt sind. Menschen erleben konkret,

wie schnell sozialer Abstieg geschehen kann, oft unverschuldet.

MITEINANDER IN DIE ZUKUNFT

Abstrakte Erklärungen über ein gemeinsames Europa, offene Grenzen, gemeinsame Wertebekennnisse, die uns die vergangenen rund siebzig Jahre zu Wachstum und Wohlstand verholfen haben, sind richtig und gut. Für viele aber, die Abstiegsängste verspüren, bleibt der Eindruck, dies alles habe mit ihrem realen Leben wenig zu tun.

Es bleibt vielmehr das Gefühl zurück, nicht mehr stattzufinden in der politischen Debatte, nicht mehr ernst genommen zu werden mit den Fragen, die sie beschäftigen. Das macht sie zugänglich für Parteien, die vorgeben, sie zu hören und einfache Antworten auf komplexe gesellschaftliche Fragen zu haben. Dass wir zurzeit erleben, wie populistische Parteien in Deutschland und Europa an Zulauf gewinnen, kommt daher nicht von ungefähr. Sie propagieren die Rückkehr ins Nationale, setzen auf Protektionismus und Abschottung statt globalen Freihandel. Sie präsentieren Gegenentwürfe zu unserem gesellschaftlichen System, greifen unsere Werte an und gefährden dadurch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Diese Spaltung vollzieht sich auf allen Ebenen der Gesellschaft. Auch in den Betrieben werden Belegschaften gespalten, was zu Unfrieden führt und Solidarität verschwinden lässt. Wenn wir auch in Zukunft als Gesellschaft funktionieren wollen, wenn wir Frieden und Wohlstand bewahren wollen, müssen wir diese Ent-

wicklung in ganz Europa aufhalten. Politiker und alle gestaltenden Akteure der Demokratie müssen das, was den Leuten Angst macht, beim Namen nennen. Es geht darum, was die Gesellschaft als solche gemeinsam tun kann und soll, um sich der Zukunft zu öffnen; um gemeinsam zu entwickeln, wie das gesellschaftliche und wirtschaftliche Miteinander in Zukunft organisiert werden kann.

MEHR KOMMUNIKATION WAGEN

Dazu müssen wir wieder mehr Kommunikation wagen und auch Themen und Positionen in unseren politischen Diskurs einbeziehen, die eben nicht die politische Mitte abbilden. Ohne Abwertung und Ressentiments den Argumenten vorzuziehen, brauchen wir in der Kommunikation wieder ein Miteinander, keine parallel existierenden Kommunikationswege. Mehr Präsenz vor Ort ist unabdingbar – dort, wo Menschen keine Ansprechpartner mehr haben und Parteien, Verbände, Organisationen, die Bürgergesellschaft als solches und auch Gewerkschaften sich zurückgezogen haben. Nur, wer vor Ort ist und bereit, substanzielle Auseinandersetzungen einzugehen, nutzt die Chance, wenigstens Kompromisse als Vorstufe von Überzeugung und damit Weiterentwicklung zu erreichen.

Als Gewerkschaften werden wir uns diesem Dialog stellen und gesellschaftspolitische Verantwortung übernehmen, unabhängig von Staat und Parteien. Wir sind nicht nur in unserer Rolle als Sozialpartner mit Arbeitgebern bereit, Verantwortung zu übernehmen. Das tun wir,

wenn es um „die Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen geht“. So steht es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Dort, wo wir Einfluss nehmen können, wo Unternehmer gesellschaftliche Mitbestimmung akzeptieren, werden wir die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Wir haben einen großen Anteil daran, dass es den Menschen gut geht. Mitbestimmung und das Modell der Sozialpartner haben dafür gesorgt, dass viele Menschen vom wirtschaftlichen Wachstum profitieren.

Während der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir durch kluges, weitsichtiges und vor allem gemeinsames Aushandeln gute Kompromisse erreicht und dadurch kaum Arbeitsplatzverluste hinnehmen müssen. Auf europäischer und internationaler Ebene treten wir für einen fairen und sozialen Freihandel ein, für faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Schutzrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Teilweise mit, aber auch ohne die Arbeitgeber an unserer Seite. Deshalb brauchen wir auch in Zukunft eine starke Mitbestimmung, um uns für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzusetzen. National, europäisch und weltweit.

URSACHEN FÜR SOZIALE VERWERFUNGEN ÜBERWINDEN

Wir Gewerkschaften haben uns in den 1990er-Jahren von dem klassischen, traditionellen Rollenverständnis hin zur gesellschaftspolitischen Gestaltungskraft neu orientiert. Nach unserem Verständnis

von menschenwürdiger Arbeit und guten Arbeitsbedingungen verstehen wir uns vor allem da als gestaltender Akteur, wo soziale Verwerfungen stattfinden und zu Ungerechtigkeit führen. Der gesetzliche Mindestlohn war ein Korrektiv, das gerade diejenigen brauchten, die nicht als Mitglieder in Gewerkschaften organisiert sind. Für diejenigen, die in prekären Arbeitsverhältnissen sind, ob Leiharbeit, Werkvertrag oder Niedriglohnsektor, werden wir auch weiterhin gesellschaftspolitische Verantwortung übernehmen.

Wollen wir auf Dauer ein friedliches Miteinander und gesellschaftlichen Zusammenhalt erreichen, dürfen wir die Ursachen für soziale Verwerfungen und Abstiegsängste nicht länger hinnehmen. Nur wenn wir mit guter Arbeit die sozialen Abstiegsängste der Menschen überwinden, können wir einen großen Teil als Nährboden für Populisten ausschließen. Wenn wir uns fragen, wie die Zukunft unserer Demokratie, unseres Miteinanders aussehen kann, braucht es entschlossenes Handeln von Politik und gesellschaftlichen Gestaltungskräften, die sich gezielt der Ängste der Menschen annehmen. Wir brauchen Geduld und Kraft, um die Zeiten der Unruhe und des Wandels auszuhalten, sowie unvoreingenommenes Denken, um einen offenen Diskurs für Demokratie, Werte und die Zukunft unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts zu führen. Auch das muss Demokratie können.

Elke Hannack

Geboren 1961 in Gladbeck, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Mitglied im Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA)

... und die Arbeitgeber in Deutschland

„Wie das kleine gallische Dorf“

Wie hoch ist das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft? Wer ist Botschafter für die Unternehmen, mit welcher Wirkung? Diese Fragen führen zurück in die Jahre 2008 und 2009, als die globale Banken- und Finanzkrise aus den USA nach Westeuropa schwappte. Die geplatzte Immobilienblase und die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte in einigen europäischen Staaten wurden zu einem hochexplosiven Gemisch, das die Realwirtschaft in den Abgrund zog. In vielen Ländern kam es zu Produktionssenkungen

und Unternehmenszusammenbrüchen. Auch Deutschland befand sich zwischen Oktober 2008 und dem zweiten Quartal 2009 in einer Rezession.

Die Krise war Auslöser für die Frage, ob der Kapitalismus, ob die Marktwirtschaft als wirtschaftliche Grundordnung noch zeitgemäß ist oder ob sie durch eine bessere Alternative ersetzt werden sollte. Es war die Zeit, in der die Bewegung der Kapitalismuskritiker und Globalisierungsskeptiker ihren größten Zulauf hatte, beispielsweise beim „Protest-Camp“ der

Occupy-Bewegung vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt.

In der Folge wurde die Skepsis gegenüber unserer Wirtschaftsordnung weiter genährt. Nach der Finanzwirtschaft wurde nun auch das Wirken der deutschen Unternehmen kritisch beäugt. Ausschlaggebend dafür waren die in den Medien bekannt gemachten Fälle von Großunternehmen, die eigene Zeitarbeitsfirmen gründeten, um ehemalige fest angestellte Mitarbeiter mit niedrigeren Löhnen als Zeitarbeiter beschäftigen zu können. Berichtet wurde auch über Konzerne, die ihren Spitzenmanagern trotz schlechter Ergebnisse großzügige Boni gewährten. Der Ruf der Wirtschaft in der Öffentlichkeit hat dadurch immens gelitten.

Aber es gibt einen Lichtblick. Denn wenn man in unserem Land häufig von *der* deutschen Wirtschaft spricht, dann wird oftmals ein Unternehmertyp vergessen, der entscheidend für die Vitalität und Leistungsfähigkeit der Wirtschaftslandschaft in Deutschland ist: der Familienunternehmer. Er trotzt wie das kleine gallische Dorf inmitten der römischen Besatzung dem Mainstream der Konzerne, die aufgrund ihrer Größe und Markenmacht öffentlich stärker wahrgenommen werden. Dabei ist die Vielfalt der deutschen Wirtschaftslandschaft viel größer. Familienunternehmer bilden nach wie vor die entscheidende Wirtschaftsgruppe in Deutschland. Von der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland sind rund sechzig Prozent in Familienunternehmen tätig. Achtzig Prozent der Ausbildungsplätze in unserem Land werden von Familienunternehmen angeboten. Familienunternehmer tragen mit 41 Prozent zum Gesamtumsatz der deutschen Wirtschaft bei.

WAS SAGEN DIE UMFRAGEN?

Den Familienunternehmen wird Vertrauen entgegengebracht. Umfragen zeigen das: Im Gegensatz zu Konzernen und Großunternehmen werden Familienunternehmen von sechzig Prozent der Befragten mit einer „verantwortungsvollen Unternehmensführung“ in Verbindung gebracht. Bei Konzernen und Großunternehmen sind dies lediglich fünfzehn Prozent, bei Start-up-Unternehmen sieben Prozent. Die übergroße Mehrheit der Deutschen schätzt Familienunternehmer als gute Arbeitgeber mit regionaler Verwurzelung und guten Arbeitsbedingungen ein. Ihr gesellschaftliches Engagement wird gelobt. Doch woher rührt das Vertrauen in die Familienunternehmen? Was bedeutet es, Familienunternehmer zu sein?

Familienunternehmer haben in der Regel einen direkten Bezug zu ihren Mitarbeitern. Durch flache Hierarchien, die die Familienunternehmen auszeichnen, ist der Eigentümer häufig mit einem Großteil seiner Belegschaft persönlich bekannt; die einzelnen Lebensumstände seiner Mitarbeiter kennt er genau. Das fördert das Vertrauen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber. Gleichzeitig bieten flache Hierarchien im Unternehmen den Mitarbeitern die Möglichkeit, ihre Ideen direkt in die Entwicklung des Unternehmens einzubringen. Seine Verantwortung nimmt der Familienunternehmer darüber hinaus dadurch wahr, dass er nicht nur besonders innovativ bei der Entwicklung neuer Produkte ist, sondern immer wieder neue Wege im Engagement für seine Mitarbeiter geht: Angebote für Weiterbildung und Qualifikation, für die Gesundheit, für die Vereinbarkeit

von Familie und Beruf, etwa durch Teilzeit- und Home-Office-Arbeitsplätze oder einen Betriebskindergarten.

All das führt dazu, dass sich Mitarbeiter mit dem Unternehmen stärker identifizieren, eine höhere Motivation zeigen und sich Vertrauen aufbaut. Diese starke wechselseitige Beziehung führt dazu, dass Familienunternehmen besonders gut in der Lage sind, Krisenzeiten zu überstehen. In der Wirtschafts- und Finanzkrise haben Familienunternehmen ihre Mitarbeiter gehalten und von Massenentlassungen oder Standortverlagerungen ins Ausland abgesehen.

Familienunternehmer denken zudem an ihre künftigen Mitarbeiter. Sie haben früh erkannt, dass dem demografischen Wandel und dem Fachkräftemangel nur begegnet werden kann, wenn man sich rechtzeitig um potenzielle Mitarbeiter bemüht. So kooperieren sie mit Schulen und Hochschulen, um Schülern und Studierenden das eigene Unternehmen nahezubringen und das Interesse für Wirtschaft und Unternehmertum zu wecken. Vielversprechende Talente in den Hochschulen werden früh an das Unternehmen gebunden, oftmals indem man ihnen die Studiengebühren finanziert oder über Projektarbeiten.

STABILISIERENDE ANKER

Abgerundet wird die gesellschaftliche Verantwortung der Familienunternehmer durch ihr soziales und kulturelles Engagement in ihrer Heimatregion. Das Image des Unternehmens wird dadurch aufgewertet und die Bindung zwischen Unternehmen, Mitarbeitern und Kunden ge-

stärkt. Darüber hinaus fungiert das Unternehmen nach außen als Aushängeschild der Region.

Das alles zeigt, wie Familienunternehmer Verantwortung übernehmen und Vertrauen aufbauen. Sie führen ihre Unternehmen eigenständig und haften im Gegensatz zum angestellten Manager mit ihrem Kapital. Es ist diese Einheit aus „Risiko“ und „Haftung“, die das Denken in Generationen ausmacht. Familienunternehmer denken langfristig und nicht an kurzfristige Gewinne; ihre Unternehmensstrategie ist dementsprechend nachhaltig und weniger risikobehaftet ausgelegt.

Familienunternehmer denken auch an die nächste Generation, denn sie wollen ihr Unternehmen als gesundes Unternehmen in die Hände ihrer Kinder geben. Dieses „Familienunternehmerprinzip“ kann die Antwort auf die Skepsis gegenüber unserer Wirtschaftsordnung sein. Die Familienunternehmer als stabilisierender Anker, der Vertrauen schafft. Die Familienunternehmer als Botschafter der sozialen Marktwirtschaft!

Lutz Goebel

Geboren 1955 in Siegen, Präsident des Verbands DIE FAMILIENUNTERNEHMER, Geschäftsführender Gesellschafter der Henkelhausen GmbH & Co. KG

Bedingt reformoptimistisch

Jens Spahn über Generationengerechtigkeit und die Weiterentwicklung des Rentensystems

JENS SPAHN

Geboren 1980 in Ahaus, Bankkaufmann, Politologe, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2002, seit Juli 2015 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands.

DIW-Chef Marcel Fratzscher behauptet, dass sich viele Menschen Sorgen um die Zukunft machen, die Eliten aber die Augen davor verschließen. Wie beurteilen Sie Lage und Stimmung in diesem Wahljahr?

Jens Spahn: Da gibt es eine Ambivalenz. Auf der einen Seite schätzen fast neunzig Prozent der Menschen ihre persönlichen Zukunftsaussichten gut bis sehr gut ein. Das macht sich beispielsweise an der starken Binnennachfrage bemerkbar. Wenn aber nach der gesellschaftlichen Lage gefragt wird, dann sind die Einschätzungen weit weniger optimistisch, bisweilen sogar pessimistisch.

Natürlich speisen sich diese Unsicherheiten aus den Vorkommnissen der letzten Jahre: Wer hätte vor fünf bis sechs Jahren gedacht, dass ein russischer Präsident anfängt, Grenzen zu verschieben, dass in Aleppo Kinder vor unser aller Augen ermordet werden? Hier vor Ort in Deutschland hat die Migrations- und Flüchtlingsbewegung die Gesellschaft stark polarisiert und politisiert. Wir als politisch Handelnde stehen vor der Aufgabe, Vertrauen zurückzugewinnen.

Wie passt die Rentendiskussion in diesen allgemeinen Kontext?

Jens Spahn: Die gute wirtschaftliche Lage führt zu einer relativ stabilen Situation in der Rentenversicherung. Aber bei der Rente kochen die Emotionen immer schnell hoch, weil es eben um die Anerkennung der persönlichen Lebensleistung geht. Aber wahr ist auch: Altersarmut ist in Deutschland heute kein Massenphänomen,



Foto: Maximilian König

auch wenn lautstark darüber diskutiert wird. Manchmal klafft eine Lücke zwischen dem, was faktisch vorhanden ist, und dem, was an Ungerechtigkeit wahrgenommen und gefühlt wird. Ausgerechnet im Jahr der höchsten Rentenerhöhung seit 23 Jahren bricht eine politische Debatte los, als sei die halbe Republik ab nächstem Jahr im Alter arm.

Droht also im Wahljahr „Rentenpanik“?

Jens Spahn: Offensichtlich sind diejenigen, die sich von einer Panikmache Erfolge erhofft hatten, zur Vernunft gekommen. Auch die Gewerkschaften haben gemerkt, dass ihre Kampagnen einfach nicht zünden. Eigentlich wissen die Leute, dass es uns insgesamt, aber auch speziell den meisten Rentnern, so gut geht wie noch keiner früheren Generation. Ich bin

überzeugt, dass sich dieses Grundverständnis am Ende durchsetzen wird.

In dem von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Buch „Zukunftsfeste Rente“ beteuern Sie zunächst: „Die Rente ist besser als ihr Ruf.“ Aber ein paar Absätze weiter räumen Sie ein, dass die Sorgen und Fragen um die eigene Rente berechtigt sind. Können Sie diesen Widerspruch auflösen?

Jens Spahn: Es stimmt eben beides. Selbstkritisch muss ich sagen: Die Rentenversicherung hat sich deutlich besser entwickelt, als alle Prognosen dies vor zwanzig Jahren erwarten ließen. Das zeigt, dass Untergangsszenarien nicht eintreten müssen, selbst wenn sie teilweise jahrzehntelang kursierten. Andererseits gehört zur

Wahrheit, dass man der jüngeren Generation sagen muss: Ihr seid mehr gefordert als jede andere Generation vor euch, euch frühzeitig um eure finanzielle Absicherung im Alter zu kümmern. Die Frage nach einer auskömmlichen Rente ist für Menschen mit Mitte zwanzig oder Anfang dreißig verständlicherweise unendlich weit weg und beschäftigt einen zum Glück nicht jeden Tag. Aber wenn man sie gänzlich außer Acht lässt, führt das manchmal zu falschen Vorstellungen darüber, wie die eigene Rente später aussehen wird.

Also ist in der Rentendebatte doch nicht alles „postfaktisch“?

Jens Spahn: Es ist im Grunde sehr einfach: Vor zwanzig, dreißig Jahren kamen noch vier, fünf Beitragszahler auf einen Rentner. In den nächsten Jahren bewegen wir uns auf das Verhältnis von 3:1 und dann 2:1 zu – bei steigender Lebenserwartung. Es wird ja immer beklagt, dass die Rente nicht mehr so stark steigt. Aber wichtig ist doch auch, was über die gesamte Rentendauer ausgezahlt wird und eben nicht nur die Höhe der monatlichen Rente. Anfangs betrug die durchschnittliche Dauer der Rentenauszahlung etwa sieben Jahre und liegt jetzt fast bei zwanzig Jahren. Das heißt: Heute kriegt man insgesamt deutlich mehr heraus.

Die Mathematik der demographischen Entwicklung lässt sich nicht wegformieren – mit der Folge, dass die Jüngeren mehr Beitrag zahlen und bis 67 Jahre arbeiten müssen, während die Älteren auf manche Rentenerhöhung verzichten mussten. Auch künftig wird die Rente weniger stark steigen als die Löhne. Ich glaube aber, dass eine relativ faire Verteilung gefunden worden ist, bei der jeder seinen

Beitrag leistet und nicht nur eine Generation alles tragen muss.

Gibt es neben den drei Kennzahlen – Rentenhöhe, Lebenserwartung und Beitragssatz – mit Sicht auf die Generationengerechtigkeit noch weitere Leitplanken?

Jens Spahn: Das sind erst einmal drei gute Stellschrauben. Hinzu kommt sicher noch das Thema private und betriebliche Vorsorge. Beide wollen wir stärken. Auch die Lebensarbeitszeit spielt eine Rolle. Viele vergessen, dass man diese Frage von zwei Seiten betrachten muss: auf der einen Seite längeres Arbeiten bis 67. Dazu gehört übrigens auch die „Flexirente“. Angesichts der Diskussionen im Vorfeld ist es schon erstaunlich, wie viele diese Möglichkeit bereits nutzen, um freiwillig länger beruflich tätig zu sein. Aber es lohnt sich eben durchaus: Ein Jahr länger arbeiten bedeutet sechs Prozent mehr Rente! Das andere ist der frühere Berufseinstieg: Stichwort G8 und Bachelor-Master-System. In den 1990er-Jahren haben fast alle gesagt, man solle früher anfangen zu arbeiten und nicht bis dreißig studieren. Bei den aktuellen Debatten über G8 und G9 wird das inzwischen allzu gern vergessen.

Aber zum Thema Generationengerechtigkeit gehört natürlich auch die Schule. Jedes Jahr verlassen 45.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss. Das ist die eigentliche soziale Ungerechtigkeit, hier wird die Grundlage für spätere Altersarmut gelegt. Dieses Thema darf die junge Politikergeneration, erst recht die Junge Union, nicht ruhen lassen. Die Lösung kann aber nicht sein – wie bei uns in NRW –, dass das Prüfungsniveau so weit gesenkt wird, bis am Ende jeder zu einem

Abschluss kommt. Die entscheidende Frage lautet doch: Wie können wir die Jungs und Mädels, die es von zu Hause aus nicht so leicht haben, im Kindergarten und in der Grundschule besser unterstützen? Warum geben wir pro Schüler pro Jahr so viel mehr Geld für die Oberstufe aus als für die Grundschule? Das, was man mit drei, sechs oder acht Jahren nicht gelernt hat, holt man in der zehnten Klasse nicht mehr nach! Vorn in den Bildungsbiographien anzusetzen, präventiv tätig zu werden, wird viel zu wenig in den Fokus genommen.

Es gäbe also Anlass, über Ihre Initiative „Generationengerechtigkeit im Grundgesetz“ erneut nachzudenken?

Jens Spahn: Diese Initiative hatte zwei große Ziele. Das erste – die Schuldenbremse – ist geschafft, und sie wird im Moment auch noch segensreich eingehalten. Das zweite Ziel war, die Generationengerechtigkeit als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern; das haben wir leider bis heute noch nicht geschafft. Vielleicht können wir im neu gewählten Bundestag da noch einmal einen gemeinsamen Anlauf nehmen. Das Thema bleibt jedenfalls auf der Tagesordnung.

Sie schreiben, dass Wahltaktik eine treibende Kraft bei Rentenentscheidungen der letzten Jahre war. Sehen Sie diese Gefahr aktuell wieder?

Jens Spahn: Das ist fast ein demokratietheoretisches Thema – erst recht in einer Gesellschaft, in der ein Drittel der Wähler über sechzig Jahre alt ist und deren Wahlbeteiligung bei über achtzig Prozent liegt. Jeder gute Wahlkampfmanager wird sich

fragen, wo die meisten Stimmen zu gewinnen sind. Und das sind eben die Älteren. So einfach ist das.

Die Lösung dafür könnte ein Familienwahlrecht sein, bei dem Eltern für ihre Kinder eine Stimme bekommen. Und ja, ich bin mir bewusst, dass sich in der Praxis auch Argumente dagegen finden lassen. Aber die grundsätzliche Idee scheint mir richtig: Wenn Familien ein größeres Stimmengewicht bekommen, wird sich der politische Fokus mehr dahin verlagern, wo mehr Stimmen zu holen sind. Zur Fairness gehört aber auch der Hinweis, dass die Älteren längst nicht nur an sich denken. In meinem Büro hängt der Brief einer Rentnerin, die mich auffordert: „Im Interesse meiner Enkelkinder, bleiben Sie bei Ihrer Meinung.“ Solche Seniorinnen und Senioren müssen wir als Verbündete in die Debatte mit einbinden.

Und auf der anderen Seite müssen die Jüngeren halt auch wählen gehen, so banal ist das auch. Nach der Brexit-Entscheidung wurde beklagt, dass die Älteren den Jüngeren die Zukunft geklaut hätten. Aber zur Wahrheit gehört, dass viele der Jüngeren schlicht nicht zur Abstimmung hingegangen sind. „Ihr müsst euch schon drum kümmern, dass es so ausgeht, wie ihr es euch wünscht“, ist die Botschaft an die Jüngeren. Wer meint, ein paar Likes bei Facebook würden reichen und das sei schon politisches Engagement, der betriegt sich selbst. Dann gehen Wahlen eben so aus wie in Großbritannien.

Aber wie viel Sicherheit geben wir den Jungen mit, damit sie sich selbstbewusst engagieren können? Die Riester-Rente wird für gescheitert erklärt, bei der betrieblichen Altersvorsorge schlägt die „Verbeitragung“ zu, die

Lebensversicherung zahlt nicht mehr das aus, was man sich erhoffte, und den Aktien vertrauen die Deutschen nicht. Was entgegnen Sie denen, die warnen: „Finger weg von der kapitalgedeckten Altersvorsorge“?

Jens Spahn: Auf einem Bein steht man schlecht, wie wir in Westfalen sagen. Am Ende geht es um den Mix. Jetzt leben wir in Zeiten, in denen es der gesetzlichen Rente gut geht, aber Umlage- und Kapitalverfahren sind so etwas wie kommunizierende Röhren. Das heißt: Jetzt, wo die Zinsen niedrig sind, wäre eigentlich die Zeit für Aktien. Leider finden das weder die Deutschen allgemein noch die Lebensversicherer sehr attraktiv. Eigentlich müsste eine älter werdende Gesellschaft viel mehr Kapital im Ausland anlegen, um stärker von der Produktivität junger Gesellschaften zu profitieren.

Man sollte also auf mehrere Pferde setzen, auch mit kleinen Beiträgen kann man für das Alter viel erreichen. Dafür ist es übrigens wichtig, die Renteninformation der gesetzlichen Rente, die jedem per Post zugestellt wird, zu ergänzen: Diese Information sollte säulenübergreifend sein und Ansprüche aus den verschiedenen Produkten integriert darstellen. Hoffentlich ist es in Zukunft möglich, dass jemand, der eine Lebensversicherung, einen Riester-Vertrag, eine betriebliche Altersversorgung oder Ähnliches besitzt, eine einheitliche Übersicht über sein Alterseinkommen digital abrufen kann.

Es gibt Stimmen, die einen völligen Neuanfang bei der Rente fordern: „Pensionäre in das System integrieren“, „Grundrente für alle etablieren“ und

so weiter. Sind Sie ein Freund solcher weitreichenden Überlegungen?

Jens Spahn: Als ich vor vierzehneinhalb Jahren im Bundestag angefangen habe, waren auch mir Wünsche von großen Würfeln nicht fremd: dass mit einer größeren Gesundheitsreform, einer großen Steuerreform oder einer großen Rentenreform für die nächsten zwanzig Jahre alles geregelt werden könnte. Aber leider ist das wirkliche Leben anders. Wir befinden uns nicht im Jahr 1949, aber selbst damals entstanden die Systeme nicht aus dem Nichts heraus. Vielmehr haben wir es bei der Rente mit einem System zu tun, das weiterentwickelt werden muss, aber nicht revolutioniert werden kann – schon deshalb nicht, weil wir es hier mit den berechtigten Erwartungen von Millionen Menschen zu tun haben, die über Jahrzehnte Beiträge gezahlt haben und Anspruch auf Verlässlichkeit haben.

Aber wenn man sich anschaut, wie sich die deutsche Rente in den letzten zwanzig Jahren entwickelt hat, dann lässt sich – jenseits von manchen Ausschlägen in die falsche Richtung – sagen, dass wir jedenfalls ein großes Stück weiter sind als die meisten anderen europäischen Länder. In Frankreich steht immer noch das ganze Land still, wenn die Lokführer mit 57 statt mit 55 Jahren in Rente gehen sollen. Gerade die gesetzliche Rente bietet Anlass, optimistisch über Deutschlands Reformfähigkeit zu denken. Wenn es nötig ist, sind die beiden großen Volksparteien zu Reformen fähig.

Das Gespräch führten Thomas Köster, Koordinator Arbeitsmarkt und Sozialpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Bernd Löhmann am 12. Januar 2017.

Kritische Infrastrukturen

Cybersicherheit ist Voraussetzung für den Erfolg der Digitalisierung

ARNE SCHÖNBOHM

Geboren 1969 in Hamburg, Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Die Digitalisierung hat mittlerweile fast alle Bereiche unseres Lebens erreicht. In der Verwaltung und in den Dienstleistungsbranchen arbeiten wir bereits heute IT-gestützt und hochgradig vernetzt. Industrie 4.0 umschreibt die grundlegenden Veränderungen im Produktionsbereich. Smart Home, Mobile Work, E-Health und Entwicklungen wie selbstfahrende Autos sind weitere Beispiele für die fortschreitende Digitalisierung, die Chancen eröffnet, aber auch Risiken beinhaltet. Cyber-

sicherheit wird dabei zum wesentlichen Erfolgsfaktor.

Die Digitalisierung ist zu einer wichtigen Grundlage für technologischen Fortschritt sowie wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstand geworden. Die Digitalisierung erschließt erhebliche gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Vorteile, beinhaltet aber auch, dass wir immer mehr sensible Prozesse vernetzten IT-Systemen überantworten, bis hin zu autonomen Fahrzeugen und lebenswichtigen Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

Besondere Herausforderungen entstehen im Bereich der Prävention, Detektion und Abwehr digitaler Angriffe, die zunehmend professionalisiert durchgeführt

werden. Digitalisierung, Vernetzung und zunehmende Komplexität der IT bieten Cyberangreifern weitreichende Möglichkeiten, Informationen auszuspähen, Geschäfts- und Verwaltungsprozesse zu sabotieren oder sich anderweitig auf Kosten Dritter kriminell zu bereichern. Im Fokus der Cyberangriffe stehen dabei Unternehmen und Kritische Infrastrukturen ebenso wie Verwaltung, Forschungseinrichtungen und Bürger.

ANGRIFFE DURCH RANSOMWARE

Im Jahr 2016 wurden die IT-Systeme von Unternehmen, Kommunen und Kritischen Infrastrukturen wie Krankenhäusern verstärkt und erfolgreich mit Ransomware angegriffen. Ransomware ist eine Malware, die Computer infiziert, sperrt und Geld dafür verlangt, diese wieder zu entsperren. Die Täter waren in der Lage, Dateien zu verschlüsseln, und versuchten, die Betroffenen zu erpressen. Einer Umfrage des BSI zur Betroffenheit der deutschen Wirtschaft von Ransomware zufolge war jedes dritte befragte Unternehmen (32 Prozent) von Ransomware betroffen. Die Auswirkungen waren zum Teil erheblich: Während siebzig Prozent der Unternehmen angaben, dass einzelne Arbeitsplatzrechner befallen waren, kam es in jedem fünften Unternehmen (22 Prozent) zu einem erheblichen Ausfall von Teilen der IT-Infrastruktur, elf Prozent der Betroffenen erlitten einen Verlust wichtiger Daten.

Die Vorfälle mit Ransomware sind nach wie vor hochaktuell und haben deutlich gemacht, wie verwundbar unsere digitalisierte Gesellschaft ist. Dabei sind

Angreifer den Verteidigern von IT-Systemen häufig einen Schritt voraus. Sie können ihre Ziele über das Internet einfach erreichen und nutzen viele Methoden, die Angriffswege zu verschleiern. Zudem bietet die heutige Informationstechnik aufgrund ihrer Komplexität zahlreiche potenzielle Angriffspunkte. Die Täter nutzen nicht nur neue und bislang unbekannte Schwachstellen aus, sondern schlagen auch Kapital daraus, dass Updates und Patches von den Anwendern in der Praxis häufig verspätet eingespielt werden.

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik muss zudem feststellen, dass die Bedrohung für Staat und Wirtschaft durch professionelle und vermutlich staatlich gelenkte Angreifergruppen weiterhin hoch ist. Die einschlägigen Beispiele illustrieren die politische Dimension und Wirkrichtung der Cyberangriffe. Neben dem Angriff auf die IT-Systeme des Deutschen Bundestages 2015 hat das BSI auch Cyberangriffe auf Parteien, Medien und staatliche Einrichtungen beobachtet, die die Sorge vor einer gezielten Manipulation der öffentlichen Meinung durch Dritte begründen.

Das BSI beobachtet die Lage diesbezüglich intensiv und wird sich für den Zeitraum der Bundestagswahl 2017 in besonderer Weise aufstellen, um möglichen Cyberangriffen begegnen zu können. So optimieren wir ständig die Verteidigungsfähigkeit des Bundesnetzes und tauschen uns auch mit anderen europäischen Ländern aus, in denen demnächst Wahlen sind. Darüber hinaus unterstützt das BSI den Bundeswahlleiter, den Deutschen Bundestag und die politischen Parteien. Auf Wunsch stellen wir Informationen über Risiken, Angriffsformen und Schutzmaßnahmen zur Verfügung und beraten

bei der Auswahl und Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere zur Härtung von IT-Systemen und IT-Netzen.

NATIONALES CYBER-ABWEHRZENTRUM

Das BSI hat über Jahre hinweg, unter anderem durch die Verantwortung für den Schutz der Netze der Bundesverwaltung, Kompetenzen bei der Prävention, Detektion und Reaktion auf komplexe Cyberangriffe und IT-Sicherheitsvorfälle aufgebaut und unter Beweis gestellt. Diesen Wissensvorsprung stellen wir anderen staatlichen Stellen zur Verfügung, auch in den Ländern.

Wichtiger Baustein der behördenübergreifenden Zusammenarbeit bei der Analyse von IT-Sicherheitsvorfällen und der Abwehr von Cyberangriffen ist das Nationale Cyber-Abwehrzentrum (Cyber-AZ). Es wurde im Jahr 2011 eingerichtet, um den Informationsaustausch zwischen den relevanten Behörden zu verbessern. Das Cyber-AZ ist beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik angesiedelt, also bei der für Cybersicherheit zuständigen nationalen Sicherheitsbehörde, der durch das Bundesinnenministerium die Federführung übertragen wurde.

In den vergangenen Jahren hat sich das Cyber-AZ von einer reinen Informationsdrehzscheibe zu einer Kooperationsplattform weiterentwickelt, in der die operativen Tätigkeiten der einzelnen Behörden koordiniert werden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat vorgeschlagen, das Cyber-AZ so weiterzuentwickeln, dass es bei komplexen Schadenslagen die Einsatzführung an sich ziehen

kann, um etwa die schnellen Eingreiftruppen anderer Sicherheitsbehörden, gegebenenfalls auch der Bundeswehr, zu koordinieren. Das BSI unterstützt diesen Vorschlag und wird sein Lagezentrum personell noch einmal deutlich verstärken, um rund um die Uhr die Bewältigung dieser neuen Aufgabe sicherstellen zu können.

Durch das IT-Sicherheitsgesetz von 2015 wird die Rolle des BSI als zentrale Stelle für die Belange der Cybersicherheit vor allem gegenüber der Wirtschaft gestärkt. Mit der Übertragung von mehr Verantwortung und Kompetenzen durch die Erweiterung der bisherigen operativen Aufgaben wächst aber auch die Verpflichtung des BSI, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Als die nationale Cybersicherheitsbehörde gestalten wir deshalb die Digitalisierung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft mit einem ausgeprägten kooperativen Ansatz. Den strategischen Rahmen für mehr Sicherheit im Cyberspace setzt dabei die neue Cyber-Sicherheitsstrategie der Bundesregierung. Wir wollen ein sicheres und selbstbestimmtes Handeln in einer digitalisierten Welt ermöglichen. Dafür müssen Staat und Wirtschaft zusammenarbeiten und muss Deutschland auch weiterhin eine aktive Rolle in der europäischen und internationalen Cyber-Sicherheitspolitik einnehmen.

„MOBILE INCIDENT RESPONSE TEAMS“

Im Bereich der Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) kooperiert das BSI im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft unter dem Titel UP KRITIS mit den Betreibern in gefährdeten Sektoren, wie zum

Beispiel Energie, Gesundheit, Ernährung und Wasser. Zentrales Ziel des UP KRITIS mit seinen rund 400 Mitgliedern ist es, die Versorgung mit lebensnotwendigen Dienstleistungen auch im Zeitalter der Digitalisierung möglichst uneingeschränkt aufrechtzuerhalten. Um Bundesbehörden und Kritische Infrastrukturen vor Ort bei der Bewältigung und Analyse von IT-Sicherheitsvorfällen unterstützen zu können, baut das BSI derzeit „Mobile Incident Response Teams“ (MIRT) auf.

Im Rahmen der Allianz für Cybersicherheit (www.allianz-fuer-cybersicherheit.de), der mehr als 2.000 Institutionen angehören, aber auch bilateral, treibt das BSI die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft voran. Dazu gehört ein intensiver Austausch über Bedrohungen und Schutzmaßnahmen, dazu gehört die Meldung von IT-Sicherheitsvorfällen an das BSI, dazu gehört aber auch die Warnung vor Angriffen und die Erarbeitung praxisorientierter Handlungsempfehlungen, die das BSI der Wirtschaft zur Verfügung stellt. Vor dem Hintergrund der Ransomware-Vorfälle hat das BSI entsprechende Hinweise und Empfehlungen einer Vielzahl von Krankenhäusern zur Verfügung gestellt. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Widerstandsfähigkeit des Standortes Deutschland, insbesondere die der kleinen und mittelständischen Unternehmen, gegenüber Cyberangriffen zu stärken.

In den großen Digitalisierungsprojekten in Deutschland bringt sich das BSI verstärkt ein und wird übergreifend für staatliche und private Akteure im Sinne

der Gewährleistung der Sicherheit tätig. So leisten wir unseren Beitrag zum Gelingen der Energiewende durch die Erarbeitung von Sicherheitskriterien für die Infrastruktur der intelligenten Stromzähler und unterstützen bei der Erarbeitung der Sicherheitsaspekte einer Verkehrsinfrastruktur, in der autonome oder hochautomatisierte Fahrzeuge Realität werden. Darüber hinaus hat das BSI die wesentlichen Sicherheitsanker der elektronischen Gesundheitskarte und der dazu notwendigen Systeme mitgestaltet und zertifiziert.

Die Angebote und Maßnahmen des BSI entlassen jedoch die Wirtschaft nicht aus ihrer Verantwortung, die Cybersicherheit für Unternehmen und deren Kunden zu verbessern und die eigenen Maßnahmen zur Prävention und Sensibilisierung auszubauen. Das BSI steht bereit, um bei der Gestaltung der einzelnen Maßnahmen zu unterstützen.

Die durch die Digitalisierung angestoßenen Entwicklungen sind durchgreifend und werden Deutschland verändern. Die Frage der Sicherheit der eingesetzten Informationstechnik stellt sich damit nicht mehr nur nebenbei. Sie stellt sich auch nicht länger nur einem eingeweihten Kreis der IT-Spezialisten. Vielmehr ist die Informationssicherheit eine wesentliche Vorbedingung für das Gelingen der Digitalisierung in Deutschland geworden. Das BSI stellt sich weiterhin der Aufgabe, die Informationssicherheit zu gestalten und so zum Erfolg der Digitalisierung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft beizutragen.

It's great!

Deutschlands heimliche Trump-Sympathisanten

PATRICK KELLER

Geboren 1978 in Bonn, Koordinator für Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Lehrbeauftragter für Internationale Sicherheitspolitik an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen.

Mit Skepsis blickt die politische Elite in Berlin auf die neue amerikanische Regierung unter Präsident Donald Trump. Die Bundeskanzlerin und ihre Minister, die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag und führende Journalisten haben alle Mühe, ihre Irritation über den Stil des politischen Neulings zu kaschieren

und auf zweckoptimistischen Pragmatismus umzuschalten. Die Einigkeit der breiten politischen Mitte wird noch dadurch unterstrichen, dass nur politisch randständige Stimmen offen ihre Freude über Trumps Wahlsieg verkünden, etwa indem der AfD-Politiker Jörg Meuthen von einem „guten Signal für die Welt“ spricht oder die Linkspartei das Ende des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP feiert.

Umso überraschender ist es, wie viele Köpfe der politischen Mitte seit dem November 2016 in privaten Gesprächen erklären, warum sie sich über Trumps Erfolg freuen. Da ist der Büroleiter eines

hochrangigen Sozialdemokraten, den der Widerstand des amerikanischen Volkes gegen mediale und parteipolitische Bevormundung begeistert und der nun auf eine Politik der Umverteilung von oben nach unten hofft. Oder der libertäre Investmentbanker, der eine andere Geldpolitik erwartet. Das CDU-Mitglied, das im Aufbegehren gegen Obamas Sozialdemokratisierung Amerikas den eigentlichen amerikanischen Traum bestätigt sieht. Oder die grüne Professorin, der die politische Korrektheit ihrer eigenen „MitreiterInnen“ und deren Fixierung auf spalterische Identitäts- und Genderpolitik unheimlich geworden ist.

Diese deutschen Trump-Sympathisanten sind über sich selbst verwundert. Für sie alle steht außer Frage, dass Trump ein problematischer Charakter ist. Allein aus diesem Grund hätten sie ihn (wahrscheinlich) nicht gewählt und halten sich mit öffentlichem Ausdruck ihrer Freude über den Wahlausgang zurück. Und doch: Die Freude ist da, und sie speist sich aus vielfältigen, widersprüchlichen, diffusen Quellen.

Es lohnt sich, eine Typologie dieser heimlichen deutschen Trump-Sympathisanten zu versuchen. Sie kann dabei helfen, die Frage zu beantworten, die im Jahr der Bundestagswahl viele Strategen umtreibt: Was muss die Mitte von Trump und über sich selbst lernen, um den Vormarsch der Populisten aufzuhalten?

DIE AMERIKAHASSER

Der Antiamerikanismus in Deutschland hat tiefe Wurzeln. Es gibt einen bunten Strauß von Ressentiments gegen die kul-

turelle Übermacht Amerikas, seine Interventionskriege und inneren Widersprüche, gegen das Amerika, das als Speerspitze der Globalisierung stets das Neue schafft und Gewohntes infrage stellt.

Amerika ist den Deutschen Taktgeber und großer Bruder, und denjenigen, die an dieser Zumutung leiden, anstatt sie als herausforderndes Geschenk zu begreifen, kommt Trump gerade recht. Denn es fällt an diesem Präsidenten leichter, die dunkle Seite seines Landes aufzuzeigen als die helle. Rücksichtslosigkeit, Großmannsucht, Verachtung für den Geist, der Fetisch des finanziellen Erfolgs – all das waren Markenzeichen der Wahlkampfkampagne Trumps. Für Amerikas Gegner hat die Wahl Trumps die amerikanischen Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und weltzugewandter Großzügigkeit als so hohl und heuchlerisch entlarvt, wie sie schon immer waren.

Trump spielt denjenigen in Deutschland in die Hände, die seit jeher für „Emanzipation“ und „Eigenständigkeit“ gegenüber den USA geworben haben. Präsident Trump macht vielen in der deutschen Mitte diese Idee der Abgrenzung plausibler als jeder seiner Vorgänger.

An dieser Stelle verbünden sich die Amerikahasser in gefährlicher Weise mit manch leidenschaftlichem Europäer. Wie schon nach dem Brexit war eine der ersten Reaktionen auf die Wahl Trumps: Nun ist die Zeit für eine vertiefte Integration der Europäischen Union (EU) gekommen! Gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik kann dies jetzt gelingen, ermöglicht durch den Ausstieg des wichtigsten Bedenkenträgers Großbritannien und angetrieben durch Trumps verstörende Wahlkampfaußagen über die nur bedingte Gültigkeit der NATO-Beistandsgarantie.

Gegen eine Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der EU ist nichts einzuwenden. Entscheidend ist aber, dass diese Stärkung der EU nicht als „Emanzipation“ von den USA und der NATO gestaltet wird. Solch eine „strategische Autonomie“, wie es im EU-Jargon heißt, ist ein sicherheitspolitischer Irrweg, der zudem noch zu einer Spaltung Europas führen könnte.

Ob sich die leidenschaftlichen Europäer von den Amerikahassern unterwandern oder gar kapern lassen, wird eine der folgenreichsten Fragen dieses Wahljahres sein.

DIE AUTORITÄTS-BEGEISTERTEN

Populistisch-nationalkonservative Politiker wie Viktor Orbán in Ungarn oder Marine Le Pen in Frankreich haben die Wahl Trumps ausdrücklich begrüßt. Sie verstehen Trumps Erfolg als einen weiteren Wellenbrecher gegen den kosmopolitischen Liberalismus, den sie für dekadent und zerstörerisch halten.

Auch in Deutschland erfährt diese Sicht Zuspruch, nicht nur bei der AfD. Nicht wenige sorgen sich um den sozialen Zusammenhalt des Landes und glauben, dass dieser nur aus einer nationalen Identität und harter politischer Führung erwachsen könne. Der autoritäre Gestus Trumps gegenüber Minderheiten, politischen Gegnern und Institutionen demokratischer Ordnung wie der freien Presse entspricht diesem Führungsverständnis. Trumps Wahlkampf baute auf zwei nationalistische Abwehrreflexe: die Absage an multilaterale Freihandelsabkommen und den Kampf gegen illegale Einwanderung.

Die nationalistisch-autoritäre Sehnsucht, die angesichts der Herausforderungen der Globalisierung auch in Deutschland immer stärker wird, findet in Trump ihre schamlose Entsprechung – garniert mit dem abgestandenen Chauvinismus des weißen Mannes, der sich durch allerlei Entwicklungen im liberalen Westen brüskiert fühlen darf.

Aber die Frage wird bleiben, wie tief verankert der autoritäre Reflex in der deutschen Mitte ist. Haben Einwanderung, Terrorismus, handels- und finanzpolitische Verflechtung mit anderen Nationen ein solches Maß erreicht, dass ein signifikanter Teil der deutschen Wählerschaft das Vertrauen in die Gestaltungs- und Steuerungskompetenz der demokratischen Elite verliert und den autoritären Rezepten populistischer Vereinfacher auf den Leim geht?

DIE SOZIALISTEN

Nicht nur in der Linkspartei gibt es Leute, die ein Ende des sogenannten Neoliberalismus herbeisehnen und auf Umverteilung und Merkantilismus setzen. Für sie war Bernie Sanders der herzerwärmende amerikanische Präsidentschaftskandidat, aber gegenüber Hillary Clinton mussten sie Trump bevorzugen: gegen Freihandel, gegen eine Reform der Rentenversicherung, für keynesianische Investitionen in die einheimische Infrastruktur.

Natürlich ist der New Yorker Immobilienmogul Trump ein unwahrscheinlicher Robin Hood, und seine Vorschläge zur Steuerreform erinnern mehr an Ronald Reagan als an Sarah Wagenknecht. Aber für die bürgerliche Mitte liegt gerade darin

der Reiz: Trump ist kein linker Revoluzzer, sondern tief verbunden mit dem Establishment, das er zu „säubern“ („drain the swamp“) vorgibt. Zugleich aber vertritt er in der Arbeitsmarkt-, Steuer-, Einwanderungs- und Handelspolitik Positionen, die dem liberalen, globalisierungsfreudlichen Mainstream von Clinton bis Bush, Romney bis Obama entgegenstehen.

DIE AMERIKAFANS

Fast alle deutschen Transatlantiker, selbst konservative, standen während des Wahlkampfes auf Hillarys Seite. Clintons Erfahrung und ihre zuverlässige Orientierung am Status quo der amerikanischen Außenpolitik hätten das Geschäft der deutsch-amerikanischen Beziehungen vergleichsweise leicht gemacht. Trump hingegen steht für unbequeme Unberechenbarkeit. Dennoch empfinden manche Kenner und Bewunderer der amerikanischen Geschichte und Kultur eine heimliche Genugtuung über den Wahlausgang.

Diese Genugtuung speist sich aus einem teils historisch begründeten, teils mythisch überhöhten Verständnis von Amerika als *exceptional nation*, einer außergewöhnlichen Nation. Die älteste Demokratie der Welt unterscheidet sich darin von ihren europäischen Geschwistern, dass sie alle Erschütterungen überstanden, sich stets als stabil und zur Selbstkorrektur fähig erwiesen hat. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die nationale Identität Amerikas in einzigartiger Weise auf den liberalen Idealen der revolutionären Gründerväter fußt, nicht auf Blut und Boden. Ungeachtet der rechtsradikalen Randgruppen, die sich an Trump hängen, ist

sein amerikanischer Nationalismus daher etwas anderes als der gallische Populismus Le Pens.

Vor diesem Hintergrund erblicken manche Amerikaliebhaver in Trump nicht das Schreckgespenst einer in die Tyrannei kippenden Volksherrschaft in Zeiten der Krise und Verunsicherung. Sie sehen in ihm den Ausdruck der immer wieder beschworenen amerikanischen Selbstheilungskräfte. Wie oft ist diesem Land der Abstieg und Untergang prognostiziert worden! Und doch hat es sich stets behauptet, seit mehr als 100 Jahren als führender Staat des Planeten.

Trotz dieser Aussichten und der zumindest makroökonomisch soliden Bilanz Obamas fühlten sich die amerikanischen Wähler jedoch von Unzufriedenheit und Zukunftsangst gequält. Es ist unerheblich, ob dies eine Folge postfaktischer *fake news*, bestürzender Erfahrungen missglückter Kriege und tief greifender Wirtschaftskrisen oder der individuellen Hilflosigkeit angesichts zunehmenden Globalisierungsdrucks war – mit Trump haben sie Mut zur radikalen Veränderung mit demokratischen Mitteln bewiesen. Das allein macht die Wahl Trumps für die Amerikafans schon zur Feier der Vitalität der amerikanischen Demokratie. Ein mehrheitsfähiger Teil des Volks hat sich dem vermeintlich weisen Rat der Eliten aus Politik, Medien, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur widersetzt, weil er sich von ihnen missachtet und – nicht zu Unrecht – gedemütigt fühlt.

In der Lesart der Amerikafans unterstreicht diese machtvolle Widerborstigkeit der einfachen Leute die Qualität der USA als *last best hope* der Menschheit. So wird Amerika zu einer Wildwestgesellschaft verklärt, die eher von Gary Cooper

zusammengehalten wird als von verpflichtend-bürokratischen Gesundheitsversicherungen nach europäischem Vorbild. Dazu gehört auch, dass der Liberalismus auf seine klassischen Wurzeln zurückgestutzt werden muss und seine Exzesse – vor allem in der ausufernden Political Correctness – zu verdammen sind.

Auch die Amerikafans zweifeln, ob Trump geeignet ist, um das *promised land* seinen Idealen ähnlicher zu machen. Aber sie sind bereit, in Trumps Wahl die Chance dazu zu erkennen.

WAS FOLGT?

Was folgt nun aus dieser groben Typologie? Zunächst einmal die Einsicht, dass sie sehr holzschnittartig ist. Natürlich ist nicht jeder Amerikafan oder jeder Sozialist ein Trump-Sympathisant; aber manche deutschen Trump-Sympathisanten sind eben solche aufgrund ihrer Amerika-begeisterung oder ihrer sozialistischen Gesinnung. Auch wird deutlich, dass sich die Typen durchaus überschneiden und dennoch gegenseitig verstärken, zum Beispiel zwischen „Amerikahassern“ und „Autoritätsbegeisterten“.

Andererseits widersprechen sich manche Typen. Vor allem zwischen „Amerikahassern“ und „Amerikafans“ unterscheiden sich die Beweggründe für ihre Trump-Sympathie. Dass sie trotzdem zum selben Ergebnis kommen, liegt daran, dass sie auf die politisch weitgehend konturlose – oder eben widersprüchliche – Folie des Neupolitikers Trump ihre eigenen Erwartungen und Interpretationen projizieren. So gesehen sind nicht nur viele seiner Wähler, sondern auch manche seiner

deutschen Sympathisanten vom tatsächlichen Regierungshandeln Trumps akut enttäuschungsgefährdet.

Die wichtigste Gemeinsamkeit seiner heimlichen deutschen Sympathisanten hat aber gar nichts mit Trump zu tun, sondern mit seiner Gegnerin. Alle vier Typen einte ihre Abneigung gegen Hillary Clinton, auch wenn sie unterschiedlich motiviert war. Skandalumwitterte Marionette der Wall Street; Karrierefrau ohne Herzenswärme und Bezug zu den Bürgern; kalkulierendes Politgeschöpf ohne eigene Überzeugungen und Ideen, aber voller Gier nach Geld und Macht; moralisierende Kriegstreiberin; erfolglose Außenministerin – ruft man sich nur einige der wiederkehrenden Urteile der Wähler über Clinton in Erinnerung, ist es geradezu erstaunlich, dass sie immerhin eine Mehrheit im *popular vote* erringen konnte. Ähnlich wie Trumps Erfolg lässt sich das, paradoxerweise, am besten mit der Unbeliebtheit des Gegners erklären.

In dieser Beobachtung liegt aber ein Schlüssel zur Eingangsfrage, was die politische Mitte in Deutschland aus dem Phänomen ihrer Trump-Sympathisanten lernen kann. Bürgerrechte, Marktwirtschaft und Weltoffenheit sind auch in unserer Demokratie keine Selbstläufer, sondern brauchen aktives Engagement aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Sie erfordern eine klare Sprache, die auf diejenigen eingeht, die sich abgehängt und benachteiligt fühlen. Dafür benötigt das *vital center* (Arthur Schlesinger) aber auch Führungspersönlichkeiten, die geradlinig und glaubwürdig sind, kraftvoll und kampflustig.

Früher war's besser

Amerika auf der Suche nach einem gemäßigten Liberalismus

MATTHIAS OPPERMANN

Geboren 1974 in Auetal-Rehren, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Universität Potsdam.

Mark Lilla: *The Shipwrecked Mind. On Political Reaction*, New York Review Books, New York 2016, 12,49 Euro.

Paul O. Carrese: *Democracy in Moderation. Montesquieu, Tocqueville, and Sustainable Liberalism*, Cambridge University Press, New York 2016, 82,49 Euro.

War früher wirklich alles schlechter? Zumindest die Vertreter eines progressistischen Liberalismus, verbündet mit einem nicht weniger radikalen und doktrinären Egalitarismus, wollen uns das glauben machen. Nach dieser Lesart leben wir in der besten aller möglichen Welten, abgesehen von der, die noch kommen wird und in der die Reste der Ungerechtigkeiten, Ungleichheiten und überhaupt aller Zumutungen vergangener Zeiten beseitigt sein werden. Aber was dann? Der progressistische Liberalismus hat das Problem, dass er einerseits das Ende der Geschichte erreichen will, aber andererseits nicht

stehen bleiben kann, weil er dann nicht mehr fortschrittlich wäre. Zum Glück für seine Anhänger gibt es das, was sie für den Geist der Reaktion halten. Solange es Reaktionäre gibt, ist die Welt für sie in Ordnung, denn dann bleibt etwas zu tun.

Reaktionäre sind aus Sicht der Progressisten all diejenigen, die glauben, dass auch einmal etwas so bleiben könne, wie es ist, oder die sogar so weit gehen, eine Fehlentwicklung mit der Rückkehr zu einem früheren Zustand korrigieren zu wollen. Dass die Progressisten sich mit dieser Einschätzung irren, zeigt Mark Lilla in seinem Essay *The Shipwrecked Mind*, in dem er versucht, der politischen Reaktion als einem prägenden Phänomen unserer Zeit auf den Grund zu gehen.

Gleich in der Einleitung stellt der Ideenhistoriker, der an der Columbia University in New York lehrt, fest, Reaktionäre seien keine Konservativen. Nicht einmal die Neigung, in der Geschichte zurückzukehren, um etwas zu reparieren, was die Verfechter eines falsch verstandenen Fortschritts beschädigt haben, erfüllt für Lilla den Tatbestand der Reaktion. Nur wer sich ganz und gar von historischen Imaginationen in den Bann schlagen lasse, qualifiziere sich als Reaktionär. Das dürfte eine gerechte Definition sein, in der sich das Bemühen nach tieferem Verständnis ausdrückt. Es mündet in die Erkenntnis, dass der Reaktionär nicht aus der Zeit gefallen, sondern eine ebenso moderne Figur wie der Revolutionär ist, mit dem er das Streben nach einer vollkommenen Welt teilt. Während der Revolutionär eine Utopie verwirklichen will, die noch niemand gesehen hat, nimmt der Reaktionär für sich in Anspruch, in eine Welt zurückzukehren, deren Existenz niemand leugnen kann, da es sie tatsächlich gegeben

hat. Beiden gemeinsam ist jedoch, dass die von ihnen ersehnte politische Ordnung nur durch einen vollkommenen Bruch mit der Gegenwart und im Grunde auch mit der historischen Entwicklung verwirklicht werden kann. Den Theorien des Revolutionärs stellt Lilla die politische Nostalgie des Reaktionärs gegenüber.

REVOLUTIONÄRER ANTILIBERALISMUS

Natürlich ist für Lilla nicht jeder ein Reaktionär, der etwas Vergangenes vermisst – wer etwa glaubt, dass Radios in den 1950er-Jahren ästhetisch ansprechender gewesen seien als ein heutiges Smartphone, oder wer denkt, die politische Kultur früherer Jahrzehnte habe ihre Vorzüge gegenüber der gegenwärtigen Polarisierung der westlichen Gesellschaften gehabt. Lillas Reaktionär zeichnet sich vielmehr durch die Militanz seiner politischen Nostalgie aus, durch die Verbindung des Gegenwärtigen mit der Unwirklichkeit des Erstrebten. Gerade das macht ihn zu einem legitimen Kind der Moderne. So einleuchtend das ist, bleibt doch die Frage, ob die Unterscheidung von Reaktionären und Revolutionären dann überhaupt Sinn ergibt oder ob man nicht eher von linken und rechten Revolutionären sprechen sollte, zumal, wie Lilla selbst sagt, der Reaktionär nicht notwendigerweise rechts steht; er kann ebenso gut ein Linker sein, der seinen von der Geschichte zurückgelassenen Traum zurückgewinnen und doch noch verwirklichen will. Am Ende kommt es nicht darauf an, ob der Verächter der Gegenwart zurück in die Zukunft oder vorwärts in der Vergangenheit reisen

will. Was Lilla als Reaktion begreift, ist, da es immer eine Revolte gegen den modernen Liberalismus darstellt, nichts anderes als ein revolutionärer Antiliberalismus.

Viel hat Lilla zu diesen definitorischen Dingen ohnehin nicht zu sagen. Was man über seine Idee des reaktionären Geistes wissen muss, handelt er in der Einleitung seines Buches ab, das eigentlich nur eine Sammlung von bereits erschienenen Essays ist, die sich nicht ohne Weiteres zu einem Ganzen fügen. Auf die Einleitung folgen zunächst Porträts von drei Philosophen – Franz Rosenzweig, Eric Voegelin und Leo Strauss –, denen in Lillas Augen der Versuch gemeinsam war, eine verlorene religiöse oder philosophische Tradition wiederzugewinnen. Diese Texte sind alles in allem gelungene Einführungen in das Denken dieser Philosophen, tragen aber nur wenig zum Verständnis des Reaktionären bei. Rosenzweigs Vorstellung eines anderen Judentums war eine nostalgische Sehnsucht nach dem Transzendenten und nichts, was man aktiv oder gar politisch zurückgewinnen konnte; Voegelin widerrief seine reaktionäre Ablehnung der liberalen Moderne am Ende seines Lebens selbst; und Strauss war ein Verteidiger der liberalen Demokratie, der mit der Wiedergewinnung der klassischen politischen Philosophie keine politische Absicht verband.

KONSERVATIVER EXILANT

Von diesen drei Essays ist derjenige über Strauss am schwächsten. Lilla will mit ihm zeigen, dass Strauss von seinen – angeblich oder tatsächlich neokonservativen – Adepten in den Vereinigten Staaten

missverstanden wurde. Lilla geht großzügig über die Unterschiede zwischen den verschiedenen Schulen der Straussianer, die Strauss selbst niemals ins Leben gerufen hat, hinweg, um sie alle zu Wegbereitern eines reaktionären und populistischen Konservatismus zu erklären. Dass Lilla das Bemühen um Ausgewogenheit und Fairness, das seine Schriften im Allgemeinen auszeichnet, in diesem Fall beiseitelegt, hat wohl vor allem persönliche Gründe. Von 1980 bis 1987 arbeitete er als Redakteur des von Irving Kristol gegründeten Magazins *The Public Interest*, also für das renommierteste Organ des frühen Neokonservatismus, bevor er sich politisch anders besann, weil, wie er später schrieb, dem Neokonservatismus im Laufe der Zeit die für ihn typische Mäßigung abhandengekommen sei.

In gewisser Weise scheint Lilla für sich in Anspruch zu nehmen, der letzte Vertreter dieser neokonservativen Mäßigung zu sein, womit er eine ganz eigene Position im intellektuellen Leben Amerikas einnimmt, als eine Art konservativer Exilant im linksliberalen Milieu. So wie Charles de Gaulle 1940 die Legitimität Frankreichs mit sich nach London nahm, so führte Lilla die Mäßigung der frühen Neokonservativen und der Straussianer mit sich nach links, weshalb er offenbar glaubt, mit seinen früheren Freunden besonders hart ins Gericht gehen zu müssen.

Wie unnötig solche Absetzbewegungen sind, wird deutlich, wenn man sich die folgenden Kapitel von *The Shipwrecked Mind* ansieht, in denen Lilla zwei Strömungen zu Leibe rückt, gegen die auch die älteren Neokonservativen Stellung bezogen hätten: zum einen die sogenannten *Theocrats*, eine Gruppe von Katholiken, die die gesamte Geschichte seit der Französischen

Revolution und damit auch die Vereinigten Staaten für eine Fehlentwicklung halten; und zum anderen die ehemals marxistischen europäischen Linksintellektuellen, die nach dem Scheitern der Sowjetunion den Apostel Paulus als Ersatzpropheten für den diskreditierten Marx entdeckt haben.

TUGEND DER MÄSSIGUNG STATT „TYRANNOPHILIE“

Auch die dann folgenden Ausführungen über den reaktionären Geist im heutigen Frankreich, den Lilla anhand von Rezensionen über Michel Houellebecqs *Soumission* und Eric Zemmours Pamphlet *Le Suicide français* vor Augen führt, und die Bemerkungen über den islamistischen Totalitarismus in der Schlussbetrachtung hätten in einem neokonservativen Magazin erscheinen können. Insofern erweist sich Lilla in *The Shipwrecked Mind* wie schon in *The Reckless Mind*, einem Buch über die „Tyrannophilie“ der Intellektuellen, als ein gemäßigter Zentrist, den nur die Wechselfälle des Lebens ins linksliberale Milieu verschlagen haben. Denn anders als seine Freunde von der *New York Review of Books*, in der die meisten Kapitel seines neuen Buchs zuerst erschienen sind, weiß Lilla genau, dass politische Polarisierung immer zwei Seiten hat.

Das hat er mit Paul O. Carrese gemeinsam, der mit *Democracy in Moderation* ein eindringliches Plädoyer für die Tugend der Mäßigung vorgelegt hat. Anders als Lillas Essay ist Carreses Studie nicht das Werk eines öffentlichen Intellektuellen, sondern eines Gelehrten, der der Bedeutung der Mäßigung für die liberale Demo-

kratie auf den Grund gehen will. Gleichwohl hat Carreses Buch eher politischen als wissenschaftlichen Wert. Wie Lilla reagiert er in erster Linie auf das derzeitige politische Klima in den Vereinigten Staaten. Sein Buch, so schreibt er, sei vor allem ein „amerikanisches Buch“, geschrieben von einem Amerikaner zur Unterrichtung von Amerikanern, die vergessen hätten, dass ein liberales Regime nur erhalten werden könne, wenn es in der Lage sei, konfligierende Sichtweisen und Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Nur eine gemäßigte Demokratie ist aus seiner Sicht eine lebensfähige Demokratie.

Das führt er zunächst mit Ausführungen über Montesquieu und Tocqueville vor Augen, die sich nicht immer auf der Höhe des Forschungsstandes bewegen und mitunter eigenartig kontextlos wirken. Es überrascht zum Beispiel, wenn Carrese schreibt, bisher habe noch niemand erkannt, dass die Mäßigung im Zentrum von Montesquieus politischer Philosophie stehe, obwohl doch Thomas Chaimowicz genau das schon 1985 in *Freiheit und Gleichgewicht im Denken Montesquieus und Burkes* zum Thema gemacht hat – ein Buch, das im Jahr 2011 auf Englisch erschienen ist. Auch ist es wenig überzeugend, Montesquieu zum wichtigsten Einfluss der amerikanischen Gründerväter zu erklären, ohne es auf der Grundlage einer genauen Quellenanalyse nachzuweisen oder davon auszugehen, dass Tocqueville die Mäßigung der Gründerväter „vertieft“ habe. Tocqueville ist gewiss einer der wichtigsten Kommentatoren der amerikanischen Republik, kann aber wohl kaum als Quelle für die sie tatsächlich oder angeblich auszeichnende Mäßigung gelten.

POLITIK OHNE MITTE

Das eigentliche Verdienst dieses Buches ist denn auch gar nicht diese konventionelle und quellenarme Darstellung von Montesquieu und Tocquevilles Mäßigungsdenken, sondern die Wiederentdeckung Herbert Stornings, der besser als Montesquieu oder Tocqueville dafür geeignet ist, zu zeigen, dass das politische Leben in den Vereinigten Staaten seine Mitte verloren hat. Geschult an William Blackstone, einem der wichtigsten juristischen Kommentatoren der britischen Verfassung im 18. Jahrhundert, interpretierte der Politikwissenschaftler Storing, der ein ausgewiesener Experte des Denkens der *Anti-Federalists* war, das amerikanische System als eine Art Mischverfassung, in der Freiheit und Gleichheit, Liberalismus und Demokratie beständig in Ausgleich zu bringen seien. Wichtig dabei ist, dass Storing ein Schüler von Leo Strauss war und zusammen mit anderen Ostküsten-Straussianern wie Walter Berns und Harvey Mansfield die politische Mäßigung repräsentierte, die Lilla in seinem Strauss-Kapitel den Straussianern pauschal abspricht.

Storing wurde nicht müde, darauf hinzuweisen, dass eine zu starke Polarisierung und ein extremer Parteigeist im Gegensatz zu den Gründungsprinzipien der amerikanischen Republik stünden. Er sei, so Carrese, ein komplexer Vertreter der Prinzipien Alexander Hamiltons gewesen und habe in den 1960er- und 1970er-Jahren darauf hingewiesen, dass die amerika-

nischen Gründungsprinzipien nicht im Widerspruch zum „big government“ stünden, aber auch vor den Kosten und freiheitsbedrohenden Folgen einer zu starken Regierungszentralisierung gewarnt. Im Grunde repräsentierte er damit jenen alten Liberalismus, der nach der Ermordung John F. Kennedys unter immer stärkerem Druck der neuen Linken geriet und schließlich nur noch von einigen konservativen Liberalen verteidigt wurde, die später Neokonservative genannt werden sollten, während die *Liberals* einen neuen, radikalen, um die Interessen von Minderheiten kreisenden Liberalismus propagierten.

Diesen neuen „identity liberalism“, so hat Lilla jüngst in einem Meinungsartikel für die *New York Times* geschrieben, gelte es zu überwinden, wenn die amerikanische Politik ihre Mitte wiederfinden sollte. Auch Lilla ist also ein Nostalgiker, der etwas Altes zurückholen möchte: den „liberalen Konsens“ der 1950er- und frühen 1960er-Jahre – oder mit seinen eigenen Worten: „die authentischen Grundlagen des modernen amerikanischen Liberalismus“, für den die Nation etwas anderes, nämlich viel mehr ist als das Nebeneinander ethnisch und geschlechtlich definierter Interessen. Carrese mag Ähnliches im Sinn haben, wenn er dazu aufruft, die Mäßigung der amerikanischen Verfassung durch den Verzicht auf einseitige Gerechtigkeitstheorien und die Förderung eines echten sokratischen Gesprächs wiederherzustellen. Offenbar war früher doch manches besser – zumindest in Amerika.

AUS DER STIFTUNG

PERSONALIA

Dr. Petra Bahr, bisherige Leiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung, ist aus der Stiftung ausgeschieden und nimmt seit Januar 2017 das Amt der Landessuperintendentin für den Sprengel Hannover der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers wahr. *Dr. Viola Neu*, Teamleiterin „Empirische Sozialforschung“, führt die Hauptabteilung kommissarisch. *Tobias Bott* – seit Januar 2017 Mitarbeiter der Pressestelle – wird ab März die Mutterschutzvertretung von Pressesprecherin *Dr. Steffi Augter* wahrnehmen. In der Hauptabteilung Politische Bildung wird die bisherige Abteilung „Politische Bildungsforen“ zum 1. Februar 2017 in die Abteilungen Politische Bildungsforen Nord und Politische Bildungsforen Süd aufgeteilt. Die Leitung des PBF Nord übernimmt Christian Schleicher.

Dr. Hardy Ostry leitet seit Januar 2017 das Auslandsbüro in Brüssel; *Sven-Joachim Irmer* ist der neue Leiter des Auslandsbüros in der Türkei. *Thomas Awe* koordiniert seit Januar 2017 das Regionalprogramm SOPAS mit Sitz in Japan. Zum 1. April wird *Michael Winzer* die Leitung des Auslandsbüros in Beijing (China) übernehmen. *Dr. Beatrice Gorawantschy* führt ab März 2017 das neue Büro der Stiftung in Canberra (Australien). Die Leitung des Büros in Tunesien ist *Dr. Holger Dix* übertragen worden. *Nico Lange* leitet seit Januar 2017 das Auslandsbüro Washington; sein Vorgänger *Dr. Lars Hänsel* ist seit 15. Oktober 2016 als Teamleiter Europa/Nordamerika in Berlin tätig. Seit dem 1. Februar 2017 steuert *Gunter Rieck Moncayo* das Regionalprogramm SOPLA mit Sitz in Chile.

PUBLIKATIONEN (AUSWAHL)

Abmeier, Karlies (Hrsg.): *Monitor Religion und Politik. Ausgewählte Beiträge 2016*, Sankt Augustin/Berlin, Januar 2017, broschiert, 161 Seiten.

Baumann, Gabriele/Spengler, Frank (Hrsg.): *Integration von religiösen und ethnischen Minderheiten im Osten Europas*, Budapest, Januar 2017, gebunden, 71 Seiten.

Faath, Sigrid (Hrsg.): *Islamische Akteure in Nordafrika*, aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Sankt Augustin, Dezember 2016, broschiert, 456 Seiten.

Faath, Sigrid (Hrsg.): *Nordafrikas säkulare Zivilgesellschaften. Ihr Beitrag zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten*, Sankt Augustin/Berlin, September 2016, broschiert, 371 Seiten.

Köster, Thomas (Hrsg.): *Zukunftsfeste Rente. Neue Impulse für die Alterssicherung*, Herder-Verlag, Freiburg im Breisgau, November 2016, gebunden, 240 Seiten.

Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.)/Adenauer, Paul: *Konrad Adenauer – Der Vater, die Macht und das Erbe. Das Tagebuch des Monsignore Paul Adenauer 1961–1966*, Paderborn 2017, 529 Seiten.

Piepenschnieder, Melanie/Lerch, Philipp (Hrsg.): *Einhundert Jahre Schlacht von Verdun. Deutsch-französische Wege nach Europa*, in: *Handreichung zur politischen Bildung*, Band 23, Sankt Augustin/Berlin, 2017, gebunden, 190 Seiten.

Poppenhagen, Nadine (Hrsg.): *Hochschul-governance. Best-Practice-Beispiele*, Berlin, Januar 2017, broschiert, 84 Seiten.

Westphal, Jürgen: *In drei Gewalten*, Sankt Augustin/Berlin, 2017, gebunden, 257 Seiten.

Ausführliche Informationen zu Publikationen abrufbar unter www.kas.de/publikationen; Druckfassungen können per E-Mail unter bestellung@kas.de bestellt werden

mit Vertrauen

IN DIE ZUKUNFT

Das Jahresmotiv 2017 der Konrad-Adenauer-Stiftung

Deutschland ist ein wirtschaftlich, sozial und kulturell starkes Land in der Mitte Europas. Die Zahl der Erwerbstätigen ist auf Rekordniveau, der Haushalt ausgeglichen, die Investitionen in Bildung und Forschung sind heute höher denn je. Wir leben in einem der reichsten Länder mit einem der leistungsfähigsten Sozialsysteme weltweit. Die soziale Mobilität durch Bildung hat deutlich zugenommen – Aufstieg ist in Deutschland möglich. Wir sind eine wehrhafte Demokratie mit einer starken, unabhängigen Justiz. Deutschlands Medienvielfalt und das zivilgesellschaftlich grundierte politische Leben sind auch in vielen anderen Ländern hoch geachtet. Als verlässlicher Bündnispartner, für die europäische Einigung engagiert, ist die Bundesrepublik respektiert. Für uns scheint dies allzu oft selbstverständlich.

Doch wir sind verflochten in die komplexen und tief greifenden Krisen, die in Europa und der Welt gewohnte Ordnungen politisch, ökonomisch und kulturell nachhaltig erschüttern. Die rasche Abfolge und die Simultanität gewichtiger Gestaltungsaufgaben sind zu Kennzeichen unserer Zeit geworden. Teile der Gesellschaft sehen der Zukunft daher mit Sorge oder gar Angst entgegen, andere wissen diese Unsicherheiten zu instrumentalisieren. Dabei sind

die Voraussetzungen für einen Erfolg versprechenden Umgang mit den Herausforderungen überaus gut – das Fundament für die Gestaltung von Veränderungsprozessen konnte über Jahrzehnte gefestigt werden.

In einer Zeit vielfältiger Herausforderungen möchte die Konrad-Adenauer-Stiftung die Idee einer verlässlichen und stabilen, einer mutigen, dynamischen und neugierigen Republik der Innovationen fördern, ohne die Befürchtungen der Menschen zu ignorieren. Wir dürfen uns nicht mit einfachen Antworten auf die virulenten Fragen zufriedengeben. Es geht uns um eine positive und zupackende Herangehensweise. Denn Zukunft ist nicht Schicksal, sondern beinhaltet einen Auftrag zur Gestaltung. Die Kraft dazu erwächst aus dem Kompass unserer Werte und einer in historischer Erfahrung wurzelnden Zuversicht.

Der Wunsch nach Orientierung ist in Deutschland unübersehbar. Mit dem Jahresmotiv 2017 *Mit Vertrauen in die Zukunft* setzt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung zum Ziel, das Vertrauen in die Demokratie und die demokratischen Institutionen ebenso zu stärken wie das Vertrauen in die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leistungsfähigkeit unseres Landes. Wir wollen vor allem junge Menschen ermuntern, sich ihrer Gestaltungsmöglichkeiten bewusst zu werden und sie zu nutzen. Ihnen müssen wir Perspektiven aufzeigen und Leitbilder vermitteln. Die Kultur des Kompromisses und des Konsenses gehören eindeutig dazu. Den Bürgerinnen und Bürgern werden wir Entwicklungen erläutern, zugleich Zukunftsblicke ermöglichen und Potenziale verdeutlichen. Denn Vertrauen ist eine kostbare Ressource, mit der wir schonend umgehen sollten.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung weiß sich einer Haltung zur Zukunft verpflichtet, die aus der Vergangenheit schöpft und die Gegenwart genau in den Blick nimmt. Sie stellt ihre Arbeit im Jahr 2017 daher unter das Leitmotiv *Mit Vertrauen in die Zukunft*, denn die christlich-demokratische Idee von Freiheit in Verantwortung, von Solidarität und Subsidiarität trägt auch in Zukunft. Die Kräfte bündeln, wieder näher zusammenrücken und Neues wagen – so lässt sich die Zukunft meistern.

Weitere Informationen zu Veranstaltungen, Publikationen et cetera rund um das Jahresmotiv der Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten Sie unter www.kas.de/jahresmotiv2017

Frauke Gottwald
Referentin Strategieentwicklung und Planung

Das Keyvisual zum Jahresmotiv 2017 unterstreicht eine Haltung: zuversichtlich und mutig in die Zukunft blicken, sich etwas (zu)trauen und das Morgen mitgestalten.

Konstanten für den Wandel

Zum 50. Todestag Konrad Adenauers
(* 5. Januar 1876, † 19. April 1967)

HANS-GERT PÖTTERING

Geboren 1945 in Bersenbrück, Mitglied des Europäischen Parlaments (1979 bis 2014), Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion (1999 bis 2007), Präsident des Europäischen Parlaments (2007 bis 2009), Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Man kann [...] nicht in der Zukunft gut wirken, wenn man nicht aus der Vergangenheit lernt [...].“ Dieser Satz Konrad Adenauers von 1952 besitzt auch heute, fünfzig Jahre nach dem Tod des ersten deutschen Bundeskanzlers, unverändert Gültigkeit. Er ist Anspruch und Mahnung zugleich. Für uns, die Konrad-Adenauer-Stiftung, sind Grundsätze unseres Namensgebers Leitlinien, Auftrag und Ver-

pflichtung bei unserem Einsatz für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

Über die Zukunft nachzudenken, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Politik. Wer verantwortlich handelt, der muss das Gestern kennen und sich der Wirkungen seines Handelns in der Gegenwart und für die Zukunft bewusst sein.

Konrad Adenauer war ein Meister der Realpolitik. Er galt und gilt als geschickter Pragmatiker, unter Zeitzeugen wie Historikern. Sein Instinkt, sein Geschick und seine Weitsicht haben ihn zu einem herausragenden Politiker des 20. Jahrhunderts gemacht. Dabei erkennen wir in vielen seiner überlieferten Äußerungen vor allem eines: Leidenschaft!

Über das Wesen des Politikers hat er gesagt: „In der Vorstellung vieler ist der

Politiker und Staatsmann ein Mensch, der mit dem Verstand und mit kühler Berechnung arbeitet.“ Zugleich wusste er, dass mehr dazugehört: „Wer für das Wohl eines [...] Volkes verantwortlich ist [...], der muss ein heißes Herz haben für sein Volk und sein Land.“

Nicht allein sein rheinisches „heißes Herz für Volk und Land“ aber erklärt die mit seinem Namen dauerhaft verbundenen Erfolge: die Leistung des Wiederaufbaus und die politischen Weichenstellungen der jungen Bundesrepublik Deutschland, die Grundlagen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Einigung Europas. Sie lassen sich nur erklären, führt man sich seine Grundsätze politischen Handelns sowie das Fundament seiner Weltanschauung vor Augen.

KEIME DES VERTRAUENS

Vertrauen zu schaffen war einer seiner wesentlichen Grundsätze. Es war für ihn die „Grundlage aller gemeinsamen [...] Erfolge“. Vertrauen erwachse „aus der ethischen Basis des politisch Handelnden“. Dazu zählten für ihn Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Stetigkeit. Denn „nichts ist mehr dazu angetan, die ersten Keime des Vertrauens wieder zu zerstören, als [...] Unstetigkeit“.

Stetigkeit bedeutete für ihn auch Konsequenz, vor allem hinsichtlich getroffener Entscheidungen: „Nicht immer hin und her, sondern das, was man als richtig erkannt hat, immer wieder weiter betonen und verfolgen.“

Er hatte genaue Vorstellungen, welche Voraussetzungen ein solches konse-

quentes Handeln benötigt: Klarheit „über die geistige Struktur der Zeit, in der wir leben“. Klugheit, vor allem aber Erfahrung als Grundstein für richtiges Handeln; für realistisches und überlegtes Handeln; sich mäßigen und beherrschen zu können; und ganz besonders: den Mut zu haben, als richtig Erkanntes „zu sagen, zu vermitteln und durchzuführen“.

Diese Eigenschaften befähigen zu konsequentem politischen Handeln – und Konsequenz war für Konrad Adenauer ein entscheidendes Mittel in der Politik – Konsequenz und Geduld. Die Tugend der Geduld zeichnete Konrad Adenauer besonders aus. Durch „die ganze Hast und Unruhe unserer Zeit“ würden „Politiker, die Geduld verlieren und immer meinen, jeden Tag etwas Neues sagen zu müssen“. Das gilt in zunehmendem Maße für unsere heutige Zeit.

Geduld ist mitentscheidend für politischen Erfolg. Ohne sie werden wir aktuelle Herausforderungen wie die Globalisierung, das friedliche Zusammenleben der Kulturen und Religionen oder die Bekämpfung des Klimawandels nicht mit Erfolg bestehen. Ohne Geduld hätten wir in der Vergangenheit weder die deutsche Einheit erreicht, noch gelänge die europäische Einigung.

SECHZIG JAHRE RÖMISCHE VERTRÄGE

Auch sechzig Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge kann eine kriselnde, um das Vertrauen ihrer Bürger ringende Europäische Union von Konrad Adenauer lernen. Zum einen von seinem Pragmatismus: Die Europäische Union

darf sich nicht in abstrakten institutionellen Diskussionen und Luftschlössern verlieren, sondern muss konkrete Lösungen für den Schutz ihrer Bürger finden. Der Europäische Rat zum 60. Jubiläum der Römischen Verträge am 25. März 2017 in Rom bietet eine gute Gelegenheit, durch Maßnahmen zur besseren Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit und durch eine Stärkung der verteidigungspolitischen Kooperation ein Signal europäischer Handlungsfähigkeit zu senden.

Zum anderen sollte sich die Europäische Union von Adenauers Forderung nach Stetigkeit inspirieren lassen: Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten werden bei den größten Herausforderungen viel Geduld und Ausdauer benötigen. Dies gilt für die Migrationspolitik, für die Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in der europäischen Nachbarschaft, und auch im Bereich der Wirtschaftspolitik bedarf es nicht eines Überbietens durch immer neue wohlklingende Forderungen, sondern eines langen Atems.

Zur Stetigkeit gehört auch, bewährte Prozesse der repräsentativen Demokratie zu verteidigen und nicht für jede heikle europapolitische Frage ein Referendum auszurufen. Stetigkeit erfordert zudem den Mut, bestehende Regeln und Zuständigkeiten der EU-Institutionen zu akzeptieren, zu befolgen und nicht vorschnell vor sachlich unbegründeten Forderungen nach einer Renationalisierung einzuknicken.

Konrad Adenauer hat bereits zu Beginn des europäischen Integrationsprozesses die Grenzen eines auf sich allein gestellten Nationalstaats erkannt: „Kein europäisches Volk ist allein in der Lage, sich militärisch zu schützen oder wirtschaftlich zu entwickeln. Bestünde man

darauf, in der heutigen Welt die traditionellen Begriffe des Nationalismus hochzuhalten, so bedeutete dies die Aufgabe Europas.“

Ob kommunale, nationale, europäische oder globale Ebene: Wer in der Politik Entscheidungen trifft, sollte sich Adenauers Grundsätzen politischen Handelns bewusst sein. Ja, bei mancher Diskussion wünscht man sich geradezu, dass sie wieder mehr ins Bewusstsein rücken. Sie besitzen auch im 21. Jahrhundert Aktualität und Gültigkeit.

ABENDLÄNDISCHE KULTUR

Gleiches gilt für sein grundsätzliches Politikverständnis: „Für mich ist Politik nicht lediglich Methode, Umweg, Ausweg“, sondern „das Verfolgen von Zielen, die man sich gesetzt hat auf Grund der Weltanschauung, die man in sich trägt.“

Konrad Adenauers Weltanschauung ruhte auf dem christlich-abendländischen Fundament. Es bildete den Orientierungsrahmen für sein ganz konkretes politisches Handeln. Er fühlte sich und seine Weltanschauung „geprägt von den beiden großen Komponenten der abendländischen Kultur, dem Christentum und dem Humanismus der griechisch-römischen Antike“.

Diese Prägung kennzeichnete seine Politik der Westbindung wie auch seine wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen. Es waren keine Einzelmaßnahmen, die den tagesaktuellen Erfordernissen geschuldet waren. Vielmehr besaßen sie eine strukturpolitische Dimension.

Diese Dimension ist heute wichtiger denn je. Der Adenauer'sche Gestaltungs- und Orientierungsrahmen ist neu zu festigen. Dabei geht es um nichts Geringeres als die Auseinandersetzung mit den Grundfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland, Europa und der Welt. Es gilt, zu erläutern, wie die christlich-abendländischen Grundlagen uns helfen, den Erfordernissen und Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden; welche Bedeutung die christlichen Werte im 21. Jahrhundert noch immer haben.

WELT IM WANDEL

Unsere Welt befindet sich im Wandel. Nur wenn wir unsere normativen Grundlagen stets neu definieren, wird es uns gelingen, diesen Wandel und seine Folgen zu bewältigen.

Auch im 21. Jahrhundert müssen Prinzipien wie Personalität, Solidarität und Subsidiarität, Begriffe wie das christliche Menschenbild und die daraus abgeleitete Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit die Grundlage unseres Gemeinwesens sein. Dieser lange als selbstverständlich vorausgesetzte Wertekonsens wird heute durch das auf Spaltung, Diffraktionierung, Ausgrenzung und Isolation setzende autokratisch orientierte Modell populistischer Bewegungen in ganz Europa herausgefordert. Umso wichtiger ist es daher für das bürgerliche Lager, offen-

siv für seine christdemokratische Wertegrundlage einzustehen.

Das Bewusstsein für die eigenen Werte setzt die Kenntnis ihrer geschichtlichen Entwicklung voraus. Die Geschichte der christlich-demokratischen Idee einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, ist ein Schwerpunkt unserer Stiftungsarbeit. Unser Anspruch und unser Bestreben ist es, mit unserer Arbeit die Werte und Prinzipien der christlichen Demokratie vorzuleben, sie mit Leben zu füllen. Denn sie sind zugleich Maßstab und Ziel unserer täglichen Arbeit in Deutschland und in unseren etwa achtzig Auslandsbüros mit Projekten in über 100 Ländern in Europa und der Welt.

Gleiches gilt für die Politik: Ohne eine Neubelebung unserer Werte werden wir verloren gegangenem Vertrauen in die Politik nicht wiedergewinnen. Nur mit einem klaren Kompass werden wir die Menschen davon überzeugen, notwendige Reformprozesse und Modernisierungsmaßnahmen mitzutragen.

Die Neubelebung der Aktualität und Gültigkeit der Grundprinzipien einer auf den christlichen Werten beruhenden Politik ist ein Schlüssel zur Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft sowie zur Rückgewinnung von Vertrauen in die Politik.

Getreu diesen Leitgedanken setzt die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Arbeit auch im 62. Jahr seit ihrer Gründung, fünfzig Jahre nach dem Tod ihres Namensgebers mit unverändertem Engagement fort: in Deutschland, Europa und der Welt.

WER NICHT KÄMPFT, HAT SCHON VERLOREN

„Ohne Rita Süßmuth hätte es vermutlich nie geklappt“, beteuert Christo, der Künstler, der 1995 den Reichstag verhüllte, rückblickend. Auch im Dissens mit Parteikollegen hatte sich die damalige Präsidentin des Deutschen Bundestags für die Realisierung des Projekts eingesetzt. „Wer nicht kämpft, hat schon verloren“, nannte sie ihre im Jahre 2000 erschienenen politischen Memoiren, in denen sie die Zukunft einer effizienten und bürgernahen Demokratie in den Mittelpunkt stellt.

Rita Süßmuth hat am 17. Februar 2017 ihren 80. Geburtstag gefeiert. An diesem Tag ehrte sie die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einem Symposium. „Sie hat ihren Anspruch, dass jede Partei Menschen braucht, ‚an denen sie sich abarbeiten kann‘, durchaus ernst genommen. Und nicht nur die Partei muss ihr dafür dankbar sein“, strich Norbert Lammert heraus.

Das Foto unten zeigt die Vertragsunterzeichnung zur temporären Nutzung des Reichstagsgebäudes durch die Verhüllter Reichstag GmbH am 18. Oktober 1994.

Rechtes Bild: © Konrad-Adenauer-Stiftung, Foto: Juliane Liebers
Unteres Bild: © Christo, Foto: Sabine Heimbach



„Kompass für eine bessere Welt“

Zum Tode von Klaus Gotto
(* 22. April 1943 in Trier, † 25. Januar 2017 in Bonn)

Er liebte Flusstäler, guten Wein, klassische Musik und ehrliche Gespräche, der gebürtige Moselaner Klaus Gotto. Kaum etwas störte ihn so sehr wie Lobreden auf ihn selbst, gleich aus welchem Mund. Bei den Feierlichkeiten zu seinem 60. und 70. Geburtstag gelang es ihm, sämtliche Elogen zu unterbinden. Das war nicht simpel, denn zahlreiche Gäste aus Wissenschaft und Politik, die ihn und seine Leistungen schätzten, hätten dies gern kundgetan. Für seine Exequien hatte er ausdrücklich verfügt, dass der Zelebrant nicht über seinen Lebensweg sprechen und auf eine Würdigung seiner Person verzichten solle. In einer Zeit, die auf egozentrische Imagepflege besonderen Wert legt, setzte er damit ein Zeichen, das nachdenklich macht.

„Wir können lernen, uns nicht im Pragmatismus des Alltags zu verlieren, sondern immer wieder den Kompass für eine bessere Welt in die Hand zu nehmen“ – so Gottos Bilanz aus sechzig Jahren Bundesrepublik im Juli 2009 in der *Politischen Meinung*. Die jüngste deutsche Geschichte war für ihn der Beweis, dass sich das Engagement für die „Kunst des Möglichen“ lohnt – ohne jenen idealistischen Überschwang, der dem promovierten Historiker stets suspekt blieb.

Als Wissenschaftlicher Mitarbeiter hatte er 1969 bei der Kommission für Zeitgeschichte seine berufliche Karriere begonnen, bevor er 1975/76 in die Funktion des Gründungsdirektors und Leiters des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung eintrat. Von hier aus wurde er im deutschen Schicksalsjahr 1989 zum Leiter der Gruppe Gesellschaftliche und Politische Analysen ins Bundeskanzleramt berufen und folgte Wolfgang Bergsdorf 1993 als Leiter der Abteilung Inland im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bis zum Regierungswechsel 1998.

Steffen Seibert würdigte in seinem Nachruf nicht zuletzt Gottos Engagement für die deutschen Museumsprojekte der 1990er-Jahre (Deutsches Historisches Museum, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland), die Stärkung der kulturellen Substanz in den neuen Bundesländern und seine intensive Beratung des Bundeskanzlers in deutschland- und gesellschaftspolitischen Strategiefragen. Nach 1998 war er

zunächst für dimap, das Institut für Markt- und Politikforschung, tätig und gründete dann zusammen mit Michael Mertes und Herbert Müller das Politikberatungsunternehmen dimap consult, das sich mit demoskopisch fundierten Analysen sowie mit politischen Reformvorschlägen und Strategieempfehlungen schnell einen exzellenten Ruf erwarb. Als Redaktionsmitglied war er seit 1998 für die *Politische Meinung* viel mehr als eine ehrenamtlich mitwirkende und unterstützende Kraft, er war zugleich Seismograph und Supervisor, der leiseste Erschütterungen der politischen Landschaft vorausahnte und die Zeitschrift lange Jahre mit scharfsichtigen Prognosen und glasklaren Ratschlägen begleitete. Bei Redaktionskonferenzen unter dem Chefredakteur Bergsdorf waren seine Impulse, Mahnungen und Kenntnisse (auch der Konrad-Adenauer-Stiftung) mit entscheidend.

Michael Thielen hat Klaus Gotto treffend in einem Atemzug einen „großen Meister an den Werkbänken der christ-demokratischen Idee“ und „einen wunderbaren Freund“ genannt, „erfahren, klug, nachdenklich“, auch „treu, diskret und allürenfrei“ – ja, er war auch ein Meister der Freundschaft, ein Mensch der Tat, der konkreten Idee ohne Floskeln. In seiner Loyalität und Zuneigung konnten seine Freunde Wurzeln schlagen, denn er sprach niemals mit doppelter Zunge – was manchmal auch bedeutete, weniger und immer leise zu reden. Seine Wertschätzung und sein Vertrauen mieden die große Geste, sondern zeigten sich, indem er seinem Gegenüber auch das Unangenehmste, was er erkannt zu haben meinte, nicht verschwieg – und immer, wirklich immer traf es zu. Sein scharfer Blick für das Faktische durchbohrte alle Eitelkeiten – begleitet von ironisch-nachsichtigem Schmunzeln –, und doch blieb er genau dann, wenn es schwierig wurde.

Vielen hat Klaus Gotto nicht nur als Mitstreiter, sondern auch menschlich in kritischen Situationen Halt gegeben. Er wollte wirken und wusste, dass er oftmals die Hebel dazu in der Hand hielt; aber diese Wirkmacht war auf die Sache, auf ein Ziel gerichtet und zuletzt auf einen tieferen Wert und Glauben, hinter denen das Ego zurücktrat. Fassaden hielten ihm nicht stand. Auch das zeigt seine Verweigerung von Lobeshymnen: eine tiefe Skepsis gegenüber der Dynamik des gesprochenen Wortes, das etwas zu fassen oder vorzugeben sucht, was sich wesentlich nur im realen Handeln vollziehen und zeigen kann. Überheblichkeit war ihm völlig fremd, denn sein Selbstbewusstsein beruhte auf einem größeren Vertrauen: „Du bist mein Gott. Meine Zeit steht in Deinen Händen“ (Psalm 31,15 f.) – so die Überschrift über der Todesanzeige der Familie.

Sein Tod nach langer schwerer Krankheit schmerzt nicht nur, weil er so sehr fehlt, sondern auch, weil ihm noch so vieles zurückzugeben wäre. Da tröstet es, zu wissen, dass seine Frau Hilde die Kraft gefunden hat, ihn bis zum Ende zu pflegen und an seiner Seite zu sein. In ihr und in seinen vier Kindern und fünf Enkelkindern wird vieles weiterleben von dem, was den Mann, Vater und Großvater ausgemacht hat. Die Erinnerung an ihn bleibt allen, die mit ihm im Austausch standen, wirklich ein „Kompass für eine bessere Welt“.

Rita Anna Tüpper

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung,
1999 bis 2016 Redakteurin der *Politischen Meinung*

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2017
zum Thema

Draußen im Lande

— Neue Gegensätze zwischen Land und Stadt?

Mit Beiträgen unter anderen von Reiner Klingholz,
Brigitte Scherb und Jürgen Wiebicke.

IMPRESSUM

Nr. 543, März/April 2017, 62. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von
Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering
und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)
Pia Grundheber (Redaktionsassistentin i. V.)

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
pia.grundheber@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsrat
Alexander Brakel, Ulrike Hospes,
Paul Linnarz, Matthias Schäfer

Dieser Ausgabe liegt das *Jahresinhalts-
verzeichnis 2016* bei.

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.

Mittelstandsbank

Weil wir die beste Bank für den Mittelstand bleiben wollen.

Die Mittelstandsbank der Commerzbank arbeitet auch weiterhin hart daran, Unternehmen erfolgreich zu begleiten: mit individuellen Finanzierungslösungen, kompetenter Beratung anhand der Wertschöpfungskette, detaillierter Markt- und Branchenkenntnis im In- und Ausland – alles aus einer Hand. Überzeugen Sie sich selbst von unserem Angebot.
www.commerzbank.de/mittelstandsbank

COMMERZBANK 
Die Bank an Ihrer Seite

